

Ostdeutschland –
alternative Entwicklungsmöglichkeiten oder
Mezzogiorno?

Beiträge des Workshops in Leipzig am 20. November 2004

Herausgegeben von Joachim Tesch

– Manuskriptfassung als Online-Text –

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
Leipzig Januar 2005

Hinweise und Rückfragen bitte an:
Prof. Dr. Joachim Tesch
Möckernsche Str. 3
04155 Leipzig
Tel./Fax: 0341 9118055
<JTesch@t-online.de>

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2005
Harkortstr. 10
04107 Leipzig

Redaktion: Joachim Tesch

Inhalt

<i>Joachim Tesch</i> : Vorbemerkungen	5
<i>Ulrich Busch</i> : Zwischen Sonderwirtschaftszone und Mezzogiorno	7
<i>Karl Mai</i> : Über alternative Vorschläge für die Entwicklung Ostdeutschlands	23
<i>Cornelia Heintze</i> : Das skandinavische Alternativmodell	33
<i>Ronald Weckesser</i> : Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Möglichkeiten künftiger Wirtschaftsentwicklung	51
<i>Berthold Kühn</i> : Zur Notwendigkeit die Binnennachfrage zu stärken	59
<i>Hans-Georg Draheim</i> : Der Export als ein wichtiger Schnittpunkt ostdeutscher Strukturprobleme und -erfordernisse	65
<i>Horst Hesse</i> : Absatzprobleme für Ostprodukte durch Marktversagen	69
<i>Joachim Tesch</i> : Perspektiven der Bauwirtschaft in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung	77
<i>Karl Mai</i> : Zu den finanziellen Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung in den ostdeutschen Ländern	89
Anhang: Ausgewählte Veröffentlichungen von Autoren der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik	97

Vorbemerkungen

Das Thema des Workshops nahm Fragen aus Veröffentlichungen auf, die vor 15 Jahren – Anfang der 90er Jahre – Anlass für lebhaftere Diskussionen waren. Erinnerung sei an das damalige Buch »Das deutsche Wagnis«, in dem *Klaus von Dohnanyi*¹ ausgehend vom Wirtschaftsniveau der DDR 1989/90, d. h. ohne Einbruch, für die Neuen Bundesländer ein Szenarium mit einem jährlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 7,5 Prozent entwickelte. Auch das Buch »Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch« sei genannt², in dem *Udo Ludwig* – er kam damals aus einem DDR-Institut, ist heute Abteilungsleiter im iwH Halle – , mit anderen Autoren die vier Szenarien »Erholungsgebiet«, »Industriestandort«, »Hochtechnologieregion« und »Rohstoffland« modellierte. Und ich erinnere mich sehr gut an die ungläubigen Gesichter bei meinem Gastvortrag an der TH Darmstadt im Februar 1991, als ich entgegen dem weit verbreiteten Zweckoptimismus als Fazit ausführte: »Bei günstigen Annahmen und Bedingungen wird die Überwindung des wirtschaftlichen Niveaufalles zwischen West- und Ostdeutschland 20 bis 25 Jahre dauern, also die Aufgabe einer ganzen Generation sein!«³

Bei der Erörterung alternativer Entwicklungsmöglichkeiten zur Überwindung der Strukturschwäche der östlichen Bundesländer knüpfte der Workshop an die Position der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (MEMORANDUM-Gruppe) an und hinterfragte sie zugleich kritisch⁴. Dazu trugen die Beiträge ihrer Mitglieder *Ulrich Busch*, *Horst Hesse* und *Karl Mai* sowie von Unterstützern des MEMORANDUMS aus Sachsen wesentlich bei.

Die vorliegende Veröffentlichung enthält alle Kurzvorträge, die gehalten wurden – z. T. in erweiterter Fassung. Leider fiel ein angekündigter Beitrag zur Entwicklung der ostdeutschen Industrie aus, der z. Z. – zumindest von der offiziellen Wirtschaftspublizistik – größere Entwicklungschancen eingeräumt werden; ersatzweise wird auf den im Anhang aufgeführten Text von *Reinhold Kowalski* verwiesen.

Die Publikation ist für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zugleich eine Novität: Sie erfolgt im Bearbeitungsgrad »Manuskriptfassung« ausschließlich als elektronische Veröffentlichung im Internet; das beschleunigt ihr Ersehen und erspart außerdem Kosten.

Joachim Tesch

Leipzig, im Januar 2005

¹ München 1990. Siehe besonders S. 288ff.

² Braunschweig/Wiesbaden 1992.

³ »Die neuen Bundesländer – Mezzogiorno oder Wirtschaftswunder?« TH Darmstadt. Institut für Volkswirtschaftslehre. Arbeitspapiere Nr. 64.

⁴ Siehe ausgewählte Veröffentlichungen von Autoren der MEMORANDUM-Gruppe im Anhang.

ULRICH BUSCH

Zwischen Sonderwirtschaftszone und Mezzogiorno

Kritik aktueller wirtschaftspolitischer Konzepte für Ostdeutschland

Die Jahreswende 2004/2005 bedeutet für die neuen Bundesländer eine Zäsur: die erste Etappe des *Aufbau Ost* (1990-2004), welche durch das »Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost« und den ersten »Solidarpakt« geprägt war, geht zu Ende und die zweite Etappe (2005-2019), welche durch den »Solidarpakt II« bestimmt wird, nimmt ihren Anfang. Damit aber nicht genug: Dieses Datum ist mehr als nur eine Wegmarke. Es steht zugleich auch für eine Richtungsänderung und Zielkorrektur der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ostdeutschland und damit für ein grundsätzlich *neues* Verständnis der deutschen Einheit.

Am deutlichsten brachte dies Bundespräsident *Horst Köhler* zum Ausdruck, indem er die Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West als normal charakterisierte, die Bemühungen zu ihrem Abbau aber als unerwünschte »Einebnung« kritisierte, welche den »Subventionsstaat« zementieren und die Staatsverschuldung vergrößern würde.¹ Im Klartext bedeutet dies die Kapitulation der Politik vor den aktuellen Herausforderungen der deutschen Einheit, die Aufkündigung der föderalen Solidarität sowie die Aufgabe Ostdeutschlands als Förder- und Entwicklungsgebiet von gesamt nationalem Interesse.

Die Ergebnisse des Aufbaus Ost sind ernüchternd

War die Politik der Bundesregierung bisher, trotz zunehmend differenziert zu wertender Ergebnisse und nur mäßiger Erfolge, immer noch von dem Bemühen getragen gewesen, den Aufbauprozess im Osten zugleich als einen Aufhol- und Konvergenzprozess gegenüber Westdeutschland zu gestalten, was ihm Ziel und Richtung gab, so ist davon inzwischen kaum noch die Rede. Sowohl in den letzten beiden *Jahresberichten zum Stand der Deutschen Einheit*² als auch in den bisher vorgelegten *Fortschrittsberichten* der Wirtschaftsforschungsinstitute kommt »Enttäuschung« über den unbefriedigenden Stand des Aufbaus in den neuen Ländern zum Ausdruck, ohne jedoch, dass daraus die Notwendigkeit einer Intensivierung des *Aufbaus Ost* sowie Maßnahmen zu seiner Verstärkung und Beschleunigung abgeleitet wer-

¹ Der genaue Wortlaut der betreffenden Passage im Interview des Bundespräsidenten lautet: Es »gab und gibt nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Das geht von Nord nach Süd wie von West nach Ost. Wer sie einebnen will, zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf.« (Focus. 13.09.2004. S. 23.)

² Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003, Berlin 2003, S. 21, und Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, Berlin 2004, S. 7.

den.³ Es gibt von Seiten der Politik kaum neue Impulse zur wirtschaftlichen Belebung, kein groß angelegtes Investitionsprogramm zur Schließung der nach wie vor beachtlichen Produktionslücke, keine zusätzlichen Finanzmittel, nichts also, was wirklich helfen würde, den Osten wirtschaftlich voranzubringen, sondern lediglich eine als »erneuertes Gesamtkonzept« ausgewiesene Fortschreibung der seit Jahren praktizierten Strategie. Dabei werden die »Ergebnisse und Erfolge der bisherigen Politik« zur »Grundlage für die Neujustierung der Struktur- und Förderpolitik in Ostdeutschland« erklärt⁴, was in bestimmtem Maße eine *konzeptionelle Wende* bedeutet, da man sich nunmehr am Erreichten als dem vermeintlich Erreichbaren orientiert und das wirtschaftliche Gefälle zwischen West und Ost als Normalität akzeptiert. Für die Lebensverhältnisse bedeutet dies, dass die noch bestehenden Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern faktisch zementiert werden, ihre Angleichung aber bis auf weiteres suspendiert ist. Damit droht in Deutschland ein Prozess an Dynamik zu gewinnen, der auf europäischer Ebene mit großem Kraftaufwand verhindert werden soll, nämlich die »Auskristallisierung regionaler Unterschiede zu regionalen Ungleichheiten«⁵.

Der »Abschied vom Aufholprozess Ost« lässt sich an verschiedenen Kriterien festmachen.⁶ Zuerst an den wirtschaftlichen Daten, am Zurückbleiben der neuen Länder beim Wirtschaftswachstum, bei der Arbeitsproduktivität, bei den Investitionen, beim Export, bei der Beschäftigung, bei der Lohnentwicklung, beim Konsum. Hier stagniert die Entwicklung seit Jahren bzw. sind nur minimale Fortschritte zu verzeichnen. Sodann am *Scheitern* des Konvergenzprozesses – anders lässt sich der nunmehr seit neun Jahren andauernde Stillstand beim Aufholprozess Ost nicht mehr interpretieren. Die ökonomischen Daten sprechen eine eindeutige Sprache: So betrug das durchschnittliche Wachstumstempo des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den Jahren 1997 bis 2003 in den alten Ländern (ohne Berlin) 1,2 Prozent, in den neuen Ländern aber nur 0,9 Prozent. Die Schere schließt sich also nicht, sondern geht weiter auf. Angesichts dieser Zahlen erscheint es als geradezu grotesk, wenn die Bundesregierung aus der Tatsache, dass das Wachstum im Jahr 2003 im Osten um 0,3 Prozent höher lag als im Westen (+0,2 Prozent gegenüber –0,1 Prozent) den gegenteiligen Schluss zieht, nämlich dass sich die Schere zwischen Ost und West allmählich schließen würde.⁷ Schon im ersten Halbjahr 2004 kippte das Wachstum im Osten wieder ins Minus: das heißt, Ostdeutsch-

³ Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Halle 2002, S. 3; Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Halle 2003, S. 9.

⁴ Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. 2004. S. 20.

⁵ Vgl. Steffen Mau: Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu der Wochenzeitung Das Parlament, 38/2004.

⁶ Vgl. Karl Mai / Klaus Steinitz: Abschied vom Aufholprozess Ost. Berlin 2002 (Arbeitskreis Perspektiven für Ostdeutschland).

⁷ Vgl. Jahresbericht 2004, a. a. O. S. 11.

land konnte »mit der konjunkturellen Entwicklung im Westen nicht mithalten«⁸. Diesmal war der Unterschied aber viel größer: 1,5 Prozent im ersten Quartal und 2,2 Prozent im zweiten Quartal.⁹ Das BIP/Einwohner lag 2003 in den neuen Bundesländern bei 63,9 Prozent des Westniveaus.¹⁰ Korrigiert man diese Größe um den Bevölkerungsrückgang in den letzten Jahren (vgl. Tabelle 1), so rutscht der Wert sogar noch unter den Wert von 1996. Ähnlich verhält sich dies auch bei anderen makroökonomischen Indikatoren (vgl. Tabelle 2), was den Schluss erlaubt, dass seit Mitte der 90er Jahre auf wichtigen Gebieten zwischen Ost- und Westdeutschland faktisch *keine Konvergenz* mehr stattfindet. Vielmehr vergrößert und verfestigt sich der Abstand zwischen beiden Landesteilen. Dies betrifft die Wirtschaft ebenso wie die Kultur, die Forschung, die Bildung, die Demographie – Bereiche also, wo eine Konvergenz »unabdingbar« ist und »für die Zukunft entscheidend«¹¹, sofern man am Ziel der Einheit Deutschlands, die ohne einheitliche Lebensverhältnisse keine wirkliche ist, festhält.

Tabelle 1: Wanderung zwischen neuen und alten Bundesländern 1989-2002

Jahr	Fortzüge aus den NBL und Berlin-Ost	Zuzüge nach den NBL und Berlin Ost	Wanderungssaldo
1989	388.396	5.135	-383.261
1990	395.343	36.217	-359.126
1991	249.743	80.267	-169.476
1992	199.170	111.345	-87.825
1993	172.386	119.100	-53.286
1994	163.034	135.774	-27.260
1995	168.336	143.063	-25.273
1996	166.007	151.973	-14.034
1997	167.789	157.348	-10.441
1998	182.476	151.750	-30.728
1999	195.530	151.943	-43.587
2000	214.456	153.179	-61.277
2001*	192.004	94.281	-97.723
2002*	176.700	95.876	-80.824
1989-2002	3.031.370	1.587.250	-1.444.120

*ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004. S. 53.

Trotz beachtlicher Fortschritte auf *einzelnen* Gebieten und vieler positiver Beispiele ist die Gesamtbilanz der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 unbefriedigend, seit einigen Jahren sogar negativ. Dabei ist jedoch eine zunehmende regionale Differenzierung und ungleichmäßige Entwicklung in einzelnen Bereichen unbedingt zu berücksichtigen. Die »Lichtblicke« in einzelnen Branchen und Regionen reichen aber *bei weitem* nicht aus, um in den neuen Ländern insgesamt »einen Umschwung in der Wirtschaftslage und der zwi-

⁸ Udo Ludwig: Ostdeutsche Wirtschaft kommt schwer in Tritt. In: IWH: Wirtschaft im Wandel, 12/2004. S. 322.

⁹ Deutsche Bundesbank: Monatsbericht. 56. Jg. (2004) 9. S. 7*.

¹⁰ Angabe für NBL ohne Berlin (IWH: Wirtschaft im Wandel, 6/2004, S. 174).

¹¹ Wolfgang Thierse: Zukunft Ost . Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas. Berlin 2001. S. 16.

schenzeitlich stark strapazierten Stimmungslage herbeizuführen«¹². Da es sich hierbei weder um nebensächliche Aspekte noch um einen bloß temporären Prozess handelt, sondern um einen nun schon fast ein Jahrzehnt andauernden Trend, wird die von *Wolfgang Thierse* zur Jahreswende 2001 aufgeworfene Frage, ob es für die neuen Länder *überhaupt noch* »eine Angleichungsperspektive« gibt¹³, immer dringlicher. Bei ihrer Beantwortung kann jedoch immer weniger ausgeschlossen werden, dass die Weichen für Ostdeutschland derzeit bereits in Richtung einer dauerhaft rückständigen und transferabhängigen Region, eines deutschen Mezzogiorno, gestellt sind.

Da hilft auch kein optimistischer Blick auf das Erreichte, wie ihn Bundespräsident Köhler von den Ostdeutschen einfordert¹⁴, denn hier geht es nicht um Stimmungen und Gefühle, sondern um ökonomische Fakten. Die »ökonomische Wirklichkeit« aber, schreibt ifo-Chef *Hans-Werner Sinn*, ist mittlerweile »so weit von dem entfernt, was die verantwortlichen Politiker dem Volk in Aussicht gestellt hatten, dass man die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Landesteile als gescheitert ansehen kann«¹⁵. Trifft dies zu, so wäre damit auch die Angleichungsoption der neuen Länder in Frage gestellt, denn ohne wirtschaftliche Konvergenz kann es keine wirkliche Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse geben. Selbst wenn die Regierung verbal an diesem Ziel festhält, so wäre dieses doch in einem Staat, worin die Ostdeutschen kaum 18 Prozent der Bevölkerung stellen, politisch kaum durchsetzbar und auf Dauer auch nicht finanzierbar. Die aktuelle Debatte um die Transferzahlungen zeigt dies sehr klar: »Der Osten steht still – und der Westen stürzt ab, weil er die Milliardentransfers längst aus der eigenen Substanz begleichen muss«, behauptete der *Spiegel*¹⁶ und löste damit eine neue Ost-West-Kontroverse aus. Argumentiert wird dabei mit einer Bruttogröße der Transfers in Höhe von 1.250 Mrd. Euro. Andere Autoren beziffern die Zahlungen sogar noch höher, auf 1.500 Mrd. Euro, was selbst für die Regierung zuviel ist und deshalb von *Manfred Stolpe* schlichtweg als »Unsinn« bezeichnet wurde.¹⁷

Tatsächlich sind die »Sonderleistungen« für Ostdeutschland, und *nur diese* stehen hier zur Debatte, deutlich niedriger zu veranschlagen, laut IWH auf »nicht mehr als 15 Mrd. Euro im Jahr«¹⁸, insgesamt – seit 1991 – also auf nicht viel mehr als 200 Mrd. Euro. Das sind etwa 0,7

¹² Helmut Seitz: Thesenpapier zur Lage in Ostdeutschland und zur weiteren Vorgehensweise beim »Aufbau Ost«, Frankfurt/Oder 2003. S. 1.

¹³ Wolfgang Thierse, a. a. O., S. 16.

¹⁴ *Handelsblatt*, 30.09.2004.

¹⁵ Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, Düsseldorf 2003. S. 221.

¹⁶ Stefan Berg et al.: Tabuzone Ost. In: *Der Spiegel*, 15/2004. S. 25.

¹⁷ *Berliner Zeitung*, 20. September 2004.

¹⁸ Joachim Ragnitz: Transferleistungen für die neuen Länder – eine Begriffsbestimmung, In: IWH-Pressmitteilung 27/2004. S. 3.

Prozent des jährlichen BIP – wahrlich keine Größe, die wirtschaftlich ernstlich ins Gewicht fällt.

Rechnet man alle Ausgaben des Bundes, der Länder und der Sozialversicherungen in Ostdeutschland, die dort nicht selbst erwirtschaftet werden, deren Zahlung aber gesetzlich geregelt ist und die deshalb unabhängig von der ökonomischen Leistungskraft erfolgt, zu den Transferleistungen, so erhöht sich deren Umfang auf ca. 80 Mrd. Euro pro Jahr bzw. etwa 900 Mrd. Euro für den Zeitraum von 1991 bis 2003. Dies entspricht etwa vier Prozent des westdeutschen BIP, was beachtlich ist, aber bei weitem noch »keine Größenordnung« darstellt, »die Westdeutschland wirtschaftlich herunterzieht«¹⁹. Für eine ökonomische Würdigung der West-Ost-Transfers ist es jedoch unverzichtbar, dem finanziellen Aufwand die Vorteile, welche damit für die westdeutsche Wirtschaft verbunden sind, gegen zu rechnen. Diese bestehen in einem zusätzlichen Produktionsvolumen von rund 100 Mrd. Euro pro Jahr, mindestens einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze, entsprechend höheren Steuer- und Beitragseinnahmen u. a. m. Am meisten wiegt jedoch der »Zuzug gut ausgebildeter Arbeitskräfte aus dem Osten«²⁰, dessen Wert als »Humankapital« den Umfang der Transferleistungen bei weitem übersteigen dürfte. Derartige Überlegungen werden jedoch im Westen nicht gerne gehört, da sie die o. g. Argumentation ad absurdum führen würden.²¹ Man braucht diese Behauptungen aber, um von den wahren Ursachen der Wirtschaftsmisere in Deutschland abzulenken. Und die liegen weder in Ostdeutschland noch in den Folgen der Wiedervereinigung, sondern in Strukturschwächen und Reformdefiziten, die seit den 80er Jahren zu beobachten sind. Um davon abzulenken wurde die abenteuerliche Aufrechnung der Transferzahlungen im *Spiegel* vier Monate später – ohne auch nur mit einem Wort auf die Gegenargumente einzugehen – noch einmal wiederholt, ebenso die unsinnige Behauptung, die Schaffung annähernd gleicher Lebensverhältnisse innerhalb der Landesgrenzen Deutschlands zehre bereits heute »von der Substanz«²² und gefährde den Standort Deutschland.

Dies zeigt vor allem eins: Die Zeit der Vereinigungseuphorie und -solidarität ist endgültig vorbei; der *Aufbau Ost* ist im Wesentlichen abgeschlossen. Was jetzt noch folgt, sind Auslaufprogramme und Nachbesserungen im Rahmen der allgemeinen regionalen Wirtschaftsförderung und Reformpolitik – mehr nicht.

¹⁹ Rüdiger Pohl: Die Wachstumsschwäche in Deutschland – ist der Osten schuld? – ein Kommentar. In: IWH-Pressenmitteilung 15/2004. S. 2.

²⁰ Ebenda.

²¹ Vgl. Ulrich Busch: Abstieg West durch Aufbau Ost? In: Prokla 135, 34 (2004) 2. S. 321-329.

²² Stefan Berg et al.: Trübsal in der Zwischenwelt. In: Der Spiegel 39/2004. S. 45f.

Das Programm der Bundesregierung: Aufbau Ost als »passive Sanierung«

Mit der 2001 getroffenen Entscheidung über den Solidarpakt II und das integrierte Konzept für den *Aufbau Ost* wurde noch einmal ein Kompromiss gefunden, um den sofortigen wirtschaftlichen und sozialen Absturz der neuen Länder zu verhindern, ein selbsttragender Aufschwung aber wird mit diesem Konzept – soviel ist bereits heute erkennbar – nicht erreicht werden. Eher nimmt das Ganze allmählich Formen einer »passiven Sanierung« an.

Inzwischen gibt es aber bereits ernst zu nehmende Versuche, selbst dieses halbherzige Konzept zu demontieren und die dafür vorgesehenen Mittel zu streichen. So forderte *Roland Koch* im Namen der westdeutschen Bundesländer die Streichung des Artikels 91a GG, welcher Bund und Länder verpflichtet, zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in wenig entwickelten und strukturschwachen Regionen finanziell beizutragen. Kann er sich damit durchsetzen, so hätte dies für die neuen Länder zur Konsequenz, »bei knapper Haushaltslage des Bundes in Zukunft kein Geld mehr zu bekommen«²³. Koch steht mit dieser Forderung keineswegs allein: Er wird von den meisten Politikern in den alten Ländern unterstützt. Dies lässt vermuten, dass es vor dem Hintergrund defizitärer Haushalte, verschärfter Sparauflagen und zunehmender Verteilungskämpfe zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie zwischen den Ländern selbst aller Voraussicht nach für Ostdeutschland in der nächsten Zukunft zu harten Einschnitten und Mittelkürzungen bei fast allen finanziellen Zuwendungen kommen wird. *Meinhard Miegel*, Chef des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG), sieht eine Zurückführung der Transferzahlungen bereits als unausweichlich an – schon deshalb, weil diese die »Eigeninitiative der Bevölkerung« im Osten lähmen würden, was »keine gute Voraussetzung für die dynamische Entwicklung einer Region« sei.²⁴

Hieran vermag auch der Solidarpakt II, welcher für die neuen Länder im Zeitraum 2005 bis 2019 degressive Finanzzuweisungen (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen) in Höhe von 105 Mrd. Euro (Korb 1) sowie zusätzliche 51,1 Mrd. Euro (Korb 2) als »Zielgröße« (das heißt, mit Haushaltsvorbehalt) für die Wirtschaftsförderung vorsieht, wenig zu ändern. Zum einen ist der Umfang dieser Mittel – gemessen am festgestellten Nachholbedarf – »kaum als ausreichend anzusehen«, um die »Infrastrukturücke« zu schließen.²⁵ Auch der absolute Betrag ist, berücksichtigt man die längere Laufzeit, verglichen mit dem des Solidarpakts I, geringer.²⁶ Künftig stehen den neuen Ländern also ohnehin deutlich *weniger* Mittel zur Ver-

²³ Westen will raus aus dem Solidarpakt. In: *Handelblatt*, 30.09.2004. S. 1.

²⁴ Meinhard Miegel: »Lange Transfers gefährden Standort Deutschland«. In: *Leipziger Volkszeitung*, 4.10.2004.

²⁵ Joachim Ragnitz: »Solidarpakt II«: Die ostdeutschen Länder in der Verantwortung. In: *Wirtschaft im Wandel 10/2001*. Halle 2001. S. 248.

²⁶ Im Rahmen des Solidarpakts I wurden neben den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und den Finanzhilfen gem. IfG auch noch andere Finanzzuweisungen an die neuen Länder und Berlin erfasst, so dass der

fügung als bisher. Zum anderen besteht die reale Gefahr, dass die Solidarpaktmittel zu einem nicht unwesentlichen Teil in den defizitären Haushalten der neuen Länder »versickern« und nicht für Investitionen verwendet werden.²⁷ Da ihre investive Verwendung für die wirtschaftliche Entwicklung aber »entscheidend«²⁸ ist, käme dadurch das *gesamte* Aufbaukonzept ins Rutschen: Statt eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und einen dynamischen Aufholprozess zu generieren, sicherten die Finanzaufweisungen den neuen Ländern dann bestenfalls noch den Status quo. Das wirtschaftliche Programm des *Aufbau Ost* würde dadurch vollends zu einem Konzept der »passiven Sanierung« werden. Zum größten Teil ist es dies heute schon, wie die Verwendungsstruktur der Transferleistungen mit einem Konsumanteil von mehr als zwei Dritteln unschwer erkennen lässt.²⁹

Dabei gilt es zu beachten, dass der hohe Konsumanteil in erster Linie Sozialausgaben umfasst, welche vor allem Ausdruck sind für die wirtschaftliche Misere im Osten. Die angespannte Finanzlage der ostdeutschen Länder und Kommunen sowie die Kürzung der Finanzaufweisungen insgesamt werden diesen Trend nicht umkehren, sondern zwangsläufig weiter verstärken. So wird der Umfang der nicht kürzbaren, da gesetzlich geregelten, West-Ost-Transfers weiter zunehmen und die öffentlichen Haushalte (Bund, Sozialversicherungen, West-Länder) belasten. Diese »permanente Alimentierung des Ostens« wird sich schließlich, wie *Karl Schiller* es vorhergesagt hat, »in einer Deformation der Gesellschaft niederschlagen. Eine große subventionierte Reservearmee von Arbeitskräften im Wartestand jeglicher Art (aber) wäre das Gegenteil einer wirklichen Integration ... das Ganze wäre eine moderne, deutsche Variante des Mezzogiorno.«³⁰

Die neuen Bundesländer als der »Mezzogiorno Deutschlands« – ein Szenario, das Anfang der 90er Jahre noch als Horrorvision zurückgewiesen wurde, wird inzwischen von nicht wenigen Ökonomen durchaus als »realistisch« angesehen.³¹ In der Literatur spiegelt sich dies bereits heute entsprechend wider, indem der Topos Mezzogiorno nicht mehr nur als Menetekel verwendet wird, sondern immer häufiger auch zur anschaulichen Beschreibung der ost-

jährliche Leistungsumfang zwischen 21 und 28 Mrd. Euro schwankte. Der Gesamtvolumen wird auf 262 Mrd. Euro veranschlagt (vgl. Ulrich Busch: *Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft*. Berlin 2002. S. 189ff.).

²⁷ Helmut Seitz weist darauf hin, dass die finanziellen Belastungen der neuen Länder, die aus der Erfüllung von Ansprüchen aus dem »Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz« (AAÜG) resultieren, schon heute mehr als ein Viertel der für den Aufbau Ost bestimmten Solidarpaktttransfers ausmachen (Helmut Seitz: *Die Leistungen der neuen Länder im Rahmen des AAÜG – Bestimmungsgründe und Belastungsdynamik – Gutachten*. 2003. S. 13.)

²⁸ Jahresbericht 2003, a. a. O., S. 21.

²⁹ Vgl. Ulrich Busch / Anja Schneider: Viel Konsum, aber wenig Wachstum. Zu den Wirkungen der Transferzahlungen. In: *Utopie kreativ* 127 (2001). S. 416-426.

³⁰ Karl Schiller: *Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft*. Berlin 1994.

³¹ Vgl. Ulrich Busch: *Mezzogiorno Ost! Na und? In: Berliner Debatte INITIAL*, 13 (2002) 5-6. S. 144-156.

deutschen Realität.³² Dabei wird dieser Begriff weniger in seiner geographischen und historischen Bestimmtheit³³ gesehen, sondern eher als Metapher für eine vergleichsweise schwach entwickelte Region verwendet. Er steht damit für Gebiete, Regionen oder Landesteile, die »durch wirtschaftliche Rückständigkeit im Vergleich zum restlichen Teil ihres Landes [...] geprägt sind, und bei denen Fragen der ›Therapie‹ zur Reduzierung der Disparitäten und zur Schaffung einer selbsttragenden Entwicklung sowie die Rolle, die staatliche Intervention dabei spielt, diskutiert werden.«³⁴ In Europa gibt es zahlreiche, zumeist periphere Regionen, die als »europäische Mezzogiornos« klassifiziert wurden. Neben dem gemeinsamen Merkmal ihrer relativen Rückständigkeit weisen sie jeweils spezifische Züge und Charakteristika auf, die sie voneinander unterscheiden. Dabei schneidet Ostdeutschland bisher noch vergleichsweise günstig ab, denn es besitzt weder eine lange Tradition als entwicklungsschwacher Raum, noch ist es generell, in allen Territorien und Bereichen, als rückständig oder zurückgeblieben einzustufen.

Das Zurückbleiben Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland datiert frühestens seit 1945, als sich infolge von Demontagen, Reparationszahlungen und Abwanderung das Wirtschaftspotenzial im Osten verringerte, während es im Westen kräftig zunahm. Der DDR ist es dann bis 1989 nicht gelungen, diese in der Nachkriegszeit entstandene Potenzial- und Produktivitätslücke wieder zu schließen. Nach 1971 hat diese sich sogar noch vergrößert, ohne jedoch, dass die DDR dadurch wirtschaftlich oder sozial auch nur in die Nähe eines der europäischen Mezzogiornos gelangt wäre.

Den entscheidenden Ausschlag für die heutige Situation hat der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands infolge der Währungs- und Wirtschaftsunion 1990/1991 gegeben. Aber auch die Vorgehensweise der Treuhandanstalt zwischen 1991 und 1994 und die Transformations- und Integrationspolitik der Bundesregierung(en) sind hierfür verantwortlich. »Kein Politiker, egal welcher Partei«, bemerkte *Helmut Schmidt*, »hat bisher ernsthaft versucht, den Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft zu beschleunigen [...] Wenn nichts speziell zugunsten des Ostens geschehen sollte, so wird man im Jahre 2020 feststellen, weitere 15 Jahre nach der

³² Vgl. zum Beispiel Hans-Werner Sinn / Frank Westermann: Two Mezzogiornos, In: *CESifo Working Paper* No. 378, München 2001 sowie Jan Priewe: Ostdeutschland 1990-2010 – Bilanz und Perspektive. In: AG Perspektiven für Ostdeutschland (Hg.): Ostdeutschland – eine abgehangene Region. Perspektiven und Alternativen, Dresden 2001. S. 16ff.

³³ Der eigentliche Mezzogiorno umfasst die wirtschaftsschwachen, durch die historische Entwicklung und eine rückständige Wirtschaftsstruktur ökonomisch wie sozial hinter der Gesamtentwicklung des Landes zurückgebliebenen Regionen Süditaliens. Trotz staatlicher Transfers ist es in den zurückliegenden 150 Jahren nicht gelungen, den Abstand dieser Gebiete gegenüber dem fortschrittlicheren Norden spürbar zu verringern.

³⁴ Geny Piotti: Akteure und Strategien regionaler Umstrukturierung in Süditalien. In: Berliner Debatte INITIAL 14 (2003) 6. S. 66.

Vereinigung, dass es zwar auch im Osten vorangegangen ist, dass aber von Aufholen keine Rede sein kann.«³⁵

1996 stand der Osten wirtschaftlich »auf der Kippe«³⁶, ohne dass die Regierung mit geeigneten Maßnahmen reagiert hätte. Inzwischen ist er in großen Teilen ökonomisch und sozial »gekippt«: Die Wirtschaft stagniert, die Beschäftigung sinkt, soziale Probleme drohen zu eskalieren. Ostdeutschland ist heute mehr denn je eine Transferökonomie und Transfersgesellschaft, die »am Tropf« des Westens hängt. Die Politik hat es nicht vermocht, hier eine Wende herbeizuführen, für Optimismus und Aufbruchstimmung zu sorgen und mit ihren Finanzmitteln und Förderinstrumenten einen selbsttragenden Aufschwung zu generieren. Vielmehr beschränkt sie sich seit einiger Zeit neben der Förderung einzelner Projekte auf die »passive Sanierung« der ostdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft³⁷, so dass Unterbeschäftigung, Abwanderung, Überalterung, Lohndumping und Verarmung weiter Platz greifen. Dies aber sind typische Charakteristika für wirtschaftlich schwach entwickelte Regionen, für Mezzogiornos. Für die neuen Bundesländer trifft dies zu, sofern die regionale Differenzierung sich weiter ausprägt und die Räume außerhalb der Wachstumszentren der Entvölkerung und Verödung preisgegeben werden.

Zweifellos ist es richtig im politischen Diskurs auch weiterhin darauf zu setzen, dass die Zukunft Ostdeutschlands – trotz möglicherweise bereits erfolgter Weichenstellung in Richtung Mezzogiorno – immer noch ein Stück weit »offen« ist, wie *Klaus Steinitz*³⁸ schreibt. Denn nur auf dieser Grundlage lassen sich Vorschläge für eine Kurskorrektur sowie strategische Alternativen sinnvoll diskutieren. Utopien und Zukunftsmodelle, für die es politisch keinerlei Chancen gibt, bringen hier jedoch wenig. Bestenfalls erweitern sie das Spektrum der Diskussion bzw. tragen sie wie die Reform- und Zukunftskonzepte der PDS³⁹ mit dazu bei, linkssozialistische Denkansätze immer wieder in die Debatte einzubringen und diese dadurch zu bereichern. Die Bewältigung der mit einer wirklichen Kurskorrektur für Ostdeutschland verbundenen Aufgaben setzt jedoch »ein Niveau der ökonomischen Kompetenz und der politischen wie gesellschaftlichen Akzeptanz voraus, von dem die PDS (wie auch andere alterna-

³⁵ Helmut Schmidt. In: Die Zeit Nr. 36, 26.8.2004. S. 1.

³⁶ Diese eingängige Beschreibung des Tatbestandes einer ökonomisch wie sozial schweren Krise stammt von Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland. In: Die Zeit Nr. 2 v. 3.1.2001.

³⁷ Jan Priewe: Die Wirtschaft in Ostdeutschland und ihre Perspektiven – Bestandsaufnahme: Wo steht Ostdeutschland heute? In: Wipo-Schnelldienst, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand. 7/2004. S. 6.

³⁸ Klaus Steinitz: Wie offen ist die Zukunft Ostdeutschlands? In: Sozialismus, 7/2004.

³⁹ Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil. Berlin 2000; PDS Sachsen (Hg.): Alternatives Entwicklungskonzept für Sachsen (Aleksa), Dresden 2003 u. a.

tive Parteien, Vereine und Gruppen – U.B.) [...] noch sehr weit entfernt ist«⁴⁰. Aber stehen die Chancen für das Konzept einer »Kurskorrektur«, das der Gesprächskreis um *Klaus von Dohnanyi* und *Edgar Most* im Juni 2004 der Öffentlichkeit präsentiert hat⁴¹, hier sehr viel besser?

Tabelle 2: Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess Ostdeutschlands (1991-2003)

	1991	1997	2003
BIP je Einwohner (Preisbasis 1995) ¹	49,4	67,1	66,4
BIP je Einwohner ² (nominal)	33,4	62,2	63,9
Ausrüstungsinvestitionen ²	62,0	108,0	89,0
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) ¹	51,2	72,5	74,6
Arbeitnehmerentgelt je A. ²	49,3	76,1	77,4
Lohnstückkosten ² (Personenbasis)	141,1	111,8	106,8
Haushaltsnettoeinkommen ³	54,0	82,0	81,0
Arbeitszeit je Arbeitnehmer	99	110	109
Erwerbsbeteiligung ²	96,0	91,0	88,0
Arbeitslosenquote	207	197	233
Kapitalstock je Einwohner	38,0	66,0	71,0
Exportquote ²	52,0	44,0	60,0
Öff. Infrastruktur je Einwohner	50,0	64,0	78,0
Originäre Steuerkraft	15,0	36,0	33,0

¹ NBL mit Berlin, ABL ohne Berlin; ² NBL ohne Berlin, ABL mit Berlin; ³ SOEP.

Quelle: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, S. 154; IWH: Wirtschaft im Wandel 6/2004, S. 174; IW: Positionen 10/2004, S. 26.

Eine Kurskorrektur als Neuanfang?

Ausgehend von der Feststellung, dass »Lage und Perspektive« Ostdeutschlands absolut »dramatisch« seien und mittelfristig für die neuen Länder die Gefahr bestehe, »in weiten Teilen endgültig abgehängt zu werden«, plädieren die Mitglieder des Gesprächskreises für ein radikales Umdenken bei der Aufbau-Politik. »Auf dem bisherigen Weg«, so ihre Begründung, sei »das Ziel einer selbsttragenden Wirtschaft im Osten offenbar nicht zu erreichen.« Was daher Not tut, sei ein Neuanfang, eine radikale »Kurskorrektur beim Aufbau Ost«⁴². – Dies mahnt jedoch zur Vorsicht und genauen Prüfung der Vorschläge, denn nicht jeder Neuanfang verheißt automatisch etwas Gutes.

Die angestrebte Neuausrichtung soll vor allem durch »eine Schwerpunktverlagerung von der Infrastruktur zum Aufbau von Wirtschaftsunternehmen« und einer sie stützenden Forschungslandschaft erfolgen, ferner durch eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf »Wachstumskerne« sowie den »Übergang von Anschubhilfen zu mehr längerfristig ertrags-

⁴⁰ Hans-Georg Draheim: Sieg der Reformen – auch ein Sieg der Reformvorschläge? In: Sozialismus, 12/2003. S. 13.

⁴¹ Klaus von Dohnanyi / Edgar Most (Redaktion): Kurskorrektur des Aufbau Ost. Hamburg/Berlin 2004. Dieses Papier unterscheidet sich in einigen Punkten wesentlich von der vorläufigen Fassung vom 10.02.2004.

⁴² Klaus von Dohnanyi / Edgar Most, a. a. O. S. 2f.

stützenden Maßnahmen«⁴³. Zur Umsetzung dieser Strategie wird eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen und -vorschlägen unterbreitet, deren Umsetzung jedoch nur gelingen wird, wenn Ostdeutschland wirtschaftspolitisch für eine bestimmte Zeit »einer besonderen Behandlung« unterworfen wird. Im Kern geht es dabei um mehr Entscheidungsfreiheit der neuen Länder zum Abbau von Bürokratie im Rahmen der Föderalismusreform, um die Deregulierung des Arbeitsmarktes, um einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor und – nicht zuletzt – um Steuervergünstigungen für Unternehmen, die in Ostdeutschland ansässig sind. Für die Finanzierung ihrer Vorschläge fordern die Experten des Gesprächskreises im Unterschied zum Sachverständigenrat und zu einigen Wirtschaftsforschungsinstituten (ifo München, DW Köln und RWI Essen) *keine* Kürzung der Finanztransfers, sondern eine Umschichtung und den effizienteren Einsatz der bis 2019 zugesagten Mittel. Sichergestellt werden müsste dazu jedoch, dass die Solidarpaktmittel tatsächlich fließen, der Haushaltvorbehalt also aufgehoben wird, und dass sie nicht, wie bisher, »zweckentfremdet«, also konsumtiv statt investiv, verwendet werden.⁴⁴

Klaus von Dohnanyi hält zu diesem Zweck die Schaffung einer *Sonderwirtschaftszone Ost* für »nötig«⁴⁵, auch wenn dieser Begriff in der Fassung des Berichts vom 28. Juni 2004 fehlt. Unterstützt wird er darin unter anderem von Helmut Schmidt, der für den Osten für »mindestens 15, besser für 25 Jahre« eine weitgehende Deregulierung (im Bau-, Planungs-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht) vorschlägt, ferner eine »deutlich spürbare Steuerpräferenz« sowie eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf regionale Schwerpunkte (Wachstumskerne).⁴⁶ Dem liegt die andernorts gemachte Erfahrung⁴⁷ zugrunde, dass für die Gewinnung externer Investoren und die Erreichung nachhaltigen Wachstums die steuerliche Förderung unter Umständen weit wirksamer sein kann als der Ausbau der Infrastruktur. Die Errichtung einer »Sonderwirtschaftszone Ost« würde sich jedoch nicht auf steuerliche Erleichterungen beschränken, sondern zudem weitreichende Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen in den Bereichen Bau, Planung, Umwelt und Arbeit umfassen, ferner eine verschärfte Sparstrategie und Privatisierungsoffensive im öffentlichen Sektor, die breite Einführung von Niedriglöhnen sowie eine Verlängerung der Arbeitszeit.

⁴³ Ebenda. S. 3.

⁴⁴ Ebenda. S. 18f. Gegenwärtig werden bis zu 75 Prozent der Solidarpaktmittel anders als vorgesehen, also nicht verwendungskonform genutzt (Helmut Seitz: Thesenpapier, a. a. O., S. 20).

⁴⁵ Klaus von Dohnanyi: Ein allgemeiner Aufbau-Pakt ist notwendig. In: *Wirtschaftskurier*, Mai 2004. S. 2.

⁴⁶ Helmut Schmidt: Was der Osten wirklich braucht. In: *Die Zeit*, Nr. 36 v. 26.8.2004. S. 1.

⁴⁷ Derzeit gibt es in über 80 Staaten Sonderwirtschaftszonen. Ihre Einrichtung diene überwiegend der Förderung der regionalen Entwicklung und war in den meisten Fällen ein wirtschaftlicher Erfolg (vgl. Klaus-Heiner Röhl: *Sonderwirtschaftszonen als Instrument der Regionalentwicklung*, Köln 2004).

Berücksichtigt man, dass Ostdeutschland mit seinen im Vergleich zu Westdeutschland niedrigen Löhnen und Alterseinkünften, aber hohen Subventionen und zahlreichen Sonderregelungen de facto schon jetzt ein Sonderwirtschaftsgebiet ist, dies alles für den wirtschaftlichen Aufbau aber nur wenig gebracht hat, so liegt die Vermutung nahe, dass auch dieses Konzept die Probleme nicht lösen wird, sich durch seine Umsetzung aber die Gefahr vergrößern würde, dass Ostdeutschland vom westdeutschen Wohlfahrtsstaat endgültig abgekoppelt wird.⁴⁸ Zudem stützt sich die Forderung nach einer Sonderwirtschaftszone auf die »unrealistische Annahme«, man könne Deutschland heute noch »ökonomisch, steuerrechtlich oder EU-rechtlich problemlos zweiteilen. Wenn überhaupt«, glaubt *Helmut Seitz*, »wäre ein solches Szenarium nur unmittelbar nach dem Fall der Mauer möglich gewesen«⁴⁹. Das liegt inzwischen aber 15 Jahre zurück. – Offensichtlich hat es der Bundesregierung damals diesbezüglich an politischem Willen gefehlt, für den Osten ein Aufbaukonzept durchzusetzen, das diesen nicht nur als Absatzmarkt und Arbeitskräftereservoir »ausbeutet«, sondern zugleich als wettbewerbsfähigen und attraktiven Produktionsstandort entwickelt. Vorschläge dafür hat genug gegeben. Aber die politikbeherrschenden Interessen der westdeutschen Wirtschaft standen dem entgegen – damals wie heute –: die Außenmärkte sind schon genug Konkurrenz, man brauche den »Tiger« nicht auch noch im eigenen Haus! Wen wundert es da, dass Bundeswirtschaftsminister *Wolfgang Clement* die Errichtung einer Sonderwirtschaftszone im Osten inzwischen ausdrücklich ablehnt, obwohl dieses Konzept durchaus eine Reihe richtiger und erfolversprechender Ansatzpunkte enthält. Zu diesen gehört zweifellos die Hervorhebung der Rolle der Industrie für Ostdeutschlands Zukunft.

Ohne eine leistungsstarke industrielle Basis wird es keine erfolgreiche Entwicklung im Osten geben, auch keine moderne Dienstleistungsgesellschaft, wie die bisherigen Erfahrungen belegen. Nun steht es auf diesem Gebiet gegenwärtig gar nicht so schlecht, besser jedenfalls als auf anderen Gebieten. Aber reicht dies bereits für einen Aufschwung? Das Verarbeitende Gewerbe hat sich in den letzten Jahren in den neuen Ländern trotz anhaltender gesamtwirtschaftlicher Stagnation positiv entwickelt. Im Jahr 2003 lag die Zuwachsrate hier bei 4,3 Prozent (unter Einschluss Berlins), ohne Berlin lag sie sogar bei 5,7 Prozent. Für 2004 werden 6,2 Prozent Wachstum erwartet.⁵⁰ In den vergangenen zehn Jahren wuchs die ostdeutsche Industrie im Jahresdurchschnitt um 5,5 Prozent.⁵¹ Auf diese Weise vergrößerte sich ihr Wachstumsbeitrag kontinuierlich, so dass der Unternehmenssektor, trotz weiterhin rückläufi-

⁴⁸ Ulrich Busch: Löst die Probleme nicht: »Sonderwirtschaftszone Ost«. In: *Disput* 6/2004. S. 14f.

⁴⁹ Helmut Seitz: Zur zukünftigen Ausgestaltung des »Aufbau Ost«. In: *Ifo Schnelldienst*, 57 (2004) 10. S. 11.

⁵⁰ IWH: *Wirtschaft im Wandel* 8/2004. S. 219.

⁵¹ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, a. a. O., S. 11.

ger Daten für das Baugewerbe und einem stagnierenden Dienstleistungssektor, seine Position als Wachstumsträger ausbauen konnte.

Ob die Industrie damit aber bereits auf Dauer einen »robusten Wachstumspfad« eingeschlagen hat und zum »Motor« der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geworden ist⁵², bleibt abzuwarten. Allzu groß sind die strukturellen Defizite der ostdeutschen Wirtschaft.⁵³ Auch ist die industrielle Basis hier nach wie vor sehr schmal.⁵⁴ So liegt der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes in den neuen Ländern lediglich bei 16,1 Prozent (2003), in den alten Ländern hingegen bei 23 Prozent⁵⁵. Nur 15,4 Prozent der Erwerbstätigen sind im Osten in der Industrie tätig, das sind 633 000 Personen. In der DDR waren es zuletzt 3,25 Millionen!

Seit Ende der 90er Jahre zeichnet sich im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ein verändertes Grundmuster des Strukturwandels ab. Der bis dahin zu konstatierende Trend einer Regionalisierung der Produktion konnte aufgebrochen und von einer verstärkten Präsenz ostdeutscher Unternehmen auf überregionalen Märkten abgelöst werden. Dementsprechend vergrößerte sich das Gewicht leicht handelbarer Güter von 9,3 Prozent (1996) und 12,8 Prozent (2000) auf einen Wert, der nur noch wenig unter dem für Westdeutschland (16,8 %) liegt.⁵⁶ Dies spiegelt sich in einer Zunahme des Exportanteils und einem Anwachsen der Exportquote (2003: 25,1 %) wider, einer Entwicklung also, die unter den gegenwärtigen Bedingungen einer rückläufigen Binnennachfrage die Basis für mehr Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe bildet. Hierin wird aber zugleich auch die Fragilität des Ganzen sichtbar: Verringert sich nämlich infolge einer konjunkturellen Abschwächung die Nachfrage aus dem Ausland bzw. aus Westdeutschland, so wäre die ostdeutsche Industrie davon sofort massiv betroffen. Eine breitere industrielle Basis, die sich auf organisch gewachsene Strukturen und Netzwerke und einen größeren Intra-Handel stützen könnte, wäre hier weit weniger anfällig.

Aber auch in struktureller Hinsicht zeigt die ostdeutsche Wirtschaft nach wie vor große Schwächen: So gibt es hier nicht nur eine schwach entwickelte Industrie, der Großbetriebe fehlen, ebenso Investitionen, Umsatz, Forschung, Innovationen und Beschäftigung. Wir haben es in Ostdeutschland auch mit einer durch politische und marktdiktierte Entscheidungen ad hoc geschaffenen, aber nicht organisch gewachsenen Industrie zu tun, die starke Züge einer Filial- und Dependenzökonomie trägt. Diese Situation macht sie in hohem Maße abhängig

⁵² Fortschrittsbericht ... 2002, a. a. O., S. 3.

⁵³ Vgl. Karl Mai: Ostregionale Strukturschwächen und ihre ökonomischen Folgen. In: Pankower Vorträge, Heft 66. Berlin 2004.

⁵⁴ Reinhold Kowalski: Dauerhafte Industrielücke in Ostdeutschland – Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik. In: Beiträge zur Wirtschaftspolitik, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS, 1/2004.

⁵⁵ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004. A. a. O. S. 12 u. 157.

⁵⁶ Fortschrittsbericht ... 2002, a. a. O., S. 96.

von den Verwertungs- und Expansionsinteressen der großen Konzerne, deren Hauptkapazitäten und Headquarters sich durchweg außerhalb der neuen Länder, in Westdeutschland oder im Ausland, befinden. Eine Re-Industrialisierung Ostdeutschlands erweist sich unter diesen Bedingungen als ausgesprochen schwierig, ist aber nichtsdestotrotz zu fordern. Dies setzt jedoch eine forcierte und staatlich geförderte Investitionstätigkeit voraus, insbesondere für neue Ausrüstungen und Anlagen. Davon ist jedoch praktisch wie konzeptionell nicht viel zu erkennen: Seit 1997 liegt der entsprechende Wert in Ostdeutschland unter dem westdeutschen Vergleichswert, seit 2000 ist er sogar absolut zurückgegangen (Vgl. Abb. 1). Das heißt, auch hier, wo die Weichen für die Zukunft der ostdeutschen Industrie gestellt werden, hat sich die relative Position der neuen Länder in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert. Was darf davon ausgehend und bei geringerem finanziellen Spielraum für die Zukunft erwartet werden?

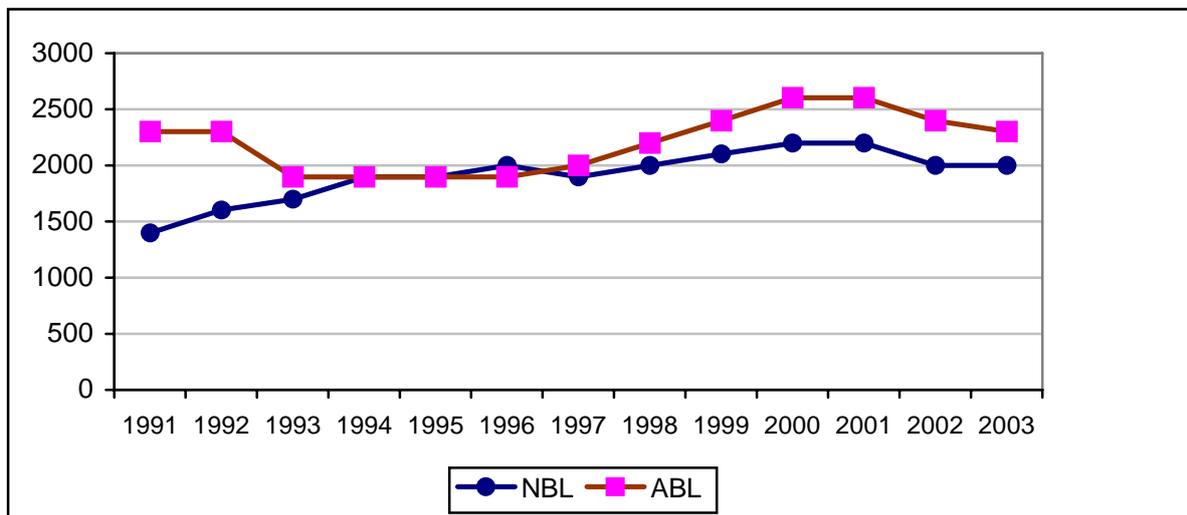


Abb. 1: Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlage je Einwohner (in Euro)

Quelle: Jahresbericht ... 2004, a. a. O., S. 173.

Hinzu kommt, dass sich die Lage Ostdeutschlands durch den Beitritt Polens und Tschechiens sowie weiterer mittel- und osteuropäischer Staaten zur Europäischen Union dramatisch verschärft hat. Sind die Chancen der EU-Erweiterung für die Deutschland *insgesamt* deutlich größer als die Risiken, so stellt sich dies für Ostdeutschland umgekehrt dar. Hier überwiegen, insbesondere in den grenznahen Gebieten, ganz eindeutig die Risiken. Einklemmt zwischen den wirtschafts- und exportstarken Metropolregionen im Westen und den wachstumsdynamischen, expandierenden Volkswirtschaften mit niedrigen Löhnen, Steuern sowie Sozial- und Umweltstandards im Osten, wird sich Ostdeutschlands Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungsgewerbe nur schwer behaupten können. Die Gefahr, in dieser »Sandwich-Situation« wirtschaftlich zerquetscht zu werden, ist sehr real.

Fazit: Alternativen werden gebraucht!

Was die Analyse vor allem zeigt, ist die Fragwürdigkeit *beider* Ansätze, des erneuerten Regierungsprogramms eines »integrierten Konzepts« für den *Aufbau Ost* ebenso wie des Vorschlags eines »Aufbau-Pakts«, wie ihn der Gesprächskreis um Klaus von Dohnanyi und Edgar Most unterbreitet hat. Weder die Fortschreibung des bisherigen Konzepts bei einer allmählichen Abschmelzung der Mittel noch der radikale Bruch mit dem bislang praktizierten Kurs durch die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone führen Ostdeutschland auf den Weg einer selbsttragenden Entwicklung.

Der Regierungskurs nimmt immer mehr Formen einer »passiven Sanierung« an, welche die öffentlichen Haushalte zunehmend belastet, aber selbst auf lange Sicht keine Gewähr dafür bietet, dass durch den Einsatz dieser Mittel ein wirtschaftlicher Aufschwung generiert werden wird. Auf diese Weise ist das Ziel einer selbsttragenden Entwicklung im Osten offenbar nicht zu erreichen. Deshalb der Vorschlag einer radikalen »Kurskorrektur beim Aufbau Ost«⁵⁷. Die Umsetzung dieses Vorschlages aber würde bedeuten, dass bereits erreichte Positionen im deutsch-deutschen Konvergenzprozess im Interesse einer Beschleunigung des *Aufbau Ost* zunächst wieder aufgegeben werden müssten, wobei keineswegs sicher ist, ob sie jemals wieder erreicht werden. Als Sonderwirtschaftszone würde Ostdeutschland wirtschaftspolitisch einer »besonderen Behandlung« unterworfen sein. Dies setzt jedoch voraus, dass die neuen Länder zuvor Maßnahmen einer Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung unterzogen werden. Ostdeutschland würde auf diese Weise nicht nur ökonomisch, sondern – zumindest für eine bestimmte Zeit – auch rechtlich und im Lebensstandard mehr als heute vom Westen abgekoppelt werden, mit der vagen Option auf eine bessere Zukunft.

Hätten die Ostdeutschen eine Wahl zwischen beiden Entwürfen, so wäre dies eine Wahl zwischen Scylla und Charybdis. Unter den gegebenen Verhältnissen aber haben sie keine Wahl. Entschieden wird hier, wie bisher auch, nach Interessenlage, wobei aktuell eher die Wirtschaft als die Politik den Ton angibt. Insofern sind *alternative* Konzepte für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands mehr gefragt denn je, denn nur auf ihrer Grundlage wird die Kritik an der Wirtschaftspolitik zu einer konstruktiven Kritik, die letztlich zu besseren Lösungen führt als die Politik sie gegenwärtig bereit hält.

Dr. oec. habil. Ulrich Busch
Schmausstr. 48
12555 Berlin
<ulrich.b.busch@web.de>

⁵⁷ Klaus von Dohnanyi / Edgar Most: Kurskorrektur des Aufbau Ost. 28. Juni 2004. S. 2f.

KARL MAI

Über alternative Vorschläge für die Entwicklung Ostdeutschlands

Das Thema schließt direkt an die vorgehenden Ausführungen an. Aus denen geht klar hervor, wie stark die politische Elite Deutschlands durch die entstandene Lage der ostdeutschen Regionalentwicklung in Verlegenheit geraten ist, im Rahmen der neoliberalen politischen Prämissen eine *hinreichende* Beschleunigung des bisher erreichten ökonomischen Fortschritts in Richtung »Aufholprozess« zu gewährleisten.

Objektiv-alternative Entwicklungspfade

Zunächst ist darüber Klarheit zu gewinnen, welche alternativen Entwicklungspfade objektiv für die ostdeutsche Region zu unterscheiden sind. Dabei gehe ich von der Position aus, die realistische Alternative aus einer sehr kritischen Sichtweise zu interpretieren und einzugrenzen. Es schließt sich dann eine Nennung von Vorschlägen an, die hierauf ausgerichtet sein sollten.

Ökonomisch wird das Wachstum Ost durch eine angestrebte, bisher aber unerreichte »selbst tragende« Qualität (d. h. bei dafür hinreichender regional-spezifischer Gewinnbildung *und* steuerlicher Eigenfinanzierung) auf einen stetigen Angleichungspfad geführt. Nach 15 Jahren Vereinigung ist dieses Ziel weiterhin *illusionär*. Der Verlauf des Wachstums Ost zu West bestätigt dies eindeutig. Hier gilt das Kriterium der Relation der trendmäßigen Wachstumsraten von Ost zu West im Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner.

Bezogen auf Westdeutschland, kann sich der Trendverlauf des künftigen BIP-Wachstums Ost rein logisch wie folgt differenziert gestalten: er kann flacher oder steiler verlaufen, oder aber mithalten. Der Trend widerspiegelt hier die reale Wachstumsrate des BIP. Differenzierte Trends führen aber zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen in der Kennzahl »BIP je Einwohner« im Zeitverlauf. Da sich Westdeutschland hinsichtlich der BIP-Leistung je Einwohner zeitgleich fortentwickelt, entsteht die Frage, ob (und wann) diese westdeutsche Kennzahl durch die ostdeutsche Region hinsichtlich der absoluten Größe »BIP je Einwohner« erreicht wird, oder aber ob sie unerreichbar bleibt.

Die gesonderten Trend-Wachstumsraten Ost zu West bilden mithin eine funktionale Relation, die sich im Koordinatenkreuz als zwei Linien darstellen lassen. Jeder Trend grenzt einen objektiven Entwicklungspfad mit zeitlich unterschiedlichen Ergebnissen ein. Haben die Linien einen gemeinsamen Schnittpunkt auf der Zeitachse, dann ist dies der hypothetische Zeit-

punkt der Niveauangleichung Ost an West. Die hierfür geltenden ökonomischen Faktoren sollen jetzt näher betrachtet werden.

(1) Als derzeit *realitätsfern* ist jener Entwicklungspfad zu werten, der eine länger währende und hinreichend hoch überflügelnde BIP-Wachstumsrate *je Kopf* im Osten gegenüber dem Westen im Verlauf von *echtem Aufholen* voraussetzt. Dies wäre an einen ebensolchen überflügelnden privaten Investitionszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt und die zugehörige profitable Markterweiterung gebunden. Dabei gilt: Je höher die positive Differenz in der BIP-Wachstumsrate je Kopf im Osten, umso früher würde das Ziel des Aufholens erreicht werden. Passive Sanierung durch andauernden weiteren Bevölkerungsverlust scheidet als hierfür allein hinreichender Effekt aus der Betrachtung aus.

Das Kriterium des *überflügelnden* Wachstums Ost ist unter spontaner Marktregulierung nicht zu erreichen, weil die ostdeutsche Unterentwicklungsregion keine politisch gewollten Präferenzen für die weitere erforderliche Industrieansiedlung anbieten kann bzw. sich die künftige externe Investitionsneigung ins Verarbeitende Gewerbe Ost nicht deutlich erhöht. Derzeit sind weitaus günstigere Marktanreize für den westdeutschen Kapitalexpert ins Ausland wirksam.

Es zeichnen sich in der zu erwartenden Politik der Bundesregierung keine Tendenzen ab, die einen tatsächlichen Aufholprozess zum *nationalen Schwerpunkt* avancieren lassen. Damit entfällt auch die Chance, dass in Ostdeutschland die produktivitätsbedingte Freisetzung von Arbeitskräften im Verarbeitenden Gewerbe absehbar durch massive externe *private* Erweiterungsinvestitionen kompensiert und so übertroffen werden könnte, dass zusätzliche Vollarbeitsplätze entstehen – eine zwingende Vorbedingung für einen höheren industriellen Beschäftigungsgrad und steigendes Arbeitspotenzial in diesem ostregionalen Bereich.

Damit sinken auch alle Chancen, die *unterproportionale* Quote des eigenen wirtschaftlichen Steueraufkommens der ostdeutschen Länder hinreichend zu normalisieren oder anzugleichen. Als Folge bleibt die dramatische essentielle Schwäche beim Abbau der ostregionalen Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Es droht eine chronische Neuverschuldung oder eine radikale »Abmagerungskur« der öffentlichen Haushalte in jenen Bundesländern, die den Anschluss an die erforderliche Eigenfinanzierung unter den künftigen erschwerten Marktbedingungen und verminderten EU-Finanzierungstransfers nicht schaffen können.

(2) Bei einem mit Westdeutschland bestenfalls »*mithaltenden*« relativen BIP-Wachstum je Kopf wird sich dagegen ein Entwicklungspfad einstellen, dessen linearer Verlauf den westdeutschen absehbar nicht schneiden kann, weil annähernde Parallelität entsteht. Dieser Verlauf zeigt aber, dass die Rückstände in der Wertschöpfung und im Lohn- und Transferein-

kommen Ost zu West überhaupt nicht aufholbar wären. Hier tritt sogar der Fall ein, dass die absolute Differenz im BIP je Kopf von West zu Ost noch zunimmt, wenn die Prozentsätze des BIP-Wachstums gleich bleiben. Insofern verfehlt der zutreffende Ausspruch, »ohne westdeutsche Konjunktur keine ostdeutsche«, das eigentliche Kernproblem.

Auch dieser »mithaltende« Entwicklungspfad Ost ist davon abhängig, dass ein westdeutscher Konjunkturauftrieb die ostdeutsche Entwicklung annähernd durch die innerdeutsche Markt- und Leistungsverflechtung *mitzieht und sich die Qualität »selbst tragendes Wachstum« entwickeln kann*. Erreicht dieser mithaltende Konjunkturaufschwung Ost die hierfür erforderliche statistische »Schwelle« in Höhe von ca. 2,2 Prozent BIP-Wachstum, entsteht voraussichtlich eine zusätzliche Beschäftigung durch neue ostdeutsche Produktionspotenziale – sofern hierfür die Marktanteile in Konkurrenz gewonnen werden können.

Dieser »mithaltende« Entwicklungspfad ist sicherlich objektiv wahrscheinlicher als ein »überflügelnder«, aber er *schließt ebenfalls aus*, dass es einen weiteren echten Aufholprozess in der BIP-Leistung gibt. Die Folge würde sein, dass die regionalen Strukturunterschiede zu Westdeutschland im Industriebereich und im hiervon abhängigen Dienstleistungsbereich sich nicht hinreichend verringern. Die immer noch zu hohe »Produktionslücke« Ost zu West, die zu den fiskalischen Transfers führt, würde sich nicht ausreichend schließen lassen, weil dazu die reale ökonomische Dynamik nicht ausreicht.

Dieser »realistischere« Zukunftspfad setzt ebenfalls voraus, dass es zumindest einen ausreichenden kontinuierlichen privatwirtschaftlichen Investitionsstrom im Verarbeitenden Gewerbe Ost gibt, der die erforderlichen Zuwachsraten im BIP je Kopf absichert – und zwar aus externen *und* internen Quellen. Dies allein ist ohne dafür hinreichende staatliche Fördermittelzufuhr und auch ausreichende *externe* private Investitionsneigung nicht möglich. Es entsteht dann die Konsequenz nach der hinreichenden staatlichen Förderpolitik sowie einer dafür hinlänglichen Anreizbildung für externe Investoren und nach den zu erwartenden künftigen Renditen oder Profiten bei notwendigen höheren Marktanteilen.

Treten die erforderlichen Determinanten in diesem Sinne nicht ein, ist ein strukturelles Zurückbleiben der Ostregion wahrscheinlich. Die negativen Folgen für die zukünftige Beschäftigungsentwicklung und die öffentliche Haushaltslage werden absehbar.

(3) Unter den gegenwärtigen oder noch ungünstigeren Voraussetzungen (auch seitens der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen) ist jedoch auf Dauer sicher, dass die ostdeutschen Raten im BIP-Wachstum je Kopf relativ und absolut *mehr oder weniger* deutlich zurückbleiben werden. »Die Angleichung, die bisher nicht erreicht wurde, kann in den kommenden Dekaden schwerlich nachgeholt werden. Im Gegenteil: der Abstand zwischen West

und Ost wird sich demographisch bedingt sogar noch vergrößern«, heißt es im aktuellen Gutachten der Deutschen Bank Research.¹

Der Wachstumstrend Ost verläuft dann stets unterhalb des westdeutschen mit sich vergrößerndem Abstand, der keinen zukünftigen »Schnittpunkt der Linien« zeigen würde. Das »selbst tragende Wachstum« der ostdeutschen Region kann nicht eintreten. Hauptkriterium hierfür bildet das Zurückbleiben der Investitionshöhe je Beschäftigten im Wertschöpfungsreich, insbesondere in der Industrie.

Es kommt dann zur Differenzierung der Subregionen in Ostdeutschland, die charakteristisch für die neoliberal intendierte Strukturdrift zur relativen Armutszone ist, welche einem Mezzogiorno in Deutschland entspricht. Dies gilt selbst für den Fall, dass sich die wenigen »Cluster des innovativen Wachstums« in den neuen Bundesländern behaupten können.²

Die restriktiven Forderungen der öffentlichen Haushaltspolitik tragen dann dazu bei, dass sich die verfügbaren Landesmittel für eigene Investitionen und/oder für Zuweisungen an die finanziell schwachen Kommunen nicht mehr erhöhen können, sondern rückläufig werden, mit der Konsequenz der zunehmenden investiven »Verödung in der Fläche« der kommunalen Infrastruktur und der gewünschten bzw. erforderlichen weiteren Gewerbeansiedlungen.

Gleichzeitig ist dieser »ungünstige« Entwicklungspfad von einer drohend anhaltenden oder zunehmenden Abwanderung der relativ »überschüssigen« Altersgruppen im Erwerbsleben begleitet. Tritt man erst in eine gewisse Schwelle der territorialen Verödung ein, dann erfolgt eine sich selbst verstärkende Eskalation: so entsteht eine »abgehängte Landschaft«, geprägt von Alten und Verarmenden mit kümmerlicher Lebensqualität.

(4) Die vorstehend skizzierten *drei* möglichen »Entwicklungspfade Ost« liegen bezogen auf die besonderen Wachstumsraten eng beieinander. Sie stellen sich jeweils logisch alternativ bei schon geringen graduellen Unterschieden zur westdeutschen Wachstumsrate ein. In der Toleranzbreite von lediglich +2 bis -2 Prozent als *Differenzpunkte* (im Vergleich mit dem BIP/Kopf-Wachstum in Westdeutschland) prägen sich diese Entwicklungspfade aus und bestimmen das ökonomische Schicksal der ostdeutschen Region im kommenden Langzeitraum (ca. 15 Jahre voraus). Die Bundesregierung, die hierzu ebenfalls über interne Modellrechnungen verfügt, schweigt sich allerdings aus.

(5) Von exakter »Angleichung« als Ziel zu reden, erscheint Politik und Wirtschaftsforschung gegenwärtig fast wie eine Blasphemie, denn das Wort wird streng vermieden. *Jan Priewe*, gewiss kein neoliberaler Wirtschaftsprofessor, erklärte im Februar 2004 in nüchter-

¹ Deutsche Bank Research: Mitteilung Nr. 306 vom 10.11.2004. S. 36.

² IWH: Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft. Studie. Pressemitteilung v. 2.11.2004.

nen Worten: »Ostdeutschland ist nicht auf der Kippe, es ist auf diesen niedrigen Niveaufad »gekippt« und wird hier mit hoher Sicherheit auf lange Sicht verharren.«³

Tabelle 1: BIP-Leistung nach Bundesländern, Ost- und West-Deutschland

Land	BIP-Leistung in Mio. Euro	Einwohner in Tsd.	BIP je Kopf in Tsd. Euro
Baden-Würt.	291204	10693	27,23
Bayern	347833	12423	27,99
Bremen	21633	663	32,63
Hamburg	70845	1743	40,65
Hessen	185016	6089	30,38
<i>Niedersachsen</i>	170227	7993	21,29
NRW	436280	18080	24,13
Rheinl.-Pfalz	86902	4059	21,41
Saarland	24445	1061	23,03
Schleswig.-H .	62010	2823	21,96
West-D.	1696395	65627	25,85
Berlin	70927	3388	20,93
Brandenburg	41856	2575	16,25
Meck.Vorp.	27518	1732	15,88
Sachsen	71683	4321	16,59
Sach.-Anhalt	40822	2523	16,18
Thüringen	38500	2373	16,22
Ost-D. o. Berlin	220379	13524	16,29
Ost-D. m. Berlin	291306	16912	17,22
Deutschland	1987700	82532	24,08

Quelle: Zusammengestellt und berechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Destatis. Wiesbaden. Sept. 2004.

Natürlich steht nicht in Frage, dass die Ostdeutschen jenen Entwicklungspfad *alternativ* wählen würden, der die optimalen Ergebnisse für die Einhaltung des Verfassungsauftrags zur »Angleichung der Lebensverhältnisse« in den neuen Ländern ermöglicht – allerdings steht dies nicht zur subjektiven Auswahl. Der Kampf gegen die einseitig angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und die makroökonomisch sinnwidrige Politik zur Durchsetzung der EWU-Defizitkriterien *um den Preis der Stagnation* ist erst noch in Deutschland zu gewinnen, ehe ein ostregionaler Entwicklungspfad – begünstigt durch die Wirtschaftspolitik - rascher aufwärts führen könnte und das ferne Ziel des Aufholens im nationalen Verbund quantitativ *hinreichend* erreichbarer wäre – eine schon reduzierte Erwartungshaltung.

Solch ein »hinreichendes Ziel« gilt es als Alternative *realistischer* zu interpretieren: Für eine große territoriale ostdeutsche Unterentwicklungsregion, deren wirtschaftliche Leistung im Durchschnitt derzeit kaum *zwei Drittel* der westdeutschen Vergleichsregion erreicht, wäre es ein historisch hinreichendes Ziel, in den statistischen »Streuungsbereich« von westdeutschen BIP-Länderleistungen je Kopf um deren Durchschnitt zu gelangen. Praktisch wäre dies

³ DGB: Wipo-Schnelldienst. Nr. 7/2004. S. 2.

erreicht, wenn der ostdeutsche Leistungsdurchschnitt im BIP/Kopf das Niveau zunächst des leistungsschwächsten westdeutschen Landes einstellen oder auch übertreffen würde (siehe Tabelle 1). Im Jahre 2003 betrug das reale BIP je Kopf in Ostdeutschland (ohne Berlin) im Durchschnitt 16.290 Euro und im Vergleich hierzu im leistungsschwächsten westdeutschen Land Niedersachsen 21.290 Euro, d. h. der Rückstand in diesem Vergleich betrug exakt 5.000 Euro BIP pro Kopf.⁴ Dieses Ziel allein erfordert künftig, den jetzt bestehenden Rückstand in der ostdeutschen BIP-Leistung je Kopf zu Westdeutschland in etwa *zu halbieren*. (Ebenso weit ist allerdings Niedersachsen noch vom westdeutschen Durchschnitt insgesamt entfernt.)

Für die fünf ostdeutschen Flächenländer würde dies zum *gegenwärtigen* Zeitpunkt bedeuten, das reale BIP-Volumen mindestens um 68 Mrd. Euro im Jahr zu erhöhen, d. h. einen Zuwachs von 31 Prozent und einen absoluten Stand von ca. 288 Mrd. Euro (real) zu erreichen. Jedoch ist zu beachten, dass die westdeutschen BIP-Leistungen ebenfalls weiter ansteigen und damit sehr bald »die Trauben höher hängen«.

Stellt man selbst diese »maßvoll« erscheinende Erwartung in den Kontext der vollzogenen EU-Osterweiterung, dann muss jeder Optimismus der Ostdeutschen einer stark nüchternen Betrachtung weichen. Vor diesem Hintergrund wird es kaum möglich sein, den gestoppten Angleichungsprozess neu zu beleben und hierbei echte Fortschritte zu erzielen. Das nun weiter östlich existierende Niveaugefälle im Vergleich zu Ostdeutschland selbst kann wie ein »Klotz am Bein« des innerdeutschen Niveauequals wirken – die Billigkonkurrenz drückt vor allem auf die Kontaktregionen entlang der früheren EU-Grenze. Die deutsche Konzernpolitik stellt sich hierauf ein und lässt nichts unversucht, die *Niedrigstlohn*bereiche auch in den neuen Bundesländern massiv zu erweitern.

Mit einer weiter »rückständig« bleibenden bzw. behinderten wirtschaftlichen Angleichung Ost an den Länderdurchschnitt West, gemessen an der BIP-Leistung je Kopf, ergeben sich zwangsläufig auch negative Wirkungen auf eine Angleichung der Löhne und Einkommen sowie auch der kommunalen Sozialleistungen, wodurch der Impuls zur Abwanderung aus der ostdeutschen Region für die Betroffenen nicht gestoppt werden könnte. Der damit gegebene Effekt einer »passiven Sanierung« kann schon deswegen nicht als Lösung des Entwicklungsrückstandes fungieren, weil er objektiv den Unterschied zum Westen durch Westverlagerung von Humanpotenzialen erhöht und damit ein schnelleres Wachstum im Westen befördert.

Aus den *demographischen* Strukturverschiebungen resultieren für die ostdeutsche Region etwa ab 2008/2010 bereits gravierende Nachwuchsprobleme bei gut ausgebildetem Fachpersonal – also Angebotsdefizite, die oft noch vordergründig als »Hoffungsstrahl« für den Ab-

⁴ Berechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Internet (Destatis).

bau der jetzigen Arbeitslosigkeit betrachtet werden. Dabei wird jedoch übersehen, dass dies die Dynamik der Wertschöpfung Ost begrenzt und damit auch die späteren potenziellen Wachstumsraten senkt. Die demographischen Strukturverschiebungen lösen nach 2020 deutliche negative Wirkungen auf die Wachstumschancen Ost aus, die den Niveauunterschied zu Westdeutschland als wichtiger Teilfaktor *im Langzeitraum* noch vergrößern müssen. Die Deutsche Bank Research unterstellt, »dass das BIP pro Kopf in Ostdeutschland bis 2020 von derzeit 64,5 auf 60 Prozent des Westniveaus sinkt (unter der Annahme gleicher Wachstumsbeiträge von Kapital und technischer Fortschritt in Ost und West).«⁵

Alternative Vorschläge und Sichtweisen

Wirft man einen kurzen Blick auf die jüngsten *Beschlüsse* der Bundesregierung für den weiteren »Aufbau Ost« vom 23. August 2004, die als Reaktion auf das kritische Papier aus der Gruppe um v. Dohnanyi zu betrachten sind, so findet man dort folgende *allgemeine* Schwerpunkte für die Förderpolitik im Rahmen des Solidarpaktes II:

- Investitions- und Mittelstandsförderung
- Forschungs- und Innovationsförderung
- Verkehrswege
- Städtebauförderung
- Ländliche Entwicklung

Eine detaillierte Untersetzung dieser Schwerpunkte durch längerfristige komplexe Maßnahmen oder konzeptionelle Projekte wird hier nicht angeboten bzw. nicht neu beschlossen. Diese Stichwortbenennung geht kaum über jene Punkte hinaus, die bereits seit Jahren gelten und sich für eine nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung als unzureichend erwiesen haben. In keiner Weise wird hervorgehoben, auf welchen objektiven Entwicklungs- und Wachstumspfad die Bundesregierung konkret hinarbeitet, d. h. Entwicklungstempo und *strategische* Zielstellung für Ostdeutschland bleiben ungenannt. Dies allein zeigt, wie *unbestimmt* die volkswirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands in der kommenden Zeitperiode gesehen wird. Einen Ausweg aus diesem Dilemma dürfte die neoliberale Politik der herrschenden Eliten im Einklang mit dem »Mainstream« in der Wirtschaftsforschung nicht sehen bzw. nicht finden. Auch der Sachverständigenrat (SVR) für Wirtschaft der Bundesregierung hat kein anderes Konzept, als die Umlenkung von Mitteln in der Verwendung für die Infrastruktur

⁵ Deutsche Bank Research, a. a. O., S. 44.

zugunsten der Verwendung für die industrielle Förderung (oder notfalls für die Schuldentilgung) zu empfehlen.

Vor dem Hintergrund der *objektiv* determinierten Entwicklungspfade stellt sich die Frage nach einer »alternativen« Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland im erweiterten EU-Kontext. Dies wäre eine Wirtschaftspolitik, die auf einem realistischen Entwicklungs- und Wachstumspfad zu einem ausreichenden »selbst tragenden Wachstum« beim Wiedereintritt in den Prozess der weiteren Angleichung von Ost an West führen kann.

Der Schwerpunkt der alternativen Forderungen hierfür muss sich eindeutig zur Beachtung von Grundeinsichten der Makroökonomie und adäquater Wirtschaftspolitik verschieben, um günstigere Vorbedingungen für eine gesamtdeutsche Konjunktur- und ostregionale Strukturentwicklung gleichermaßen einzufordern. Dies gilt insbesondere für die Beachtung der speziellen makroökonomischen Multiplikator- und Akzeleratorwirkungen. Hierzu zählt die fiskalische Haushaltspolitik mit ihren volkswirtschaftlichen Verflechtungen.

Die bisherigen und künftig vorgesehenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderpolitik insbesondere auf der ostdeutschen Unternehmensebene sowie auch auf der kommunalen Infrastrukturebene reichen keineswegs aus, einen politisch akzeptablen Entwicklungspfad zur Überwindung der ostdeutschen Misere zu beschreiten. Daher ist auch der folgenden Einschätzung des DIW zuzustimmen: »Allein mit einer neu ausgerichteten Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland wird der Aufholprozess allerdings nicht wieder in Gang gesetzt werden können.«⁶

Alternative Wirtschaftspolitik basiert auf einer Orientierung zu einem möglichst selbst tragenden Entwicklungspfad Ost, der die Entwicklungsrückstände Ost zu West hinreichend reduziert. Derzeit ist oft von weiteren 15 Jahren Aufholzeit hierfür die Rede, d. h. bis zum Auslaufen des Solidarpakts II. Bekanntlich sieht dieser Solidarpakt II aber keine Forcierung des gegenwärtigen jährlichen Investitionsvolumens in Ostdeutschland explizit vor. Dies hat jedoch Konsequenzen für den wahrscheinlichen Wachstumspfad Ost.

Nachstehende *Alternativforderungen* können in ihrer Substanz und Komplexität nur *gegen* die Widerstände von neoliberaler Politik und Interessenlagen in der Wirtschaft sowie in der EU durchgesetzt werden. Hierfür ist auch erforderlich, dass der weitere Aufbau Ost durch die Bundesregierung als eine nationale Aufgabe hoher politischer Priorität *angesehen und essentiell wirksam gehandhabt* wird. Dazu gehört auch die Gestaltung eines nationalen Steuersys-

⁶ DIW Berlin: Wochenbericht 18/2004. S. 275.

tems, das hinreichende Steuereinnahmen für die erforderliche forcierte Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik in der ostdeutschen Region sichert.⁷

Es kommt also nicht darauf an, dutzende Einzelmaßnahmen vorzuschlagen, die sich bequem in die Rahmenbedingungen einfügen, die Voluntarismus in der Umsetzung enthalten können oder die Impulse in eine unerwünschte Richtung hervorrufen. Echte *Alternativen* werden durch den effektivsten objektiven Wachstumsverlauf selbst determiniert, und hierin allein liegt auch der *Antrieb für eine alternative Wirtschaftspolitik*, die über die Maßnahmen der Bundesregierung hinausführt.

In der Konsequenz dessen erscheinen uns folgende generelle Orientierungen und Vorstellungen als Hauptforderungen aus *alternativer Sicht*, die über die bekannten neoliberal geprägten und wenig effektiven oder schon variierten Einzelmaßnahmen hinausgehen sollen:

- Konzentration der Anreizbildung für private industrielle Investitionen nach regionalen und Branchen-Schwerpunkten und für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch die Steuer- und Förderpolitik;
- Vergünstigungen für die Eigenkapitalbildung der ostdeutschen Klein- und Mittelunternehmen (KMU) durch die Förder- und Beteiligungspolitik sowie günstige Kreditbereitstellung für Innovationen und Investitionen;
- Förderung der Potenzialkonzentration im Bereich der KMU zwecks Verstärkung der mittelgroßen Unternehmenseinheiten im Sektor Marketing, Logistik und Kreditierung;
- Verstärkung des unternehmensseitigen Forschungs- und Entwicklungs-Kapazitäten in den KMU und deren weiterer Vernetzung mit den universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen;
- Weitere Marktoffensiven mit staatlicher Förderung für ostdeutsche Produkte und Leistungen im Export und im Binnenmarkt, auf Messen im In- und Ausland;
- Fortsetzung und mögliche Verstärkung der Einwerbung von externen Investoren in den wachstumsträchtigen Branchen im Industriesektor Ost, hauptsächlich in dessen mittelständischem Teil, sowie Absicherung der erforderlichen und angemessenen Finanzierungsmittel durch die Bundesregierung;
- Verlagerung von Headquarter-Funktionen nach Ostdeutschland im Zuge koordinierter Maßnahmen von westdeutschen Industrievereinigungen mit der Regierungsebene;

⁷ »Ein Mitgliedstaat der EU ist jedoch nicht daran gehindert, den strukturellen Zuschnitt seines Steuersystems an dem Ziel zu orientieren, für Wachstum und Beschäftigung auch steuerlich einen geeigneteren Rahmen als andere Länder zu bieten. Das ist originäre Aufgabe der Mitgliedstaaten, in die einzugreifen das zentrale Prinzip der Subsidiarität den Organen der Europäischen Union verbietet.« (BDI: Die Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland. Studie 2004. S. 22.)

- Herauslösung der Anteile für öffentliche Investitionen aus der jährlichen nationalen Defizitrechnung der öffentlichen Haushalte nach Kriterien der Europäischen Währungsunion, da das deutsche Grundgesetz hierfür ausdrücklich die Finanzierung über Neuverschuldung direkt vorsieht oder toleriert.

Mahnend hat der DGB Anfang 2004 ins Stammbuch der Bundesregierung geschrieben:

»Es gibt nur noch schmale Korridore für politisches Handeln. Was nötig wäre, ist die Suche nach einem *neuen Konsens* für die Wirtschaftspolitik Ost. Es ist ein Trugschluss anzunehmen, dies sei nur für den Osten gut und ginge zulasten des Westens der Republik. Die Politik der ›passiven Sanierung‹, die Akzeptanz der Abkoppelung, ist die teuerste Variante der deutschen Einheit. Die Ökonomie rächt sich gnadenlos an der Politik, ganz zu schweigen von den Stimmen des Wahlvolkes.«⁸

Die heftige Ost-Debatte des Jahres 2004 hat die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen des Dilemmas der deutschen Unterentwicklungsregion schlagartig erhellt. Mit »weiter so!« gerät die Politik ins historische Hintertreffen nach der Vereinigung. Der Einstieg in eine neue Strategie zur Wiederbelebung des Aufholprozesses ist zwar politisch wenig wahrscheinlich und unter den gegenwärtigen Zwängen der »Haushaltskonsolidierung« verstellt, aber als annehmende *alternative* Forderung unverzichtbar. Die Mobilisierung endogener Entwicklungspotenziale bleibt nach wie vor eine lebenswichtige zentrale wirtschafts- und strukturpolitische Aufgabe in Ostdeutschland – aber dies ist *nicht hinreichend* für eine weitere Niveaueingleichung Ost an West. Mit dieser teils bitteren, teils provozierenden und teils mobilisierenden Aussicht möchte ich die Kommentierung der äußerst widersprüchlichen Aussichten Ostdeutschlands zunächst abschließen.

Dipl.-ök. Karl-Mai
E.-Hübener-Str. 34
06132 Halle/S.
<kmai@halle.blue-cable.de>

⁸ DGB: Wipo-Schnelldienst. Nr. 7/2004. S. 8.

CORNELIA HEINTZE

Das skandinavische Alternativmodell

Beschäftigungspolitisch erfolgreich und gesellschaftlich solidarisch – das Geheimnis des skandinavischen Alternativmodells

Von A wie Armutsbekämpfung über B wie Bildung oder Beschäftigung bis zu W wie Wettbewerb, wenn wir Länderrankings sichten, fällt der Blick unweigerlich auf die skandinavischen Länder. Sie finden sich regelmäßig in der Spitzengruppe. Häufig stellen sie die Spitze. Mit meinem Beitrag versuche ich die Debatte um zukünftige Entwicklungsszenarien in Ostdeutschland durch den Blick auf dieses erfolgreiche Alternativmodell zu befruchten. Das Thema ist weit gewählt. Zu weit, um es in der hier verfügbaren Zeit angemessen behandeln zu können. Trotzdem: ich hoffe vermitteln zu können, dass Abwärtsszenarien – das Stichwort *Mezzogiorno* steht für einen denkbaren Endpunkt einer solchen Entwicklung – nicht zwangsläufig sind. Ohne eine grundlegend andere Sicht auf die Herausforderung von »Aufbau Ost« wird eine Trendumkehr allerdings nicht gelingen. Wohl kann vom skandinavischen Erfolgsmodell einiges gelernt werden. Voraussetzung ist allerdings die Bereitschaft, eigene Wahrnehmungsmuster kritisch zu hinterfragen. Ob diese Bereitschaft gegeben ist, darf bezweifelt werden. Ich registriere zwar ein gesteigertes Interesse an dem, was die skandinavischen Länder anders machen, zugleich aber Reaktionsweisen der subtilen Abwehr dort, wo eigene Glaubenssätze tangiert sind.

Skandinavische Länder sind beschäftigungspolitisch erfolgreich

Die Bekämpfung anhaltender Massenarbeitslosigkeit ist in Deutschland seit nunmehr gut 20 Jahren ein zentrales Thema. Es ist eine Geschichte von fortgesetztem Politikversagen. In Ost- wie Westdeutschland steigt von einer konjunkturellen Phase zur nächsten der Anteil strukturell verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit (vgl. Bild 1). Das Versagen der politischen Elite trifft Konservative wie Sozialdemokraten. Den Bundestagswahlkampf 1998 bestritt die SPD erfolgreich just mit dem Versprechen, Arbeitslosigkeit besser als die Regierung unter *Helmut Kohl* (CDU) bekämpfen zu können. Er wolle sein politisches Schicksal mit der Einlösung dieses Wahlversprechens verknüpfen, erklärte Bundeskanzler *Schröder* (SPD) nach dem Einzug ins Kanzleramt¹. Daraus ist nichts geworden.

¹ »Unser wichtigstes Ziel ist der Abbau der Arbeitslosigkeit« heißt es in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 (Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. 1998. S. 4.)

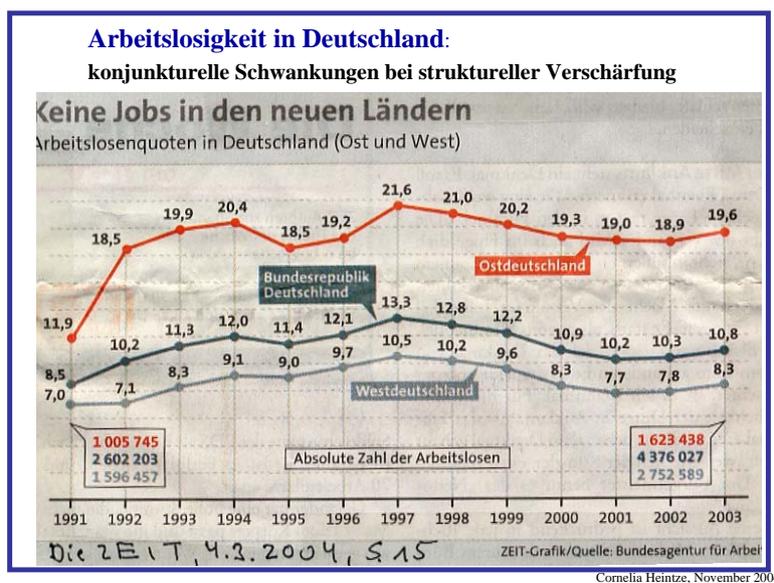


Bild 1

Vor diesem Hintergrund will ich die Frage, welche OECD-Länder bei der Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit in der zurückliegenden Dekade erfolgreich waren, in den Mittelpunkt rücken. Um zu einer empirisch verlässlichen Beurteilung zu kommen, habe ich alle OECD-Länder, die Anfang der 90er Jahre Massenarbeitslosigkeit aufwiesen, einer Analyse anhand von arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Erfolgsindikatoren unterzogen. Länder mit zum damaligen Zeitpunkt Vollbeschäftigung wie die Schweiz, Österreich, Japan, Luxemburg, Island blieben außen vor. Wann kann von Massenarbeitslosigkeit gesprochen werden? Generell, wenn sich Arbeitslosigkeit strukturell verfestigt hat, die gemessene Quote also nicht nur reflektiert, dass Arbeitsplatzwechsel Zeit erfordert. Bei einer Quote von nach OECD-Abgrenzung mindestens fünf Prozent im Jahr 1993 halte ich dieses Kriterium für erfüllt. 18 OECD-Länder waren danach zu untersuchen.

Es wäre nicht aussagekräftig gewesen, beschäftigungspolitischen Erfolg nur an der Höhe der Arbeitslosigkeit oder dem Ausmaß der Rückführung von Massenarbeitslosigkeit festzumachen. Wichtig ist auch der Aspekt der Langzeitarbeitslosigkeit und der Gesichtspunkt der gleichmäßigen Inklusion verschiedener Gruppen in das Erwerbssystem. Fünf Indikatoren habe ich für die Beurteilung von beschäftigungspolitischem Erfolg bemüht. Die aus Bild 2 ersichtlichen Indikatoren messen nicht nur, inwieweit es gelang, Arbeitslosigkeit nachhaltig zu reduzieren und Beschäftigung auszuweiten, sondern beziehen auch die Probleme von Langzeitarbeitslosigkeit ein und fragen, wie erfolgreich ein Land bei der Integration aller BürgerInnen unabhängig von Geschlecht und Alter in das Erwerbssystem ist.

Indikatoren für beschäftigungspolitischen Erfolg

	Indikator	Messung durch folgende Variable
1	Höhe der Arbeitslosigkeit	Durchschnittliche ALQ im Zeitraum 1999-2003
2	Abbau von Arbeitslosigkeit	Durchschnittliche ALQ 1993-1998 zu durchschnittliche ALQ 1999-2003
3	Grad der Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit	Anteil derjenigen, die ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet sind an allen Erwerbspersonen (2003/2002)
4	Inklusion in das Erwerbssystem	Frauenbeschäftigungsquote (EU-Länder: 2003; sonst: 2001) und Quote der beschäftigten Arbeitnehmer im Alter zwischen 55 und 64 Jahren (EU-Länder: 2003; sonst: 2001)
5	Beschäftigungswachstum	Jahresdurchschnittlicher Zuwachs der Beschäftigung im Zeitraum 1999 (2000) bis 2003

Cornelia Heintze, November 2004

Bild 2

Drei Ländergruppen kristallisierten sich bei meiner Analyse heraus. Besonders erfolgreich waren die skandinavischen Länder. In der am besten bewerteten Gruppe (Länder mit ausgewogenem arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Erfolg) belegen Norwegen und Schweden die Rangplätze 1 und 3. Auch Dänemark findet sich in dieser Gruppe, während Finnland nur einen Mittelplatz in der Ländergruppe mit teilweise beschäftigungspolitischen Erfolg einnimmt. Trotzdem: gerade das finnische Beispiel ist interessant. Mit dem Zusammenbruch der UDSSR fielen im Osten fast alle Märkte weg und Finnland geriet in eine schwere Krise. Die Arbeitslosenquote stieg in ähnlicher Weise wie in Ostdeutschland. Es gelang jedoch eine Trendwende. Der Verstärkung öffentlicher Investitionen in Bildung und Forschung kam dabei eine Schlüsselstellung zu. Zwar ist die Arbeitslosenquote mit rd. neun Prozent immer noch hoch. Aber andererseits: es gelang annähernd eine Halbierung und Finnland präsentiert sich heute als hoch-innovative und wettbewerbsfähige Bildungsgesellschaft. Auch die angelsächsischen Länder sind gut platziert: je drei Länder finden sich in der Spitzen- und in der Mittelgruppe. Mit Ausnahme der Niederlande fallen die kontinental- und südeuropäischen Länder dagegen stark ab. Sie konzentrieren sich in der Gruppe mit dem geringsten beschäftigungspolitischen Erfolg.

Bei den ausgewählten Ländern in Bild 3 ist zu erkennen, dass die skandinavischen Erfolgsländer einen ausgeglichenen Eindruck machen. Sie kombinieren Erfolge beim Abbau und der Niedrighaltung von Massenarbeitslosigkeit bei geringer Langzeitarbeitslosigkeit mit den weltweit höchsten Beschäftigungsquoten von Frauen wie auch von älteren Arbeitneh-

mern. In der Detailbetrachtung treten die Spezifika noch deutlicher hervor. So schneiden die Niederlande gut ab. Dies jedoch nur, weil die zugrunde liegenden Statistiken nicht zwischen Teilzeitarbeit und Vollzeitarbeit unterscheiden. Beschäftigungspolitisch erfolgreich waren die Niederlande jedoch vor allem aufgrund der Ausweitung von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung. Die Teilzeitquote bei Frauen ist die höchste in der EU. In den skandinavischen Ländern dagegen arbeiten Frauen überwiegend Vollzeit. Umgerechnet in Vollzeitäquivalente wäre die Diskrepanz zwischen den Frauenbeschäftigungsquoten der skandinavischen Länder und von Ländern wie Deutschland, aber auch den Niederlanden viel krasser.

Beschäftigungsperformance in OECD-Ländern mit Massenarbeitslosigkeit Anfang der 90er Jahre								
BP-Rang (5 Indikatoren)	ALQ 1993	ALQ 1999 - 2003 (D)	ALQ 2003/1999 zu 1998/1994 (in%)	Beschäftigungsentwicklung 1999 - 2003 (% p.a.)	Langzeitarbeitslosigkeit 2003/02	Beschäftigungsquote Ält. AN (2003/2001)	Frauenbeschäftigungsquote (2001)	
1	Norwegen	6,6	3,7	-20,69%	0,25	0,2	67,4	73,8
2	Niederlande	6,2	3,0	-45,98%	1,42	1,0	44,8	65,8
3	Schweden	9,1	5,6	-39,47%	1,26	1,0	68,6	71,5
4	Irland	15,6	4,5	-59,17%	3,38	1,5	49,0	55,8
5	Dänemark	9,6	4,8	-23,08%	0,26	1,1	60,2	71,4
6	Großbritannien	10	5,3	-31,91%	0,92	1,1	55,5	65,3
6	Neuseeland	9,5	5,6	-19,24%	1,98	0,7	60,7	64,8
7	USA	6,9	4,9	-6,75%	0,15	0,5	58,4	67,1
8	Portugal	5,6	4,8	-27,74%	0,78	2,2	51,1	60,6
10	Finnland	16,4	9,4	-33,33%	1,36	2,3	49,6	65,7
11	Australien	10,6	6,5	-22,48%	1,38	X	46,3	61,7
15	Deutschland	7,7	8,5	-3,06%	0,34	4,6	39,5	59,0

www.dr-heintze-beratung.de Quelle: OECD und EUROSTAT; eigene Berechnungen

Bild 3

Neoliberale Erklärungen gehen fehl

Was sind die Gründe der in Deutschland anhaltend hohen und strukturell verfestigten Massenarbeitslosigkeit? In Bild 4 finden Sie die Ursachendiagnose, die das ökonomische Mainstream-Denken und die Politik von Bundesregierung und Bundesländern gleichermaßen prägen. Grundlage ist eine schlichte ökonomische Modellwelt, bei der Arbeitslosigkeit per definitionem dadurch entsteht, dass Arbeit zu teuer und Arbeitnehmerschutzrechte zu hoch sind. Es gibt in dieser Modellwelt immer einen Preis, bei dem der Arbeitsmarkt geräumt wird. Die Kosten des Faktors Arbeit seien im globalen Wettbewerb nicht mehr konkurrenzfähig, weil zu hoch, heißt es. Wir leben über unsere Verhältnisse und erwarten zu viel vom Staat, heißt es. Erfolgreiche Konzepte sind nach dieser Ursachendiagnose solche, die die Staatsquo-

te sowie die Steuer- und Abgabenlast reduzieren, damit Private wieder mehr investieren. Durch Lohnzurückhaltung und den Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten sollen zugleich Hemmnisse für die Schaffung eines Niedriglohnsektors beseitigt werden, damit auch wenig qualifizierte Menschen eine Beschäftigung finden. Was lehrt uns nun aber die Empirie? Erfüllen die erfolgreichen Länder die neoliberalen Annahmen, wonach Reallohnsteigerungen unterhalb des Produktivitätswachstums, Steuersenkungen, eine geringe Staatsquote und ein Abbau von Arbeitsmarktrigiditäten der quasi Königsweg für wenig Arbeitslosigkeit und ein insgesamt hohes Beschäftigungsniveau sind?

20 Jahre Massenarbeitslosigkeit in Deutschland: Neoliberale Ursachendiagnose

„Die erschütternde Bilanz der ersten drei Hartz-Gesetze zeigt, was passiert, wenn nur an den Symptomen kuriert und das Übel nicht an der Wurzel gepackt wird.(...) Besser wäre es gewesen, gleich den Kündigungsschutz zu lockern, niedrigere Einstiegstarife für Arbeitslose zu vereinbaren und die Steuerlast der Betriebe zu senken...“ (Fickinger, Nico: Über Hartz hinaus, Kommentar in: FAZ v. 20.08.2004, S. 1)

<p>"Globalisierung"</p> <p>"fehlende Konkurrenzfähigkeit" ?</p> <p>"hohe Lohn(neben)kosten"</p> <p>"Versorgungsmentalität"</p> <p>"zu viel Sozialstaat"</p> <p>"zu hohe Steuerbelastung"</p>	<p>Konzepte zielen auf</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Stärkung der Exportwirtschaft ● Haushaltskonsolidierung durch Senkung von Ausgaben und Personalabbau ● Senkung von Unternehmen- und Einkommensteuer ● Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ● Schaffung eines Niedriglohnsektors
---	--

Bild 4

Neoliberale Kausalitätsvermutungen finden keine empirische Bestätigung. Bei der Reallohnentwicklung kann für jede theoretisch denkbare Annahme eine Ländergruppe konstruiert werden, die dafür den scheinbaren empirischen Beleg liefert. In 60 Prozent der beschäftigungspolitisch erfolgreichen Länder ging der Erfolg gerade nicht mit relativ sinkenden Arbeitskosten, sondern mit im Maße der Produktivität steigenden Realeinkommen einher. Umgekehrtes gilt für zwei Drittel der beschäftigungspolitisch wenig erfolgreichen Länder: Arbeitsmarkterfolge blieben hier bescheiden oder ganz aus, obwohl die Realeinkommen deutlich weniger wuchsen als die Produktivität. Dies ist ein deutliches Indiz für die These, dass ein Hochlohnland wie Deutschland den internationalen Wettbewerbsdruck nicht dadurch mindern kann, dass es durch eine Politik der relativen Lohnsenkung den Platz in der Spitzengruppe der globalen Lohnhierarchie räumt. Auch der Zusammenhang zwischen Beschäftigungsentwicklung und Arbeitsmarktrigidität ist nicht eindeutig. So wurden in Finnland beschäftigungspolitische Er-

folge erzielt trotz gestiegener Arbeitsmarktrigidität und in Deutschland blieben sie aus, obwohl die Arbeitsmarktrigidität abnahm.

OECD-Länder mit Massenarbeitslosigkeit Anfang der 90er Jahre: Entwicklung von Staatsausgaben, Steuern und Abgabenlast							
BP-Rang (5 Indikatoren)		Staatsausgaben (% BIP)		Steuer- und Abgabenquote (% BIP)			
		D 1994-1998	D 1999 -2003	1994	2001	1994-1998	1999-2001
1	Norwegen	50,4	46,5	41,3	44,9	42,0	42,3
2	Niederlande	50,0	47,0	43,0	39,9	43,2	40,8
3	Schweden	65,5	58,2	49,0	53,2	49,9	52,9
4	Irland	39,5	33,8	35,7	29,2	33,2	30,5
5	Dänemark	59,5	55,7	49,9	49,0	49,7	49,7
6	Großbritannien	42,6	40,0	34,0	37,4	35,3	37,1
6	Neuseeland	42,1	39,5	36,7	34,8	36,4	34,9
7	USA	35,7	34,6	28,4	29,6	28,2	29,4
8	Portugal	45,2	46,1	32,0	34,5	32,9	34,4
9	Kanada	46,7	41,1	35,1	35,2	36,4	35,6
10	Finnland	58,3	50,2	46,7	46,3	46,3	46,7
11	Australien	47,6	36,2	28,7	31,5	29,6	31,2
12	Frankreich	54,8	53,3	43,7	45,4	44,6	45,5
13	Spanien	43,8	39,9	33,5	35,2	33,3	35,1
14	Belgien	52,3	50,2	45,9	45,3	45,5	45,4
15	Deutschland	49,4	48,0	38,4	36,4	37,6	37,4
16	Italien	52,4	48,3	41,4	41,8	42,4	42,4
17	Griechenland	49,1	47,9	31,3	40,8	32,8	38,5

Quelle: OECD, Norway Statistics 2003; eigene Berechnungen
Cornelia Heintze, November 2004

Bild 5

Auch zwischen Abgabenlast und Beschäftigungsentwicklung bestehen keine eindeutigen Zusammenhänge. Aus den Daten der Bilder 5 bis 7 können Sie ersehen, dass die beschäftigungspolitisch erfolgreichen Länder sehr unterschiedliche Niveaus von Staatsausgaben und Abgabenquoten aufweisen. In der Gruppe der erfolgreichen Länder finden sich sowohl Länder, deren Abgabenquote deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt als auch solche mit einer unterdurchschnittlichen Steuer- und Abgabenquote. Die erste Kombination kennzeichnet die skandinavischen Länder; die zweite die angelsächsischen Länder und Portugal. Auch in der wenig erfolgreichen dritten Ländergruppe finden sich beide Kombinationen, und zwar in gleicher Stärke. Deutschland, Spanien und Griechenland weisen die Kombination Abgabenquote unter EU-Durchschnitt bei anhaltend hohen beschäftigungspolitischen Problemen auf; Frankreich, Belgien und Italien kombinieren eine über dem EU-Durchschnitt liegende Abgabenquote mit trotz ausgeprägtem Beschäftigungswachstum fortbestehenden hohen beschäftigungspolitischen Problemen.

Schweden ist beschäftigungspolitisch erfolgreich (Rangplatz 3) trotz weltweit höchster Staats- und Abgabenquote. In der zweiten Hälfte der hier betrachteten Dekade lag die Abgabenquote sogar noch über dem Niveau der Jahre 1994-1998. Gleichzeitig sank die Staatsausgabenquote von 65,5 % des BIP (1994-1998) auf 58,2 % des BIP (1999-2003). Dies als Rückführung von Staatstätigkeit zu interpretieren, ginge jedoch fehl. Hintergrund ist weniger die

Rückführung von Staatstätigkeit als die Rückführung von Staatsschuld. Schweden, ebenso Dänemark und Finnland bieten Anschauungsunterricht für die Möglichkeit erfolgreicher anti-zyklischer Finanzpolitik. Zu Beginn der hier betrachteten Dekade lagen die schwedischen Haushaltsdefizite in der Spitze bei über 10 Prozent und die Staatsschuld erreichte den Rekordwert von 72,9 Prozent des BIP (1993). Binnen weniger Jahre wurden daraus Haushaltsüberschüsse, die zur Rückführung der Staatsverschuldung eingesetzt wurden. In Bild 6 drückt sich dies darin aus, dass (Norwegen ist ein Sonderfall) die skandinavischen Länder in der ersten Dekadenhälfte durchschnittliche Haushaltsdefizite zwischen 0,8 % (Dänemark) und 3,6 % (Schweden) aufwiesen und in der zweiten Dekadenhälfte umgekehrt Haushaltsüberschüsse zwischen 2,2 % (Schweden) bis 4,2 % (Finnland).

OECD-Länder mit Massenarbeitslosigkeit Anfang der 90er Jahre: Staatsausgaben, Staatsbeschäftigung und Haushaltslage					
AM-Rang	Land	Staatsausgaben	Staatsbeschäftigung	Haushaltsdefizit/ -überschuss	Haushaltsdefizit/ überschuss
		D 1995-2002	1997/2002	1994-1998	1999-2003
1	Norwegen	47,7	33,2	4,3	10,8
2	Niederlande	47,9	12,2	-2,3	-0,6
3	Schweden	61,2		-3,6	2,2
4	Irland	35,9	14,6	-0,1	1,5
5	Dänemark	57,2		-0,8	2,4
6	Großbritannien	40,7	12,6	-3,8	0,2
6	Neuseeland	40,8		2,1	2,0
7	USA	34,9	14,6	-1,8	-1,1
8	Portugal	45,3	15,2	-4,9	-3,2
9	Kanada	43,7	17,5	-2,9	1,6
10	Finnland	53,6	24,3	-2,4	4,2
12	Frankreich	53,9	24,3	-4,2	-2,4
13	Spanien	41,5	15,2	-4,9	-0,4
14	Belgien	50,9		-3,2	0,1
15	Deutschland	48,6	12,3	-2,8	-2,6

Dr. Cornelia Heintze: www.dr-heintze-beratung.de Quelle: OECD und EUROSTAT; eigene Berechnungen

Bild 6

Nicht erst seit der AGENDA10 verfolgt deutsche Politik im Rahmen eines informellen Elitenkonsenses eine neoliberale Reformagenda. Beim Steuerwettlauf nach unten ist Deutschland innerhalb der EU sogar die treibende Kraft. Während etwa die Niederlande eine Vermögenssteuer 2001 neu eingeführt hat, wird sie in Deutschland seit 1997 einfach nicht mehr erhoben. Man hätte sie verfassungskonform modernisieren müssen, wollte dies aber nicht. Ähnliches Spiel bei der Gewerbesteuer, von der nach der Abschaffung der Säulen Lohnsumme und Gewerkekaptal nur noch eine Gewerbeertragssteuer übrig blieb. An diesem Torso wird seither kräftig gerüttelt. Mit dem Steuersenkungspaket des Jahres 2000 wurde die Politik der

kleinen Steuersenkungsschritte verlassen. »Das 60-Milliarden-Geschenk«² bescherte oberen Einkommensgruppen und Kapitalgesellschaften deutliche Entlastungen. Bei der Einkommensteuer sank der Eingangssteuersatz – er lag 1990 bei 19 % - zum 1.1.2005 auf 15 %, der Spitzensteuersatz – er lag 1990 bei 53 % – zeitgleich auf 42 %. Freuen kann dies in besonderem Maße obere Einkommensgruppen; sie profitieren von der Kumulation der beiden Effekte, während bei der unteren Einkommensgruppe nur die Senkung des Eingangssteuersatzes ankommt. Bei der Körperschaftsteuer war der Thesaurierungssatz bereits von 56 % (1980) auf 45 % (seit 1998) und der Ausschüttungssatz von 36 % (1980) auf 30 % (seit 1994) gesenkt worden. Nun folgte die weitere Absenkung auf einen einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent ab 2001. Wäre eine Gegenfinanzierung durch Abschaffung steuerlicher Sondertatbestände und die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage erfolgt, könnte von einer sinnvollen Steuervereinfachung gesprochen werden. Es war aber nur ein Steuergeschenk. Dies noch mit dem besonderen Highlight der Einführung eines Null-Steuersatzes auf die Veräußerung von Beteiligungsgewinnen. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Zahlen der Bilder 7 und 8. Mehreres wird hier deutlich: einmal der am BIP gemessen geringe Steuerertrag aus Gewinn- und Einkommens- wie Vermögenssteuern, während gleichzeitig die Sozialabgabenquote relativ hoch ist.

Struktur der Steuer- und Abgabenquote in beschäftigungspolitisch erfolgreichen Ländern im Vergleich zu Deutschland (2000 (2001))									
Rang	Länder	Steuern und Abgaben aufkommen pro Kopf 2000 (USD)	Volkswirtschaftliche Steuer- u. Abgabenquote	Einkommen- u. Gewinnsteuern		Vermögenssteuern		Sozialabgaben	
			2001 (2000) (% des BIP)	Abgabenanteil (%)	% des BIP (2001)	Abgabenanteil (%)	% des BIP	Abgabenanteil	In % BIP (2001)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	Norwegen	14 513	40.3	40.7		2.4		22.5	
2	Niederlande	9 605	41.4	25.0	10,5	5.4	2,0	38.9	14,2
3	Schweden	13 988	54.2	43.2	19,3	3.4	1,6	28.1	15,3
4	Irland	7 822	31.1	42.9	12,5	5.6	1,7	13.6	4,4
5	Dänemark	14 658	48.8	58.9	29,4	3.3	1,7	4.6	2,2
6	Neuseeland	4 660	35.1	59.2		5.4		-	
6	UK	8 951	37.4	39.0	14,8	11.9		16.4	
8	Portugal	3 650	34.5	30.0	9,7	3.2	1,0	25.7	9,1
10	Finnland	10 957	46.9	42.6	19,0	2.5	1,1	25.6	12,4
11	Australien	6 343	31.5	57.3		8.9		-	
15	Deutschland	8 598	37.9	30.1	10,8	2.3	0,8	39.0	14,6

Quelle: OECD, Revenue Statistics

Cornelia Heintze, November 2004

Bild 7

² DER SPIEGEL Nr. 29/2000. S. 29.

Interessanterweise ist – vgl. Bild 8 – in den beschäftigungspolitisch erfolgreichen skandinavischen Ländern der Beitrag von Kapitalgesellschaften zur Staatsfinanzierung gestiegen. Umgekehrt in Deutschland. Die tarifär höhere Belastung existiert nur auf dem Papier. Eine Studie der EU-Kommission (2004) weist aus, dass kein EU-Land die Unternehmensteuerbelastung seit 1995 so drastisch abgesenkt hat wie Deutschland. In der EU bewegt sich die effektive Steuerbelastung aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in einem Korridor zwischen 28 und 32 Prozent. Nur Deutschland schert nach unten aus mit einer Steuerlast von noch 21 Prozent. Wie eine Untersuchung von Jarass/Obermair (2004) gezeigt hat, ist die effektive Steuerlast der großen Kapitalgesellschaften sogar von 33 Prozent (1980) auf 16 Prozent (2003) gesunken. Politisch gewollt präsentiert sich Deutschland innerhalb der EU mittlerweile als Niedrigsteuergbiet mit der geringsten volkswirtschaftlichen Steuerquote. Ergebnis sind nicht mehr Jobs, sondern eine wachsende Verarmung der öffentlichen Haushalte mit Finanzierung von Steuersenkungen über Verschuldung und Investitionszurückhaltung. Bild 9 bringt diese Zusammenhänge zur Darstellung.

EU-Länder - Entwicklung von Abgabenbelastung und Steuerstruktur								
HDI	Rang nach AM		Steuer- und Abgabenquote (incl. Sozialversicherungsbeiträge) in % BIP			Lohn-/Einkommensteuer in % BIP	Körperschaftsteuer (1995 - 2002) in % BIP	
			1999	2001	D1995-2002		D 1995 - 2002	D 1995 - 2002 in % BIP
2	3	Schweden	53,8	50,6	52,2	17,2	2,9	+ 1,7
5	2	Niederlande	41,7	39,5	40,6	6,7	4,2	+ 1,3
6	14	Belgien	46,0	46,6	45,9	13,5	3,0	+ 3,4
10	4	Irland	32,1	28,6	31,9	9,2	3,4	+ 4,0
12	6	UK	36,9	35,8	36,3	10,3	3,3	- 0,2
13	10	Finnland	46,8	45,6	46,6	14,4	4,0	+ 9,6
16	12	Frankreich	45,7	44,2	44,9	7,3	2,5	+ 6,9
17	5	Dänemark	51,5	48,9	49,9	26,2	2,6	+ 4,8
19	15	Deutschland	42,3	40,2	41,4	9,8	1,1	- 6,8
20	13	Spanien	35,1	36,2	34,8	7,3	2,7	+ 7,8
21	16	Italien	43,3	41,7	42,8	11,1	3,1	+ -5,4
23	8	Portugal	36,0	36,3	35,2	6,2	3,4	+ 5,5
EU15-Durchschnitt (arith.)			42,2	41,1	41,6		3,3	2,1

Quelle: EUROSTAT und European Commission: Structures of taxation systems in the EU, 2004

HDI = Rang beim Human Development Index der UN 2003 Comelia Heintze, November 2004

Bild 8

Als Fazit ist festzuhalten: Die skandinavische Ländergruppe ist beschäftigungspolitisch erfolgreich, nicht trotz, sondern weil hohe Staatsquoten mit der Bereitschaft der Bevölkerung einhergehen, über hohe Abgabenlasten die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates einschließlich

eines hohen Anteils von Staatsbeschäftigung sicherzustellen. Sie repräsentieren damit ein der neoliberalen Beschäftigungstheorie krass widersprechendes Modell und bezogen auf die angelsächsischen Länder einen alternativen Entwicklungspfad.

Deutschland: Verfall der Steuereinnahmen ist politisch gewollt

- Mehr als die Hälfte der Steuerausfälle seit 2001 sind auf gesetzliche Maßnahmen (u.a. Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002; Steuersenkungsgesetz/-Unternehmenssteuerreform 2000) zurückzuführen.
- Die an die Unternehmensteuerreform geknüpften Erwartungen (Arbeitsplatzzuwachs) sind nicht eingetreten.
- Rückgang der Steuereinnahmen dient zur Begründung ständig neuer Sparrunden (Argument: kein Geld da).
- Gradmesser für die staatliche Finanznot ist die Vernachlässigung von Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, öffentliche Infrastruktur. **Folge:** Wohlstandsverluste und Spirale nach unten (keine Chancengleichheit, Armutszunahme, zu wenig Abiturienten, zu viel Bildungsversager)

Cornelia Heintze, November 2004

Bild 9

Mehr Jobs oder mehr Armut? Vom Denken in falschen Alternativen

Gibt es einen Trade-Off zwischen Armut und Arbeitslosigkeit? Steht staatliches Handeln tatsächlich vor dem Dilemma: Senkung der Arbeitslosigkeit durch rigide Flexibilisierung der Arbeitsmärkte um den Preis von mehr sozialer Ungleichheit contra Erhalt eines hohen Sozialstaatsniveaus um den Preis weiterhin hoher Arbeitslosigkeit? Nun, es gibt dieses Denken bis hin zu linken Sozialdemokraten. Daraus resultiert nicht nur die Empfehlung, Wirtschaftspolitik auf die Senkung der Kosten des Produktionsfaktors Arbeit auszurichten. Daraus resultiert auch die Tendenz, die Zunahme des Gefälles zwischen Reich und Arm umzudeuten in etwas im Grunde Positives. »Sozial ist, was Arbeit schafft«. Wird mehr Armut als Preis für mehr Beschäftigung gedeutet, kann eine darauf hinauslaufende Entwicklung mit dem Stempel »Sozial gerecht« versehen werden. Vor diesem Hintergrund ist es interessant, dass entgegen anders lautenden Behauptungen – ich verweise auf das in Bild 10 wiedergegebene Zitat – der skandinavische Entwicklungspfad weiterhin durch eine relativ egalitäre Einkommensvertei-

lung und sehr geringe Armutsquoten geprägt ist. Zwar hat auch dort die Ungleichverteilung bei den Markteinkommen zugenommen. Nicht so krass wie in den angelsächsischen Ländern und auch weniger stark als in Deutschland. Entscheidend ist jedoch die Verteilung nach Steuern und Transfers. Hier zeigt sich anhand der in Bild 10 wiedergegebenen Befunde Folgendes: Auch in Zeiten der Globalisierung schafft es der skandinavische Wohlfahrtsstaat, Armut auf niedrigem Niveau zu halten. Das angelsächsische Entwicklungsmodell impliziert dagegen eine deutliche Zunahme ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung. Spitzenwerte von Armut auf lateinamerikanischem Niveau erreichen mittlerweile die USA. Die dort dramatische Armutsentwicklung weiter Bevölkerungsteile wirft die Frage auf, ob diese Gesellschaft auf dem Weg ist, sich in eine Plutokratie mit Demokratie als Fassade resp. einen Kapitalismus ohne Demokratie zu verwandeln.

Mehr Armut als Preis für mehr Jobs?

„Von Schweden bis zu den Niederlanden, von Irland bis zu den USA: Alle Industrieländer, die erfolgreich die Arbeitslosigkeit bekämpft haben, nahmen zunächst eine ungleichere Verteilung der Einkommen in Kauf. Mehr Ungleichheit für mehr Jobs lautet die ehrliche Botschaft – auch und erst recht für eine Republik, die wie keine zweite auf dem Egalitätsprinzip gebaut ist.“

(U. J. Heuser: Die Gerechtigkeitsfalle, in: DIE ZEIT v. 24.06.2004, S. 1)

1. **GINI-Koeffizienten:** In den kontinentaleuropäischen Ländern und Kanada erreicht er (OECD 2002; Weltbankindikatoren 2003) Werte zwischen **26 und 33**, die skandinavischen Länder liegen mit zwischen **22 und 28** deutlich darunter.
2. **Verteilungsmaße:** In den kontinentaleuropäischen Ländern beträgt das Gesamteinkommen der oberen 20 Prozent das **Vier- bis Fünfeinhalbfache** der unteren 20 Prozent; in der Skandinavien-Gruppe nur das **Drei- bis Dreieinhalbfache** (EUROSTAT 2004).
3. Auch in der Skandinavien-Gruppe ist die Ungleichverteilung der Markteinkommen gestiegen, gleichzeitig nahm aber auch die Redistributionswirkung staatlicher Sekundärverteilung zu.
4. In **Deutschland** lag die Armutsquote bis 1999 unter 10 Prozent. Seither ist sie stark gestiegen und liegt jetzt bei rd. 13 Prozent (Statistisches Bundesamt 2004).
5. In den **USA** (letzter Platz unter den 18 OECD-Ländern) hat die Armut Ausmaße wie in den lateinamerikanischen Ländern erreicht. In der OECD insgesamt liegt die USA bei z.B. der Kinderarmut vor Mexiko auf dem zweitletzten Platz.

Comelia Heintze, November 2004

Bild 10

Polarisierter contra ausbalanciertem Entwicklungspfad

Die Auflösung vermeintlicher Trade-Off-Beziehungen »Mehr Jobs oder mehr Armut?«, »Mehr Wachstum oder mehr Umweltschutz?« »Mehr Elite oder mehr Breitenbildung?« ist das zentrale Charakteristikum des skandinavischen Entwicklungspfades. Betrachten wir nur die wirtschaftliche Entwicklung, erscheinen angelsächsische und skandinavische Länder ungefähr gleich erfolgreich – freilich mit einem gewissen Vorsprung für die skandinavischen Länder. Je mehr Politikfelder ich jedoch in die Betrachtung einbeziehe, umso deutlicher wird die Überlegenheit des skandinavischen Modells. Nirgends ist die Frauengleichstellung so weit gediehen wie dort, nirgends sonst ist der Bildungserfolg so unabhängig vom sozialen Status der Eltern. Auch bei Gesundheit und Umwelt sind die skandinavischen Länder führend. Schweden weist innerhalb der OECD die geringsten Kohlendioxidemissionen pro Kopf auf und setzt in der Landwirtschaft nur einen Bruchteil der Pestizidmengen ein, die auf deutschen Äckern landen. Auch bei der Volksgesundheit rangiert es an der Spitze: die Lebenserwartung ist unter den von mir untersuchten 18 OECD-Ländern am höchsten³ und die Quote täglicher RaucherInnen weitest die geringste (2003: 17,8 Prozent). Auch der Alkoholkonsum ist entgegen landläufiger Meinung in Schweden und Norwegen einer der niedrigsten in Europa. Im Jahr 2001 z. B. lag der Konsum reinen Alkohols pro Kopf in Schweden bei 5,63 Litern und in Norwegen sogar nur bei 4,67 Litern. In Deutschland (10,92 Liter/Kopf) und Frankreich (11,03 Liter/Kopf) lag der Konsum doppelt so hoch. Einer der Gründe des konträr zur öffentlichen Aufregung vergleichsweise niedrigen Alkoholkonsums sind extrem hohe Alkoholsteuern mit Ausweichreaktionen in Form eines ausgeprägten Alkoholtourismus in die Nachbarländer.

Ich kann bei meiner Untersuchung zeigen, dass die skandinavischen Länder ein eigenes, relativ homogenes Cluster bilden. Dies gilt für die angelsächsische Ländergruppe nicht. Angelsächsische Länder finden sich je zur Hälfte in der mittleren und in der letztplatzierten Ländergruppe. Teilweise (Beschäftigungspolitik, Bildungspolitik, Haushaltspolitik) schneiden sie gut ab, auf bestimmten Feldern (Armutsbekämpfung, Ökologie, Gesundheit, Entwicklungshilfe) dagegen nur mäßig bis schlecht. Statt einer ausgewogenen Entwicklung finden wir einen Mangel an Balance.

Spezifische Kulturprägung als Basis des skandinavischen Erfolgsmodells

Wer das Geheimnis des skandinavischen Erfolgs lüften will, muss sich mit den Mechanismen beschäftigen, die in verschiedenen Kulturen darüber entscheiden, wie Realität wahrgenommen und bewertet wird. Die skandinavischen Muster sind stark verschieden von denen, die

³ Weltweit ist die Lebenserwartung nur in Japan und der Schweiz noch etwas höher (OECD Health Data 2004).

die deutsche Mehrheitskultur prägen. Dass es hier nochmals deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt, ist mir bewusst und beschäftigt mich auch stark. In der Persönlichkeitsforschung haben sich 5 bis 6 Dimensionen als entscheidend für die Beschreibung von Persönlichkeiten herauskristallisiert. Die Mehrheitskultur eines Landes kann analog dazu als eine Art kulturelle Persönlichkeit begriffen werden. Auch hier sind es fünf Dimensionen, eventuell auch sechs Dimensionen, über die erfasst werden kann, wie sich Mentalitäten und Denkstrukturen unterscheiden. Das nachfolgende Bild 11 liefert eine Übersicht.

Fünf Dimensionen von Kultur	
Dimension	Regelungsinhalt
Grad von Machtdistanz	Umgang mit sozialer Ungleichheit einschließlich des Verhältnisses zu Autoritäten
Grad von Kollektivismus/-Individualismus	Beziehung zwischen dem Individuum und der Gruppe
Grad von Maskulinität/Feminität	Orientierung auf eher maskuline oder feminine Werte
Grad der Unsicherheitsvermeidung	Umgang mit Ungewissheit in Bezug auf die Kontrolle von Aggression und das Ausdrücken von Emotionen
Grad der Langfristigkeitsorientierung resp. „konfuzianische Dynamik“	Orientierung auf eher langfristige oder kurzfristige Ziele

Quelle: Heintze, C. 2002: Die Zukunftsblockade, Berlin: Logos (Kapitel 10)

Bild 11

Der Versuch, kulturelle Unterschiede in den Wahrnehmungsmustern und Denkstrukturen klar herauszuarbeiten, begegnet großen Schwierigkeiten. Dies ist kaum verwunderlich. Die Angehörigen eines Kulturkreises betrachten ihre Art zu denken nämlich zunächst einmal als alternativlos. Individuen haben kaum Zugang zu ihrem Unbewussten und Gesellschaften keinen direkten Zugang zu ihrem kulturellen Untergrund. Die gesellschaftlichen Akteure verstehen daher selten wirklich, welche Impulse, verdeckten Werteorientierungen und Denkmodi hinter der Art stecken, wie sie Realität, wie sie auch ihre Interessen wahrnehmen, deuten und in der Folge ihr Handeln ausrichten und begründen. Solange Gesellschaften in der Lage sind, die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, erfolgreich zu bestehen, ist die Freilegung der verdeckten Denkregeln nicht erforderlich. Der Prozess läuft ja gut. In Krisensituationen freilich stellt sich die Frage, ob eine Gesellschaft fähig ist, dysfunktional gewordene Denkmuster zu verändern und neue Regeln zu etablieren. Gelingt dies, durchläuft sie einen

Prozess der Reifung. Gelingt es nicht, besteht die Gefahr der Regression. Die USA befinden sich nach meiner Analyse in einem Prozess der Regression; für Deutschland sehe ich diese Gefahr.

Deutschland und Schweden im Kulturvergleich	
Skandinavische Kulturprägung:	Westdeutsche Kulturprägung:
Mäßig individualistisch	Individualistisch
Dominant feminine Werteorientierung	Dominant maskuline Werteorientierung
Niedrige Machtdistanz	Mittlere Machtdistanz
Geringe Unsicherheitsvermeidung	Mittel-hohe Unsicherheitsvermeidung
Eher langfristig orientiert	Eher kurzfristig orientiert
Wohlfahrtsstaat als Ideal. Hohe Staatsquote gilt dafür als Voraussetzung	Leistungsgesellschaft als Ideal. Hohe Staatsquote gilt als leistungshemmend
Gemischte Geschlechterrollen: gut 1/3 der Männer (Schweden) nimmt Erziehungsurlaub; Frauen bleiben als Mütter berufstätig und stellen in Führungspositionen einen beachtlichen Anteil	Weniger gemischte Geschlechterrollen: 2 % der Männer nimmt Erziehungsurlaub; Frauen unterbrechen als Mütter ihre Erwerbstätigkeit oder sind nur teilzeitbeschäftigt; wenig weibl. Führungskräfte
Der Staat soll für Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit sorgen. Ungeichheit bei Einkommen und Vermögen soll gering bleiben.	Es ist in Ordnung, wenn erfolgreiche Menschen auch sehr viel Geld verdienen. Sie dann mit Vermögensteuern zu belasten, ist Ausdruck von Neid.
Es kann mehrere Wahrheiten geben. Deshalb muss sich Politik pragmatisch nach dem richten, was wirkt. Instrumente mit unterschiedlichen Philosophien können sich dabei ergänzen.	Es gibt nur eine Wahrheit. Deshalb muss sich die Politik nach klaren Prinzipien richten und darf nicht Instrumente, die unterschiedlichen Philosophien folgen, gleichzeitig einsetzen.
Kompetenz wird als breit gestreut wahrgenommen; hohe Wertschätzung für Generalisten	Kompetenz als Fachkompetenz; hohe Wertschätzung für Spezialisten
Geringes Angst- und Stressniveau in Familie und Gesellschaft	Hohes Angst- und Stressniveau in Familie und Gesellschaft

Quelle: Heintze, C. 2002: Die Zukunftsblockade, Berlin: Logos (Kapitel 10)

Bild 12

Spezifisch für die skandinavische Mehrheitskultur ist die Verbindung von dominant femininer Werteorientierung mit geringer Machtdistanz und einer geringen Neigung, Unsicherheit vermeiden zu müssen. Einige der zentralen Unterschiede, die sich daraus im Vergleich zu Deutschland (Westdeutschland) ergeben, habe ich in Bild 12 zusammengestellt. Die Materie ist sehr komplex. Zur Illustrierung kann ich hier nur ein, zwei Punkte herausgreifen. Ganz wesentlich ist das andere Freiheits- und Staatsverständnis. Freiheitsrechte der Bürger und ein sich kümmernder Wohlfahrtsstaat werden nicht als Gegensatz begriffen. Eigenverantwortung der Bürger und Wohlfahrtsstaat als Gegensatz zu sehen, macht aus skandinavischem Blickwinkel gar keinen Sinn. Ein Wohlfahrtsstaat, der sich kümmert, wird genau umgekehrt als Voraussetzung dafür begriffen, dass Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft befähigt werden, in Gesundheit ein eigenverantwortliches Leben zu führen. Deshalb kümmert sich der Staat mit einer Vielzahl von Präventionsprogrammen um den Erhalt der Volksgesundheit. Deshalb auch wirkt das Prinzip der sozialen Inklusion wie eine Art Kompass für staatliches wie zivilgesellschaftliches Handeln. Nun mag sich, wer in der DDR sozialisiert wurde, in diesem Denken wieder finden. Doch Achtung, der skandinavische Wohlfahrtsstaat agiert primär nicht als Obrigkeit, sondern als Partner im Rahmen einer Kultur des Vertrauens. Er ist tief in der Gesellschaft verankert. Dies hat gravierende Auswirkungen. Beispiel Bildung. Wohl nahm Finnland bei der Neugestaltung der Strukturen seines Schulsystems Anleihen bei der

DDR. Damit endet der Vergleich jedoch auch schon. Die Inhalte und die Lernkultur waren völlig andere. Sie sind es auch mit Blick auf das Jetzt. In Deutschland steht die Vermittlung von systematisiertem Wissen im Vordergrund; in Finnland die Entwicklung solidarisch-verantwortungsbewusster Lern-Persönlichkeiten, die über Problemlösungskompetenz verfügen. Schulen – sie sind fast ausschließlich in öffentlicher Hand – haben weitreichende Kompetenzen. Wo in Deutschland Lehrpläne hunderte von Seiten füllen, reichen in Finnland – nicht anders ist es in Dänemark – grobe Leitlinien. Die inhaltliche Ausfüllung obliegt den Schulen. Es ist nur konsequent, dass sich dort weder LehrerInnen noch SchulleiterInnen als Ausführende begreifen. Die SchulleiterInnen haben keine Verwaltungs-, sondern eine Gestaltungsrolle. Sie begreifen sich als Manager und bekommen dafür die notwendigen Freiräume und die notwendige (Finanz-)Ausstattung. Allerdings gehört ständige Evaluierung zur finnischen Lernkultur. Sie erfolgt über Prozesse von Coaching und Supervision und ist damit nicht Kontrolle, sondern eine Form der prozessbegleitenden Beratung. Eine solche Evaluationskultur kennt Deutschland fast gar nicht, und ich sehe auch wenig Ansätze für ein Umdenken. Dass SchulleiterInnen Personal nicht zugewiesen bekommen, sondern selbständig sowohl einstellen wie entlassen können, ist im Rahmen dieses anderen Modells mehr oder weniger selbstverständlich. Der Lehrerberuf – von den KindergartenlehrerInnen bis zu den Hochschul-lehrerInnen – ist in Finnland übrigens einer der beliebtesten Berufe mit höchster Wertschätzung in der Bevölkerung. Was man von Deutschland trotz der hier weit besseren Bezahlung wirklich nicht sagen kann.

Bei meinem zweiten Beispiel greife ich den Aspekt »geringe Unsicherheitsvermeidung« (Bild 11) auf. Die skandinavische Kulturprägung verfügt verglichen mit Deutschland – und hier dürfte es zwischen Ost- und Westdeutschland wenig Unterschiede geben – über eine hohe Unsicherheitstoleranz. Hohe Unsicherheitsvermeidung ist eine Form der Angstregulierung. Was hier reguliert wird, ist die Angst vor Unbestimmtheiten, wo je nach Kontext, je nach Situation mal diese und mal jene Antwort angemessen ist. Hohe Unsicherheitsvermeidung drückt sich in Deutschland aus in der Vorliebe für klare Wenn-dann-Regeln, in der Präferenz für ordnungspolitisches Denken und der Hochschätzung von Fachexpertentum. Wohl wird nach mehr Interdisziplinarität gerufen, aber die Vorstellung davon ist eine nicht-integrative. Fachübergreifendes Denken und interdisziplinäre Kompetenz – ich persönlich sehe hierin meine Kernkompetenz – gibt es auch in Deutschland, findet aber keine Würdigung. Schlimmer noch, dergleichen wird gar nicht wahrgenommen. In den skandinavischen Ländern dagegen gilt Kompetenz als breit in der Gesellschaft verstreut mit Hochschätzung weniger des Nur-Fachexperten als desjenigen, der über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen versteht.

Für die Ausrichtung von Politik hat dieses andere Denken gravierende Auswirkungen. Politik berücksichtigt viel stärker als in Deutschland den jeweiligen Kontext, ist stärker integrativ und hat kein Problem damit, Instrumente zu kombinieren, die aus konträren Denkschulen stammen.

Resümee

Was können wir von den skandinavischen Ländern lernen? Können wir von ihnen überhaupt etwas lernen? Auf diese Frage gibt es keine eindeutige Antwort? Zunächst und ganz grundsätzlich: wir können lernen, dass es eine Alternative zur neoliberalen Modernisierung gibt, dass auch in Zeiten der Globalisierung ein öko-sozial gebändigter Kapitalismus möglich ist, auch rein nationalstaatlich möglich ist. Der Wohlfahrtsstaat muss nicht abgebaut; er kann bürgernah modernisiert und ausgebaut werden. In den skandinavischen Ländern ist dies gelungen. Der dortige Wohlfahrtsstaat freilich hat seine Leistungen als soziale Bürgerrechte ausgestaltet und verfügt deshalb über eine starke Verankerung in der Gesellschaft. Der konservative deutsche Sozialstaat hat diese starke Verankerung dagegen nicht; er ist als Sozialversicherungsstaat ausgestaltet und bei dem, was darüber hinaus geht, viel stärker gebunden an den Gedanken der Subsidiarität und der Fürsorge für die sozial Schwachen. Der Entwicklungsschritt hin zu sozialen Bürgerrechten wurde in Deutschland nicht vollzogen. Perspektivisch besteht damit die Gefahr der Regression zum reinen Fürsorgestaat. Diese Entwicklung ist nicht zwingend. Hartz IV könnte sich im historischen Rückblick jedoch einmal als erster Schritt in diese Richtung erweisen.

In einem allgemeinen Sinne können wir also viel von den skandinavischen Ländern lernen. Ob wir aus Best Practices etwas anschlussfähig machen können für die eigene politische Praxis ist weit schwerer zu beantworten. Die wichtigste Lektion könnte sein: massiv in Bildung von Krippen bis Hochschulen zu investieren. Dies schließt Strukturen, Inhalte, Methodik ein, und mehr Geld, wesentlich mehr Geld – einschließlich der Bereitschaft, den Mehraufwand zu finanzieren. Gibt es Ansätze für eine solche Kraftanstrengung? Nein, ganz eindeutig nein.

Damit aber folgt Skepsis. Die Fähigkeit, von denen zu lernen, die anders sind und aufgrund ihrer Andersartigkeit mit neuen Herausforderungen besser umgehen können als man selbst, begegnet besonderen Schwierigkeiten. Die Herausforderung besteht hier darin, gering entwickelte Potentiale zu aktivieren und auszubauen. Dies mobilisiert Widerstände. Viel leichter ist es, sich auf bereits stark entwickelte Potentiale und deren weiteren Ausbau zu konzentrieren. Ab einem bestimmten Punkt trägt diese Strategie aber nicht mehr, weil ein bereits

vorhandenes Ungleichgewicht über einen kritischen Schwellenwert hinausgetrieben wurde. Trotzdem ist die Versuchung, zunächst einmal so zu verfahren, groß. An Beispielen herrscht in Deutschland kein Mangel. Denken Sie nur an die Themen Exportwirtschaft und Binnenwirtschaft.

Auch die skandinavischen Länder sind keine Inseln der Glückseligkeit. Auch sie sind den Angriffen der Markt-Ideologen, die die ganze Gesellschaft dem Diktat eines einzigen Strukturprinzips unterwerfen wollen, ausgesetzt. Schließlich sind auch sie stark in den Weltmarkt eingebunden, wo der US-dominierte Kapitalismus die Regeln setzt und transnational tätige Konzerne als wesentliche Akteure großen Einfluss auf nationale Regierungspolitik gewonnen haben. Antietatistische Feldzüge haben hier jedoch weniger Aussicht auf Erfolg als andernorts. Die dominante Kulturprägung und die darauf bezogenen Institutionen bieten wirksamen Widerstand. Noch.

Literatur

- Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert (1998): Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. Bonn, 20. Oktober 1998 (hrsg. von BÜNDNIS90 / DIE GRÜNEN).
- Baumert, Jürgen et al. (Hg.) (2001): Pisa 2000 – Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001.
- Bundesministerium der Finanzen (2004a): Steuern runter, Deutschland rauf. Berlin.
- Delhey, Jan 2004: Transnationales Vertrauen in der erweiterten EU. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B38/2004. S. 6-13
- Deutsche Welthungerhilfe e.V. (Hrsg.) 2004: Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe – Zwölfter Bericht 2003/2004. Essen (September 2004).
- Europäische Kommission (2004): Structures of the Taxation systems in the European Union. Luxemburg
- Europäische Kommission und Eurostat o. J.: Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001.
- Europäischer Innovationsanzeiger 2003. Zusammenfassung unter: http://europa.eu.int/-comm/enterprise/library/enterprise-europe/issue14/articles/de/enterprise07_de.htm
- Eurostat (2004): Statistisches Jahrbuch 2004: http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1334,1457135,1334_1457140&_dad=portal&_schema=PORTAL und http://europa.eu.int/comm/eurostat/newcronos/reference/display.do?screen=welcomeref&open=/&product=EU_MAIN_TREE&depth=1&language=de
- Förster, Michael / Pearson, Mark (2002): Income distribution and poverty in the OECD area: trends and driving forces, OECD economic studies, 34, 1/2002. S. 7-39.
- Global Leaders For Tomorrow - World Economic Forum (Hrsg.): 2002 Environmental Sustainability Index: <http://www.ciesin.org/indicators/ESI/downloads.html> (Hauptbericht und Länderberichte).
- Heintze, Cornelia (2002): Die Zukunfts-Blockade. Klimawandel, BSE, Armut, Terrorismus – Warum in der Gesellschaft kollektives Vorsorgelernen misslingt. Berlin 2002.

- Heuser, Uwe-Jean: Die Gerechtigkeitsfalle. In: DIE ZEIT v. 24.06.2004. S. 1.
- Jarass, Lorenz / Obermair, Gustav M. (2004): Geheimnisse der Unternehmenssteuern – Steigende Dividenden, sinkendes Steueraufkommen. Marburg 2004.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Frankfurt/Main.
- Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit (2002): Bericht »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«. Berlin.
- o. V. (2004): Zusammensetzung des Beschäftigungswachstums im Euro-Währungsgebiet in den letzten Jahren. In: EZB – Monatsbericht Nov. 2002. S. 73-87.
- OECD (2004): OECD Employment Outlook, Statistical Annex:
<http://www.oecd.org/dataoecd/42/55/32494755.pdf>
- OECD 2002 (Förster, Michael / Pearson, Mark 2002): Distribution des Revenues et Pauvreté dans la Zone de l'OCDE: Tendances et Déterminants. Revue économique de L'OCDE Nr. 34, 2002/I.
- PISA (2003): Internationale Schulleistungsstudie PISA. Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003, OECD 2004 (<http://www.pisa.oecd.org/dataoecd/18/10/34022484.pdf>)
- Statistical Yearbook of Norway 2004:
http://statbank.ssb.no/statistikkbanken/default_fr.asp?PLanguage=1
- Statistics Finland (2004): http://tilastokeskus.fi/tup/suoluk/taskug_vaesto.html
- Statistics Sweden (2004): http://www.scb.se/templates/AlphaIndex_2161.asp
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 2004: Datenreport 2004 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland (veröffentlicht in der Schriftenreihe des Bundeszentrale für politische Bildung).
- Transparency International: International Corruption Perception Index 2004, Berlin 2004
(<http://www.transparency.org/surveys/index.html> resp. <http://www.transparency.org/>
http://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/PCI_2004_Vers_D/PCI_2004_PDF.pdf)
- UNDP (2004): Human Development Report 2004: <http://hdr.undp.org/reports/global/2004/>
- Weltbank (2003): World Development Indicator 2003, zit. nach Social Watch Report 2003, Tab. 1.

Dr. Cornelia Heintze
StK a.D., Politologin und Coach
Cöthner Str. 64
04155 Leipzig
<Dr.Cornelia.Heintze@t-online.de>
www.dr-heintze-beratung.de

RONALD WECKESSER

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Möglichkeiten künftiger Wirtschaftsentwicklung

Der sperrige Titel ist bewusst gewählt. Auch das Anliegen des Workshops: »Erörterung alternativer Entwicklungsmöglichkeiten, um die Strukturschwäche zu überwinden – anknüpfend an die Position der MEMORANDUM-Gruppe und sie zugleich kritisch hinterfragend« klingt ja nicht eben elegant.

Das Tagungsthema »Ostdeutschland – alternative Entwicklungsmöglichkeiten oder Mezzogiorno?« skandalisiert diese Angelegenheit immerhin angemessen. Und es schlägt zugleich die Brücke zu meinem Thema. Obwohl ich noch nie im Mezzogiorno war. Was hat mich nun bewogen, im Kontext der heutigen Veranstaltung Probleme der Bevölkerungsentwicklung anzusprechen, und damit möglicherweise vom eigentlich gemeinten Gegenstand – wie er zumindest für meine Ohren aus den zitierten Überschriften herauszuklingen scheint – wegzulenken?

Ich bin zutiefst überzeugt, dass die Wucht der Bevölkerungsentwicklung alles andere übertreffen wird, was uns sonst noch so bedrückt. Aber, und das ist das Wichtigste, diese Entwicklung, die alle Lebensbereiche der Gesellschaft auf den Kopf stellen wird, vornehm zurückhaltend mit »demographischer Wandel« umschrieben, steht keinesfalls als denkbare oder schlimmstenfalls befürchtbare Möglichkeit irgendwo weit vor uns im Nebel, ist nicht Hypothese oder Prognose: Wir stecken bereits mittendrin.¹ Und es wird keinen Lebensbereich geben, der nicht davon betroffen ist.

Zunächst ein Negativszenario

Der dreißigjährige Krieg soll, was Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft betrifft, nach drei Generationen überwunden gewesen sein. Erster und Zweiter Weltkrieg waren es nach jeweils knapp einer Generation. (Bitte nageln Sie mich nicht auf Zahlen fest, ich bin kein Historiker. Es geht auch gar nicht um einen exakten, quantitativen Zahlenvergleich, sondern, um ein anschauliches Bild für einen historisch beispiellosen Vorgang.) Was sich heute abspielt, ist keine Unterbre-

¹ Siehe u. a. Bettina Sommer: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2050. Annahmen und Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. In: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik. Heft 8/2004. S. 834ff.

chung einer ihrem Wesen nach ununterbrochenen Aufwärtsentwicklung: Derzeit bringt jede Generation nur knapp zwei Drittel so viel Nachkommen hervor, wie sie selber an Köpfen zählt!

Nach einer Modellrechnung des renommierten Bevölkerungswissenschaftlers Herwig Birg (Universität Bielefeld) für die Bundesländer wird Sachsen unter sonst gleich bleibenden Randbedingungen am Ende unseres Jahrhunderts noch etwas über eine Million Einwohner haben². Die passen dann locker in die drei Großstädte – ohne sie wirklich zu füllen. Oder gut übers Land verstreut, ohne sich gegenseitig allzu sehr zu bedrängen. Das heißt, es wird keine Erholung geben, wie nach vergangenen Katastrophen, Kriegen, Pest-, Cholera- oder Grippeepidemien – solange diese Entwicklung nicht umgekehrt wird. Es reicht nicht einmal, sie aufzuhalten.

Doch selbst wenn es ab sofort gelingen sollte, diese Entwicklung drastisch umzukehren, und die durchschnittliche Zahl der Neugeborenen pro Frau stabil auf heute utopische 2,25 hochzutreiben: Der Bevölkerungsrückgang würde sich selbst dann bis etwa 2015 fortsetzen, und erst zur nächsten Jahrhundertwende wieder das Ausgangsniveau von 1990 erreichen.

Wir haben es mit einem bereits weit fortgeschrittenen, für lange Zeit irreversiblen Vorgang zu tun. Frauen, die heute nicht geboren werden, bekommen morgen keine Kinder und übermorgen keine Enkel. Eine Region mit zurückgehender Bevölkerung, folglich auch sinkender Kaufkraft, ist jedoch weder für migrationsbereite Menschen aus anderen Gegenden, noch für Investoren attraktiv. Dieser Prozess ist für einen längeren Zeitraum selbstverstärkend, selbstbeschleunigend.

Folgen

Verbrauch

Ganz zweifellos bleibt eine solche Entwicklung wirtschaftlich nicht folgenlos. Wenn sich die Bevölkerungszahl in dieser Größenordnung verändert, reduziert das zwangsläufig den Verbrauch an allem: An Gütern, Energie und Dienstleistungen, Gesundheitsbetreuung und Kultur. Nun muss genau das noch keine Katastrophe sein, lax formuliert könnte es uns sogar zum Segen gereichen, wenigstens beim Verbrauch natürlicher Ressourcen. Das Problem ist nur, dass im Saldo wegziehende oder wegsterbende Menschen auch ihre – im weitesten Sinne verstandene – Infrastruktur herrenlos zurücklassen, von nicht geborenen ganz zu schweigen. Letztere können die für sie vor-

² Herwig Birg: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. 3. Aufl. München 2003. S. 152.

gesehene Infrastruktur schlicht gar nicht erst in Anspruch nehmen. Hierbei von »rücksichtslos« zu sprechen liegt zwar auf der Hand, verbietet sich aber, ob seiner Absurdität von selbst.

Kaufkraft

Aber auch der erwünschte, doch bislang ausgebliebene »selbsttragende Aufschwung« basiert auf der Bevölkerungszahl und ihrer vorhandenen Kaufkraft. Das heißt für Sachsen, dass bei stockendem Angleichungsprozess im Einkommens- und erst recht im Vermögensbereich die Kaufkraftentwicklung pro Einwohner mindestens zurückbleibt. Sie sinkt relativ. Bei gleichzeitig sinkender Bevölkerungszahl sinkt aber erst recht die kalkulierbare Gesamtkaufkraft der im Land lebenden Menschen, damit natürlich auch die Attraktivität für potentielle Investoren. Daran ändert auch eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur nichts. Der zu erwartende und zu planende Umsatz im betrachteten Gebiet erhöht sich in deren Gefolge nicht. Natürlich sucht die Wirtschaft auch Absatz außerhalb des engeren eigenen Territoriums, doch abgesehen davon, dass auch dann die Binnenkaufkraft die entscheidende Rolle spielt, stecken selbst die potentiellen Zielländer im gleichen Trend.

Finanztransfers

Auch für die ausgleichenden staatlichen Finanzflüsse (Länderfinanzausgleich, Solidarpakt, kommunaler Finanzausgleich), ist die Bevölkerungszahl die bestimmende Größe, die auf absehbare Zeit (fast) überall zurückgeht.³ Selbst wenn die gesamtgesellschaftliche Produktivität schneller wächst, als die Kopfzahl sinkt, und damit der Rückgang rechnerisch zu kompensieren wäre, würden sich dennoch die Relationen zwischen den am Ausgleich beteiligten Bundesländern weiter von ost/arm zugunsten west/reich verschieben. Dabei ist die einzelne Ursache, ob also durch Geburtenrückgang oder Migration, ohne Belang.

Migrationsbilanz

Innerdeutsche Migration hat allerdings nicht nur die unmittelbar einsichtigen Folgen. Jeder z. B. aus Sachsen nach Bayern ziehende junge Mensch hinterlässt selbstredend zunächst einen Einnahmeausfall (Einkommenssteuer, Gewerbesteuer, anteilige Umsatzsteuer, Kaufkraftverlust). Weiterhin reduziert er (im Prinzip) anteilig den Länderfinanzausgleich, sowie die sonstigen Finanztransfers. Darüber hinaus verursacht er weitere Kosten, indem er einen nicht mehr benötigten

³ Siehe u. a. die Untersuchungen von Helmut Seitz, Technische Universität Dresden (bis Juni 2004 EUV Frankfurt/Oder): Demographischer Wandel in Sachsen. Teilprojekt Analyse der Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die Ausgaben und Einnahmen des Freistaates Sachsen und seiner Kommunen. März 2004 <www.tu-dresden.de> bzw. <www.euv-frankfurt-o.de>.

Anteil Infrastruktur hinterlässt, der von der verbleibenden Gemeinschaft mit unterhalten oder gegebenenfalls beseitigt werden muss. Besonders deutlich sichtbar wird das zur Zeit bei der Leerstands- und Abrissproblematik in der Wohnungswirtschaft. Da müssen mit öffentlichen Mitteln einst mit hohem Aufwand erzeugte gesellschaftliche Werte beseitigt werden, damit das Leben für die zurückbleibenden Menschen lebenswert bleibt.

Im Gegenzug verschafft der gleiche junge Mensch dem Zielland, in das er wegen dessen wirtschaftlicher Stärke zieht, nachhaltig zusätzliche Vorteile: Steuereinnahmen sowie Reduzierung der Infrastrukturerhaltungskosten pro Kopf. Natürlich muss nun auch dieses Land ungeplanten Aufwand treiben. Aber zusätzliche Wohnungen repräsentieren – zumindest solange sie genutzt werden – im Gegensatz zu abgerissenen auch einen zusätzlichen Wert. Dem Zielland entsteht ein dauerhafter Nutzen und dem Herkunftsland ein ebensolcher Schaden.

»Humankapital«

Neben diesen, zumindest im Prinzip quantifizierbaren Größen gibt es weitere. Investoren werden eben nicht nur durch Kaufkraft oder Infrastruktur angezogen, sondern bekanntermaßen auch durch »Humankapital«. Allerdings ist einerseits der Vorrat an gut ausgebildeten Menschen aus »DDR-Beständen« nach 15 Jahren mittlerweile so gut wie aufgebraucht oder weitgehend entwertet. Eine ausreichende Regeneration jedoch findet kaum statt, solange beispielsweise der Bildungsaufwand pro Kopf in Sachsen erheblich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt.

Andererseits verringert sich bereits das verfügbare Potenzial unaufhörlich, Untersuchungen der Bundeswehrhochschule belegen, dass diese Binnenmigration nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betrifft. Die Kreativsten, Bestgebildetsten, Intelligentesten sind – erwartungsgemäß – auch überdurchschnittlich mobil. Das hat Langzeitwirkung. Es sinkt auch der durchschnittliche Intelligenzquotient der verbleibenden Bevölkerung. Nachweislich betroffen davon sollen jetzt schon Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg sein.

Infrastruktur

Für ein funktionierendes Zusammenleben großer Gruppen von Menschen ist eine öffentliche Infrastruktur (Straßen, Schienennetze, Wasser- und Abwassernetze, Häfen, Gasleitungen, Telekommunikationsnetze, Schulen usw.) unumgänglich. Alle solche Einrichtungen können sich wirtschaftlich auch nur größere Menschengruppen in solidarischer Weise leisten. Brücken, Straßen, Eisenbahnen, Wohnungen, Schulen usw., die heute geplant und gebaut werden, haben jedoch eine Nutzungs- und Refinanzierungsdauer von 30, 50 bis 100 Jahren. Die heutige Bevölkerungs-

zahl unterstellt. Wie soll sich jedoch die Finanzierung mit deutlich weniger Menschen gestalten? Wie viele Brücken, Straßen, Wohnungen brauchen unsere Nachkommen überhaupt? Und wie viele wollen sie finanzieren? Strategisch nicht oder nicht im heute vorgesehenen Umfang benötigte Projekte jedoch sind die »Investruinen« von morgen.

Und trotzdem wird immer noch und immer wieder auf Zuwachs projiziert und öffentlich gefördert. Vom Mythos der wundersamen Rolle einer verbesserten Verkehrsinfrastruktur bei der Ankurbelung des Wirtschaftsaufschwungs sei hier ganz geschwiegen.

Raumordnungsfragen

Eine weitere derartige Frage ist, wie sich die absehbar deutlich weniger Menschen künftig über die Fläche verteilen. In großen Städten geballt? Wozu dann eine möglichst engmaschige und flächendeckende Verkehrsinfrastruktur? Oder locker und gleichmäßig übers ganze Land verstreut? Wie kann dann ein bezahlbarer öffentlicher Verkehr organisiert werden? Oder wer unterhält die vielen Straßen von Einfamilienhaus zu Einfamilienhaus, möglichst im heute gewünschten Standard? In welchem Netz bauen oder erhalten wir Schulen, Museen, Theater oder Krankenhäuser? Oder die kommunale Verwaltungsstruktur?

Migrationstrategien

Binnenwanderung

Man kann sich natürlich auch Gegenstrategien ausdenken: Es werden die erforderlichen Menschen ins Land gelockt. Zum Beispiel aus anderen Bundesländern. Doch abgesehen von den realen Schwierigkeiten stehen alte wie neue Länder vor ähnlichen Entwicklungen. Die Gesamtbevölkerungszahl der Bundesrepublik sinkt den Prognosen zufolge von heute rund 80 Mio. Menschen, auf vielleicht 50 Mio. Das heißt, der »Lockungswettbewerb« zwischen den Bundesländern wird sich ohnehin verschärfen.

EU-Osterweiterung

Ebenfalls nahe liegend scheint die Strategie, auf verstärkte Einwanderung im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union zu setzen. Doch auch sie kann die Schrumpfung bestenfalls hinauszögern, nicht grundsätzlich verhindern. Das eigentliche Kernproblem – der Rückgang der Geburtenrate auf Werte deutlich unter 2,1 als Langfristtrend – ist auch in fast allen ost- und südosteuropäischen Ländern zu beobachten. Ganz abgesehen davon, dass eine Heilung des deutschen Bevölkerungsproblems zu Lasten dieser Länder schon moralisch recht fragwürdig wäre. Etwas

anders stellt sich die Situation im Hinblick auf die Türkei dar, aber allein schon die aktuellen Beitritts-Debatten machen die zu erwartenden Schwierigkeiten bei der erforderlichen Größenordnung von etwa 150 Millionen Zuwanderern im Laufe dieses Jahrhunderts, mit allen daraus resultierenden mentalen, kulturellen und politischen Folgen in Deutschland, bereits jetzt überdeutlich.

Außereuropäischer Raum

Bleibt die massenhafte Zuwanderung aus dem außereuropäischen Raum: Auch hier geht es um die gleiche Größenordnung. Dazu kommt jedoch, dass auch in den bevölkerungsreichsten Ländern, wie China, Indien, Pakistan usw., bereits heute ein Rückgang der Geburtenrate zu beobachten ist. Noch wachsen zwar deren Bevölkerungszahlen, aber nur als Langzeitfolge früherer hoher Geburtenzahlen, und deshalb vieler heute im gebärfähigen Alter befindlicher Frauen.

Doch abschließend, und für alle Varianten gleichermaßen: Alle bisherige Erfahrung lehrt, dass es solche migrationsbereiten Menschen selbstverständlich vorrangig in die wirtschaftlich starken Regionen zieht, also nach München, Stuttgart, Köln usw. – nicht in die Lausitz, das Ost-erzgebirge oder den Leipziger Südraum.

Die Unsinnigkeit der Schuldfrage

Eine im linken Diskurs beliebte Hypothese besagt, diese Trends der Bevölkerungsentwicklung seien Folge der 1989 über uns hereingebrochenen gesellschaftlichen Veränderungen. Dagegen spricht allerdings, dass sie auch in der DDR und nachweislich bereits in den sechziger Jahren einsetzten, und selbst durch die »Sozialpolitischen Maßnahmen« nur um einen enormen Preis, nur für kurze Zeit und nur tendenziell aufzuhalten waren, ganz ähnlich in den meisten damals sozialistischen Ländern. Auf die längerfristige Unfinanzierbarkeit einer solchen, letztlich erfolglosen Gegenstrategie sei nur am Rande hingewiesen. Sie belegt aber dennoch, dass politische Einflussnahme nicht völlig wirkungslos sein muss.

Doch die hier zur Diskussion stehende Entwicklung war und ist auch in der westlichen Hemisphäre zu beobachten, wo sie auch tatsächlich zeitiger einsetzte und stärker ausgeprägt ist. Und sie ist wiederum in den USA so nicht zu beobachten, trotz – oder wegen? – deutlich geringer ausgeprägter sozialer Sicherungssysteme. Besonders gravierend ist sie jedoch im stockkatholischen Italien. Im ebenfalls katholischen Irland wiederum erneut deutlich weniger.

Das berühmte »Armutrisiko Nummer eins – die Kinder«, als Begründung wird ebenfalls nicht von den Fakten gedeckt. Die geringsten Kinderzahlen, die niedrigsten Geburtenraten treten durchgängig bei hochqualifizierten, besser verdienenden Frauen bzw. entsprechenden Familien

auf. Folglich scheint es nicht die unmittelbar drohende oder wenigstens befürchtete Armut zu sein, die diese Frauen – trotz mit deutlicher Mehrheit bekundetem Kinderwunsch – gegen eigene Kinder entscheiden lässt.

Die einfachen Erklärungsmuster taugen offensichtlich – wie meist – nicht.

Trendänderung

Nun soll hier nicht einem »sich ins Schicksal ergeben« das Wort geredet werden. Doch angenommen, eine dementsprechende Entwicklung würde wirklich eintreten, wo anfangen bei der Analyse, wo beginnen mit dem Umsteuern? Das strategische Kernproblem ist eine Trendänderung im Bereich der demographischen Entwicklung. Natürlich nur, wenn eine ungebremst sinkende Bevölkerungszahl nicht wirklich beabsichtigt ist. Und unterstellt, dass generationenübergreifende, die individuellen Lebensrisiken nicht auf die Individuen abwälzende soziale Sicherungs- und Ausgleichssysteme auch zukünftig gesellschaftliche Norm sein sollen.

Frankreich, Irland und die skandinavischen Länder zeigen immerhin, was im Bereich bewusst gesteuerter Bevölkerungsentwicklung auch unter heutigen Bedingungen möglich ist. Sie haben deutlich höhere, teils immer noch steigende Geburtenraten nahe 2. Obwohl auch diese Werte nicht bestandserhaltend sind, auch diese Gesellschaften schrumpfen fortlaufend, allerdings deutlich langsamer. Das verschafft ihnen die dringend benötigte Zeit zur gesteuerten Anpassung, ermöglicht einen planbar gestalteten Übergangsprozess. Im Gegensatz zu dem von Politik und Verwaltung nicht erwarteten, dramatischen Zusammenbruch von Geburtenrate und Kinderzahlen mit ihren chaotischen Auswirkungen auf Schul- und Kita-Netzplanungen, sowie der resultierenden Personalentwicklung auf dem Territorium der ehemaligen DDR, Anfang bis Mitte der Neunziger Jahre. Es wäre mindestens ernsthaft zu analysieren, womit beispielsweise Frankreich in den letzten Jahren seinen bemerkenswerten Aufwärtssprung bei der Geburtenrate erreicht hat – jenseits ideologischer oder nationalüberheblicher Vorurteile.

Als Folge des demographischen Wandels ist ein Umsteuern im gesellschaftlichen Denken dringend erforderlich, bei Investitionen bereits vor dem Planungs- und Entwurfsstadium. Die tradierten Denkmodelle leisten das heute Erforderliche nicht, sie sind durchweg für Zuwachs ausgelegt, begreifen Entwicklung ausschließlich als Wachstum, machen Schrumpfungprozesse^{4*} weder beschreib-, noch steuer- oder gar beherrschbar. Das gilt gleichermaßen für administrative, finanzmathematische, wirtschaftliche sowie politische Steuerungsmodelle.

⁴ Ein Wort übrigens, welches auch mein Rechtschreibkorrekturprogramm nicht kannte!

Erst wenn diese Erkenntnis Raum greift und zu Veränderungen in der Praxis führt, wäre Licht am Ende des Tunnels zu sehen.

Ronald Weckesser Mitglied des Sächsischen Landtages
Sächsischer Landtag: Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel.: 0351 493 5847 Fax: 0351 4962525847
<Ronald.Weckesser@slt.sachsen.de>
Privat:
Stephanstr. 44, 01129 Dresden
Tel.: 0351 8484450 Mobil: 0171 1985087
<Ronald.Weckesser@t-online.de>

Zur Notwendigkeit die Binnennachfrage zu stärken

Die Binnennachfrage besteht aus Konsum und Investitionen. Seit Jahren ist sie in der BRD ungenügend. Dazu schreibt die Bundesbank im August 2004:

»Zugleich bleibt aber die hohe außenwirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft die ›Achillesferse‹ der konjunkturellen Erholung. Von der Inlandsnachfrage sind im zweiten Quartal (2004), ähnlich wie davor, kaum Anstöße ausgegangen. So blieb die Investitionstätigkeit trotz der konjunkturellen Besserung und günstiger Finanzierungsbedingungen insgesamt weiterhin schwach. Dies hing maßgeblich mit der weiter verringerten Baunachfrage zusammen. Die übrigen Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen sind nicht über eine Stagnation hinausgekommen. Zudem waren die privaten Haushalte bei ihren Konsumausgaben weiterhin zurückhaltend. [...] Vor allem der Einzelhandel leidet unter der anhaltenden Kaufzurückhaltung der Verbraucher, während sich die Entwicklung in einigen Dienstleistungsbereichen in den letzten Monaten etwas ins Positive gewendet hat. Das gilt für die konsumnahen Wirtschaftszweige wie das Hotel- und Gaststättengewerbe, mehr aber noch für die unternehmensnahen Dienstleistungsanbieter, die letztlich auch [...] bei der Exportwirtschaft profitieren.«¹

Wenn die Konsumnachfrage so eine große Rolle für die Konjunktur spielt, dann lohnt es sich nachzusehen, wie es mit ihr in den neuen Bundesländern (NBL) im Vergleich zu den alten (ABL) aussieht. Maßgebend für die Nachfrage ist das Einkommen der Erwerbstätigen. In den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird das Arbeitsentgelt erfasst, das aus den Bruttoeinkommen und den Sozialabgaben der Arbeitgeber besteht. Das ausgabefähige Einkommen ist das Nettoeinkommen, aus dem der Konsum gespeist wird.

Tab.1 zeigt die Mittelwerte des Bruttoinlandsprodukts (BIP)/Erwerbstätigen und die mittleren Arbeitsentgelte in den einzelnen Bundesländern. Zwischen den ABL gibt es für beide Größen bereits beträchtliche Unterschiede. Aber weit unter dieser Werteskala der ABL liegen die NBL. Dieser Fakt ist in den drei letzten Zeilen zusammengefasst.

Tab. 2 zeigt die Entwicklung der Mittelwerte für die Jahre 1999-2003. Während das BIP/Erwerbst. in den NBL um 6 Prozent besser geworden ist, stagnieren die Arbeitsentgelte zwischen 75 und 77 Prozent der Werte der ABL. Eine Angleichung der Lebensverhältnisse verlangt also die Erhöhung der Einkommen vom heutigen Niveau um 30 Prozent. Damit würde auch die Kaufkraft, d. h. die Konsumnachfrage auf das Niveau der ABL steigen und damit das gesamte BIP. Der Einwand, dass einer solchen Erhöhung der Einkommen die Produktivität nicht entspricht, ist nicht stichhaltig; denn die »Produktivität« gemessen als BIP/Erwerbst. besteht zu 2/3 aus dem Einkommen der abhängig Beschäftigten. Die »Produktivität« erscheint

¹ Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 8/2004. S. 7.

derzeit so gering, weil die Löhne so niedrig sind. Eine Erhöhung der Löhne bringt also auch eine Erhöhung des BIP/Erwerbstätigen. Die physische Produktivität an den Arbeitsplätzen zeigt schon seit einigen Jahren keinen Rückstand mehr gegenüber den ABL. Von daher ist also eine Angleichung des Lohnniveaus zu rechtfertigen (siehe dazu AG Wirtschaftspolitik Dresden²).

Tab. 1: BIP pro Erwerbstätigen und die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte pro Beschäftigten für die einzelnen Bundesländer für 2003, in jeweiligen Preisen

Land	BIP pro Erwerbstätigen			Arbeitsentgelt pro Beschäftigt.		
	absolut in 1000 EUR	Veränd.z. Vorjahr %	BRD = 100 %	absolut in 1000 EUR	Veränd.z. Vorjahr %	BRD = 100 %
Baden-Württembg	59,1	1,4	106	35,9	1,7	108
Bayern	59,8	2,1	107	34,8	1,7	105
Bremen	60,2	1,0	108	35,0	2,8	105
Hamburg	74,7	2,1	134	37,2	2,1	112
Hessen	65,0	2,2	117	36,2	1,8	109
Niedersachsen	52,6	1,8	95	32,3	1,3	97
Nordrhein-Westf.	56,7	1,8	102	34,1	1,3	103
Rheinland-Pfalz	53,3	1,9	96	32,8	1,5	99
Saarland	51,5	0,0	92	32,6	1,5	98
Schleswig-Holstein	54,3	2,2	98	31,4	1,6	94
Berlin	51,3	2,0	92	32,9	1,1	99
Brandenburg	44,7	2,5	80	27,2	1,3	82
Mecklenbg-Vorp.	41,9	2,3	75	26,1	1,8	79
Sachsen	40,3	3,0	72	26,7	2,3	80
Sachsen-Anhalt	44,1	4,2	79	26,5	1,7	80
Thüringen	41,0	4,3	74	26,4	1,6	79
BRD- Durchschnitt	55,7	2,0	100	33,2	1,6	100
ABL (ohne Berlin)	58,4	1,8	105	34,5	1,6	104
NBL (ohne Berlin)	42,1	3,2	76	26,6	1,8	80

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen - PI 1-j/03 u. PI2 - j/03

² AG Wirtschaftspolitik Dresden: Zum Stand der Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an West, ein Beitrag zur Diskussion um das Papier von Bundestagspräsident W. Thierse zur Frage »Steht Ostdeutschland auf der Kippe?«. Dresden April 2001.

Tab. 2: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Arbeitsentgelt je Arbeitnehmer für 1999, 2001 und 2003

		BIP/Erwerbstätigen			Arbeitsentgelt/Arbeitnehmer		
		absolut	Zuwachs	BRD=100	absolut	Zu- wachs	BRD=100
	Jahr	1000 EUR	%	%	1000 EUR	%	%
Ø BRD	'99	54,9	2,2	100	32,6	1,9	100
	'01	53,2	1,7	100	31,9	1,5	100
	'03	55,7	2,0	100	33,2	1,6	100
ABL	'99	58,3	2,0	106	34,0	1,5	104
	'01	56,0	1,3	105	33,1	1,6	104
	'03	58,4	1,8	105	34,5	1,6	104
NBL	'99	38,6	2,9	70	25,6	3,6	78
	'01	39,3	3,8	74	25,6	1,7	80
	'03	42,1	3,2	76	26,6	1,8	80
<u>NBL</u>	'99	66,2 %			75,3 %		
<u>ABL</u>	'01	70,2 %			77,3 %		
	'03	72,1 %			77,1 %		

Quelle: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im Freistaat Sachsen und Arbeitnehmerentgelt im Freistaat Sachsen. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen - P I 1 - j/03 bzw. P I 2 - j/03

Tab. 3 zeigt die Erhöhung des BIP der NBL, die mit der Erhöhung der Löhne eintreten würde. Außerdem wird gezeigt, wie sich die Entwicklung der Gewinne der Selbstständigen auf das Niveau in den ABL auswirken würde. Dabei wurde das gegenwärtige Niveau der Gewinne auf der Basis der Daten bis 1999³ mit 12 Prozent geschätzt, da dafür keine Angaben vorliegen.

Aus dieser Überschlagsrechnung ergibt sich, wie stark der Einfluss der Einkommen auf das BIP ist. Die Anhebung der Einkommen in den NBL auf das ABL-Niveau führt praktisch zum gleichen BIP/Erwerbstätigen oder zur gleichen »Produktivität« in beiden Landesteilen.

³ Ebenda.

Tab. 3: Erhöhung des BIP der NBL durch Angleichung der Arbeitsentgelte und Unternehmensgewinne auf ABL-Niveau

	BIP Mrd. EURO	Arbeitsentg. Mrd. EURO	Gewinne Mrd. EURO	<u>Arbeitsentg</u> Beschäftigte 1000 EURO	<u>Gewinn</u> Arbeitsentg. %
ABL	1 814,1	953,7	423,6	34,5	44,4
NBL	237,8	135,8	13,6	26,6	12,0

Erhöhung des Arbeitsentgelts auf 100 % ABL-Niveau, d. h. um 30 %:

NBL	278,5	176,5 + 40,7		34,5	
-----	--------------	-------------------------------	--	-------------	--

Erhöhung des Unternehmensgewinns auf ABL-Niveau, d. h. auf 44.4 % des Arbeitsentgelts:

NBL	322,5		60,3 + 44,0		
-----	--------------	--	------------------------------	--	--

Quellen: »Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im Freistaat Sachsen 1995-2003« und »Arbeitnehmerentgelt im Freistaat Sachsen 1995-2003«, Statistisches Landesamt Sachsen 2003; eigene Berechnungen (kursiv).

Mit diesem BIP ergeben sich folgende Werte für BIP/Erwerbstätige im Jahre 2003:

ABL **65.600** EURO/Besch.

NBL **54.500** EURO/Besch. bei Angleichung nur des Arbeitsentgelts,
63.100 EURO/Besch. bei Angleichung von Arbeitsentgelten u. Gewinnen.

Tabelle 4 vergleicht die Einkommen der privaten Haushalte in den NBL mit denen in den ABL. Hier kommt es nur auf die ausgabefähigen Anteile der Einkommen an. In den durchschnittlichen Haushalten der NBL fehlen im Mittel 1330 DM/Monat = 680 EURO/Monat. Das macht für die 6,8 Mio. Haushalte insgesamt 92 Mrd. DM/a = 47 Mrd. EURO/a. Auf diese Summe beläuft sich das Defizit an Kaufkraft in den NBL. Um diese Kaufkraft zu befriedigen brauchte man 846 000 Arbeitsplätze in Produktion und Dienstleistungen, d. h. die Hälfte der Arbeitlosen in den NBL (Diese Zahl erhält man aus dem BIP der BRD von 2192,2 Mrd. EURO/a, das von 38,2 Mio. Erwerbstätigen geschaffen wird. Daraus folgt: Für die Erzeugung von 1 Mrd. BIP werden ca. 18 000 Erwerbstätige gebraucht.

Tab. 4: Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (HH) der BRD im 1. Hj. 1998

	NBL		ABL		NBL/ABL %
	alle HH DM	selbst. HH DM	alle HH DM	selbst. HH DM	
HH-Brutto- Einkommen	4 894	6 678	6 565	10 150	75 % 66 %
Ausgabefäh. Einkommen	4 029	5 937	5 359	8 728	75 % 68 %
Ausgab. für priv. Verbr.	3 007	4 281	4 136	5 529	73 % 77 %
Ersparnis	400	712	624	2 106	64 % 34 %

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1999, Tab. 21.21.

Interessant sind in Tab. 4 auch die Daten für die Haushalte der Selbstständigen. Für sie ist der Unterschied zu den »Kollegen« in den ABL in den Einkommen noch größer. Deshalb bleibt ihnen an Ersparnis auch nur ein Drittel der Mittel, die Selbstständige in den ABL zurücklegen können. Ihre Kraft für Investitionen ist also minimal und für einen selbsttragenden Aufschwung unzureichend.

Die Anhebung der Einkommen der Bevölkerung in den NBL auf das ABL-Niveau ergäbe einen Anstieg der Kaufkraft um 30 Prozent vom gegenwärtigen Stand. Dieser Anstieg würde einen großen Teil der Probleme der NBL wesentlich verringern: Eine erhebliche Verminderung der Arbeitslosigkeit, mehr Umsatz für hunderttausende kleiner Geschäftsleute in Handwerk, Handel, Dienstleistungen und Gastgewerbe, mehr Einnahmen für die Sozialsysteme und die öffentlichen Haushalte. Initialzündung für diesen Aufschwung müsste die Anhebung der Einkommen der Beschäftigten in den Betrieben der Konzerne aller Wirtschaftsbereiche aus den ABL sein, die ca. 50 Prozent der Wirtschaftsleistung in den NBL erbringen, die auf dem Markt etabliert sind, die ihre Produkte zu Weltmarktpreisen losschlagen und deshalb auch die vollen Westlöhne im Osten zahlen können. Wenn die höheren Steuern fließen, kann der öffentliche Dienst nachziehen. Die steigende Kaufkraft ermöglicht dann bessere Geschäfte für die kleinen Gewerbetreibenden, und sie können auch höhere Löhne zahlen. D. h. die Situation in den NBL würde sich spürbar verbessern. Auch die Transferleistungen könnten zurückgeführt werden, und ein selbsttragender Aufschwung wäre erheblich näher.

Prof. Dr. Berthold Kühn
Dresdner Str. 57
01326 Dresden
<berthold.kuehn@gmx.de

Der Export als ein wichtiger Schnittpunkt ostdeutscher Strukturprobleme und -erfordernisse

Erstens

Unter den Wirtschaftsindikatoren eines Landes oder einer Region nimmt der Export zumeist eine herausragende Stellung ein. Er charakterisiert in maßgebender Weise wichtige Aspekte der wirtschaftlichen Stärke und Leistungskraft sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes bzw. einer Region. In der Regel haben das Niveau, das Wachstum und die konjunkturelle Entwicklung des Exports erhebliche Aussagekraft und Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eines Landes oder einer Region. Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass ein Land oder Gebiet, dessen Exportkraft ein hohes Niveau aufweist, zugleich über ein hohes Produktions- und Kaufkraftpotenzial verfügt, was grundsätzlich auch für das Beschäftigungs-, Investitions- und Lohnniveau sowie das Produktivitätsniveau zutreffend ist.

Zum einen bestehen bekanntlich ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Export-, Wirtschafts- und Einkommensentwicklung und zum anderen ein mittelbarer Zusammenhang zwischen Export-, Investitions-, Beschäftigungs-, Lohn- und Wirtschaftsentwicklung. Dieser Zusammenhang ist umso stärker, je größer die Exportkraft bzw. je höher die Exportquote eines Landes ist.

Während die Exportquote, gemessen durch den Anteil der Ausfuhren am Bruttoinlandsprodukt (BIP), im früheren Bundesgebiet¹ derzeit etwa 39 Prozent² erreicht, sind es im Osten Deutschlands³ etwa 19 Prozent. Der ostdeutsche Export erreicht damit einen Anteil von etwa 5 Prozent am Export Gesamtdeutschlands. Um bei der Exportquote den gesamtdeutschen Durchschnitt zu erreichen, müsste der ostdeutsche Anteil am Export Gesamtdeutschlands etwa 21 Prozent betragen.

Die darin zum Ausdruck kommende Tatsache, dass in den neuen Bundesländern im Verhältnis zum früheren Bundesgebiet derzeit eine beträchtliche Exportlücke existiert, ist vor allem ein deutliches Zeichen für die gravierende industrielle und damit strukturelle Schwäche

¹ Hier und im Folgenden früheres Bundesgebiet ohne Berlin.

² Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden: vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Arbeitskreis VGR der Länder, Elektronische Ausgabe 2004, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Referat 31; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Abschnitt »Deutschland nach Ländern« sowie Statistisches Jahrbuch für das Ausland, Abschnitte »Außenhandel« und »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung«, Jahrgänge 1992 bis 2003.

³ Hier und im Folgenden neue Bundesländer einschließlich Berlin.

der neuen Bundesländer. So war in der Industrie (ohne Bauleistungen) die Wertschöpfung in den alten Ländern 2002 mit durchschnittlich 6534 Euro je Einwohner mehr als doppelt so hoch wie in den neuen Ländern mit 3183 Euro je Einwohner. Da das Verarbeitende Gewerbe neben dem Baugewerbe das wichtigste Fundament für die Wertschöpfungskraft eines Landes bzw. einer Region bildet, ist folglich hier (durch partielle Deindustrialisierung bedingt) der entscheidende Schwachpunkt Ostdeutschlands und die Hauptursache der Produktions- und Produktivitätslücke Ost auszumachen. Folglich kann auch nur hier der entscheidende Ansatzpunkt für eine nachhaltige Stärkung der ostdeutschen Wirtschaftskraft fixiert werden.

Im Kern geht es folglich beim weiteren Aufbau Ost vor allem um die Stärkung, Reaktivierung und Modernisierung traditioneller ostdeutscher Industrie- und Exportpotenziale.

Zweitens

Die Exportquote der neuen Bundesländer lag 2003 bei 14 Prozent. Das ist im europäischen Vergleich wohl eine der niedrigsten Quoten, die im Jahre 2003 zu verzeichnen waren. Nur in Griechenland mit 7,7 Prozent und Zypern mit 10,9 war die Exportquote noch niedriger als in Ostdeutschland.

Demgegenüber wurde 2003 im früheren Bundesgebiet mit einer Exportquote von 33,5 Prozent ein weitaus höheres Ergebnis erzielt, während der Durchschnitt für Gesamtdeutschland 30,6 Prozent und für die europäischen Länder 28,5 Prozent betrug. Ostdeutschland erreichte damit nur 45,8 Prozent des gesamtdeutschen und 49,1 Prozent des europäischen Durchschnitts.

Eines der Grundprobleme des schwachen ostdeutschen Exports sowie der geringen wirtschaftlichen Produktivität ist die industrielle und damit strukturelle Schwäche der ostdeutschen Wirtschaftsregion. So erreichte die industrielle Wertschöpfung im Osten Deutschlands im Jahre 2003 nur einen Anteil von 17,2 Prozent an der Wertschöpfung insgesamt. Demgegenüber erreichte die industrielle Wertschöpfung im früheren Bundesgebiet einen Anteil von 23,6 Prozent an der Gesamtwertschöpfung.

Obwohl sich infolge des technischen und technologischen Fortschritts der Produktion sowie der damit verbundenen Produktivitätsentwicklung die ökonomischen Strukturen tendenziell zugunsten des tertiären Sektors verändern, bleibt vor allem die Industrie die wichtigste materielle und ökonomische Basis der Gesamtwirtschaft. Die Industrie ist und bleibt eines der entscheidenden Kettenglieder im regionalen und globalen Wirtschaftskreislauf. Nur dort, wo industrielle Kerne bzw. Produktionsstandorte existieren und entstehen, wachsen in der Regel auch Verkehr, Handel und unternehmensbezogene Dienstleistungseinrichtungen mit einer entsprechenden Wertschöpfung nach. Andernfalls bleibt die Entwicklung, wie derzeit in vie-

len ostdeutschen Regionen, hauptsächlich auf die Wertschöpfungsperspektive von Absatzmärkten beschränkt.

Drittens

Die im Verhältnis zum früheren Bundesgebiet geringe Exportquote und industrielle Wertschöpfung sind die entscheidende Ursache für die gravierende Produktionslücke der neuen Bundesländer. Während die neuen Länder 2003 nur etwa 28 Prozent des im früheren Bundesgebiet erzielten Exports pro Einwohner erreichten, waren es bei der industriellen Wertschöpfung pro Einwohner etwa 49 Prozent.

Das Bruttoinlandsprodukt erreichte 2003 in den neuen Ländern durchschnittlich 17.178 Euro pro Einwohner, im früheren Bundesgebiet waren es 25.876 Euro pro Einwohner. Für das Bundesgebiet insgesamt lag der Durchschnitt bei 24.088 Euro pro Einwohner. Der daraus resultierende materielle Transfer von Ost nach West im Umfang von etwa 100 Mrd. Euro jährlich ist vor allem eine unmittelbare und mittelbare Folge der industriellen Schwäche Ostdeutschlands.

Der Ost-West-Unterschied beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von etwa minus 33,6 Prozent ist jedoch nicht direkt und allein aus dem unterschiedlichen Potenzial der Export- und Industrieproduktion zu erklären, sondern hierzu müssen zusätzlich die Produktivitätsunterschiede und Wechselwirkungen innerhalb des gesamten Wirtschaftskreislaufs bzw. der Wertschöpfungskette berücksichtigt werden.

Viertens

Es zeigt sich, dass die strukturelle Export- und Industrieschwäche Ostdeutschlands auch zu Problemen auf dem Arbeitsmarkt sowie im Beschäftigungs- und Investitionsbereich geführt hat.

Im Jahre 2003 existierten in den neuen Bundesländern je 1000 Einwohner nur etwa halb soviel industrielle Arbeitsplätze wie im früheren Bundesgebiet. Ähnlich gravierend sind die Unterschiede im Bereich der Industrieinvestitionen, wo pro 1000 Einwohner nur etwa 65 Prozent der im früheren Bundesgebiet getätigten Investitionen erreicht wurden.

Auch wenn hier Rückschlüsse auf die Gesamtsituation nur bedingt möglich sind, so vermitteln die entsprechenden Kennzahlen dennoch ein aufschlussreiches Bild. So ist es bezeichnend, dass die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern 2003 mit einer Erwerbslosenquote von 18,5 Prozent mehr als doppelt so hoch war wie im früheren Bundesgebiet, wo die entsprechende Quote bei 8,4 Prozent lag. Auch die Beschäftigtendichte im Jahre 2003 von durchschnittlich 421 Erwerbstätigen je 1000 Einwohnern, die in den neuen Bundesländern zu ver-

zeichnen war, zeigt im Vergleich zum entsprechenden Wert des früheren Bundesgebietes von 443 Erwerbstätigen pro 1000 Einwohnern, dass die ostdeutsche Wirtschaft auch in der Ausstattung mit Arbeitsplätzen die größeren Probleme zu bewältigen hat. Die wesentliche Ursache für die Produktionslücke Ost scheint zu sein, dass die jährlichen Investitionen pro 1000 Einwohner um durchschnittlich 30 Prozent niedriger sind als im früheren Bundesgebiet.

Fünftens

Aus ökonomischen, sozialen und politischen Gründen ist es dringend geboten, das strukturelle Produktionsdefizit schrittweise zu reduzieren, um die Wirtschaftskraft der neuen Länder auf ein selbsttragendes Fundament zu stellen. Seit 1996 ist jedoch zu beobachten, dass sich die Schere zwischen Produktion und Verbrauch nicht geschlossen, sondern sich im Gegenteil weiter geöffnet hat. So schrumpften die Industrieinvestitionen der neuen Länder zwischen 1995 und 2000 jährlich um etwa drei Prozent. Bei den gesamten Anlageinvestitionen lag der jährliche Rückgang sogar bei mehr als vier Prozent.

Um diesen Prozess nachhaltig in eine positive Richtung zu lenken, wird wohl kein Weg daran vorbeiführen, in den neuen Ländern vor allem die industrielle Basis sowie die Exportkraft deutlich zu stärken. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist vor allem eine wirksame Förderung der Investitionstätigkeit im Bereich der Industrie- und Exportproduktion.

Sechstens

Die konjunkturelle Situation der neuen Länder ist dadurch gekennzeichnet, dass sie auf Grund ihrer Strukturschwäche im Industrie- und Exportbereich auch bei überdurchschnittlichen Wachstumsraten in diesem Bereich an einem konjunkturellen Aufschwung nicht angemessen partizipieren können. Im Gegenteil kann es sogar möglich sein, dass sich auch bei überdurchschnittlichen Wachstumsraten der Industrie und des Exports der Rückstand zum früheren Bundesgebiet durchaus vergrößern kann. Nur auf der Grundlage einer angemessenen Stärkung der ostdeutschen Wirtschaft im Bereich des Industrie- und Exportpotenzials werden die neuen Bundesländer grundsätzlich in die Lage versetzt, auch am konjunkturellen Aufschwung der deutschen Wirtschaft angemessen zu partizipieren. und den Aufholprozess erneut einzuleiten.

HORST HESSE

Absatzprobleme für Ostprodukte durch Marktversagen

Zur Diskussion um den Stand und die Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaftsregion Ostdeutschland soll hier aus der Perspektive des Absatzes der Produkte aus der Region beigetragen werden. Aus der Sicht eines langjährigen Handelsvertreters, der für ein im Osten ansässiges Unternehmen (Kunststoffe) den Vertrieb im Außendienst unterstützt, kann die allgemein beklagte Situation überhaupt nicht verwundern.

Die »Leistungsbilanz Ost« weist immer noch ein beträchtliches Defizit auf – fast 40 Prozent des jährlichen letzten Verbrauchs der Region (d. h. für Konsumtion und Investitionen) müssen durch Transferleistungen gedeckt werden¹. Es kommt und kommt also kein selbsttragender »Aufschwung Ost« zustande.

Im Zuge der deutschen Vereinigung wurde die Illusion erzeugt, ostdeutsche Unternehmen, Erzeugnisse, Marken könnten überleben, wenn sie sich nur flink und vollständig auf den Markt einstellen, kurz: richtiges Marketing betreiben. Als die Vertriebsleiter Ost sich an die Ausarbeitung Erfolg versprechender Strategien zur Marktbearbeitung machten, war es bereits zu spät – der Markt war längst aufgeteilt. Nachdem der erste Kaufrausch, der Run auf Westprodukte, abgeklungen war, waren schon viele ostdeutsche Produkte verschwunden, und zwar weitgehend unabhängig von den damals aktuellen Eigentumsproblemen (auf Eigentumsfragen soll hier nicht weiter eingegangen werden – Ostprodukt meint hier: erkennbar in der Region produziert).

Gegen die überlebenden Produkte verteidigten jetzt natürlich die Anbieter West das eroberte Terrain. Nach der bekannten Marketing-Weisheit, dass Kundenpflege allemal weniger kostet als Kundenakquise, waren sie jetzt im Vorteil. Das zeigte sich konkret darin, dass ostdeutsche Produkte im Preis nachgeben mussten, um Marktanteile zu halten oder zurück zu gewinnen, was wiederum viele nicht überlebten.

Von ostdeutschen Produkten wird auch bei gleicher, ja höherer Qualität erwartet, dass sie billiger sind als Westprodukte. Das gilt als selbstverständlich und wird nicht hinterfragt.

Es wirkt sich übrigens unmittelbar auf den Ausweis der Bruttowertschöpfung und der Produktivität »Ost« aus. Es sei angemerkt, dass es hier nicht um einzelne erfolgreiche Ausnahmen wie »Kathi«, »Rotkäppchen« oder »Florena« und auch nicht um regionale Spezialitäten wie »Halberstädter Würstchen«, »Bautzner Senf« oder Spreewaldgurken geht, sondern um die Masse ganz normaler Standardprodukte Ost, die ganz schnell von ganz normalen Standardprodukten West verdrängt wurden.

¹ Reinhold Kowalski: Die Industrie in Ostdeutschland, Eigenarten und Innovationsfähigkeit. Unveröff. Manuskript. Berlin 2004. S. 1.

Bis hierher könnte man diese Entwicklung durchaus zutreffend dem elementaren Wirken der Marktgesetze zuschreiben, von denen anerkanntermaßen nicht irgendwelche Rücksichtnahme erwartet werden darf. Dennoch spreche ich von Marktversagen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, dass der Markt, im klassischen Sinne wohl verstanden als Einrichtung, welche auf optimale Versorgung und höchsten Volkswohlstand hinwirkt, schon zum Zeitpunkt der Vereinigung nicht viel mehr war als bloße Fiktion. Theorie und Politik haben im Vereinigungsprozess wie selbstverständlich stets mit Idealvorstellungen vom Markt hantiert, das heißt praktisch die Existenz vollkommener Märkte unterstellt (nur der vollkommene Markt kann bekanntlich die ihm zugeschriebenen positiven Wirkungen entfalten).

Von einem derart funktionierenden Markt konnte aber keine Rede sein. Zum Zeitpunkt der Vereinigung hatte die Wirtschaft West schon einen derart hohen Konzentrations- und Monopolisierungsgrad erreicht, dass die (klassischen) Marktgesetze praktisch weitgehend ausgehebelt waren. Die einheimischen Produkte sahen sich plötzlich schier unüberwindlichen Eintrittsbarrieren auf einem Markt gegenüber, der sich nach den landläufigen (naiven) Vorstellungen erst noch zu entfalten hatte.

Auf die Gefahren und die Dimension der Probleme von Wirtschaftsmacht und Unternehmenskonzentration wird aktuell und eindringlich im *Memorandum 2003* der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hingewiesen².

Reinhold Kowalski beschreibt zutreffend als weltweite Besonderheit »dass die ostdeutsche Wirtschaft sofort in die Konkurrenzverhältnisse und Expansionsinteressen der großen Kapitalgesellschaften gezwängt wurde, mit ihren Hauptkapazitäten und Headquarters außerhalb des eigentlichen Standortes, außerhalb der Neuen Bundesländer. Diese dominierenden Konzerne, Handelsketten, Dienstleister haben den ostdeutschen Markt vollständig erobert und bedienen ihn praktisch aus Kapazitäten an ihren westlichen Standorten.«³. Das erklärt gleichermaßen die Alltagserfahrungen im Vertrieb, wie es durch diese bestätigt wird. Auch ohne marktromantische Anwendungen, das heißt bei Anerkennung der monopolistischen (oligopolistischen) Marktstrukturen als Realität, ist Marktversagen in dem Sinne zu konstatieren, dass der Markt in der gegebenen Form entgegen der allgemeinen Erwartung *das politische Ziel der Einheit nicht unterstützt, sondern vielmehr behindert hat*. Das nenne ich Marktversagen in seiner gravierendsten Form.

Kennzeichen der gegebenen Marktstruktur ist nicht nur die allgemeine West-Ost-Asymmetrie von Marktmacht wie oben beschrieben, sondern auch hochkonzentrierte Nachfragemacht bei den Handelsketten, von denen praktisch keine einzige ihre Zentrale im Osten hat.

Die Folge ist,

² Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2003. Köln 2003. S. 244ff.

³ Reinhold Kowalski, a. a. O.

a) dass außer wenigen »Folklore-Produkten« (Spreewaldgurken usw.) und sehr wenigen Standardprodukten (»Rotkäppchen«-Sekt usw.) kaum Ostprodukte in westdeutschen Supermärkten vertreten sind;

b) dass auch in der eigenen Region, zu Hause, die Ostprodukte zu wenig vertreten sind – am ehesten noch bei Lebensmitteln und Getränken, aber auch hier dominieren eindeutig Westprodukte (einzig die Biertrinker erzwangen mit der ihnen eigenen Marktmacht den Erhalt vertrauter Marken).

Der ostdeutsche Kunde freut sich, wenn er hin und wieder am Regal in seiner Kaufhalle einen speziellen Hinweis auf einheimische Produkte findet und wertet das als Erfolg. Um sich das Relative dieses Erfolges klar zu machen, stelle man sich einen westdeutschen Supermarkt, etwa in der Nähe von Stuttgart, vor, wo an einzelnen Regalen der Hinweis prangt: »Hier gibt es Produkte aus den Alten Bundesländern«!

Damit verbunden ist eine weitere Erfahrung von Marktversagen: Nach gängiger Theorie hat letztlich der Verbraucher das letzte Wort, er hat Wahlfreiheit, er ist der »Souverän«. Wer sich unsere Gedanken nicht macht, kann sehr leicht der Illusion erliegen, dass dieses stimmt. Der Leipziger Kabarettist *Bernd-Lutz-Lange* schildert in einer Glosse seine Gefühle, als er, zum ersten Mal im Westen, überwältigt vor einem Riesen-Regal stand, gefüllt mit 50 oder 100 Sorten Joghurt, und er konnte nicht fassen, dass man so viele Sorten Joghurt braucht. Teil der Pointe der Geschichte war, dass ein bestimmter nachgefragter Joghurt – der Heidelbeerjoghurt von »Schnutzli« – noch nicht mal dabei war⁴.

So auch hier, in unserm Fall. Die Regale sind voll – aber: sind auch die Produkte dabei, die der Verbraucher wünscht? Das ist die entscheidende Frage.

Eine Studie über das »Einkaufsverhalten im Lebensmittelhandel mit Fokus Neue Bundesländer« des *IMK Erfurt* vom Jahre 2003 stellt anhand von Befragungsergebnissen (1014 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet) fest:

Bei Verfügbarkeit zweier nahezu identischer Produkte geben *drei Viertel* der Verbraucher in Deutschland dem Heimatprodukt den Vorzug. In allen Neuen Bundesländern ist dieses Verhalten deutlich stärker ausgeprägt, besonders aber in Sachsen und Thüringen; außerdem noch in Baden-Württemberg. Mit zunehmendem Alter verstärkt sich dieser Lokalpatriotismus; Jüngeren ist die Herkunft der Produkte eher egal. Das Motiv für diese Wahl lautet mehrheitlich: »wirtschaftliche Unterstützung der Region« oder einfach »Lokalpatriotismus«.

Dehnt man die Frage aus auf »Produkte aus Alten resp. Neuen Bundesländern«, geben *zwei Drittel* der Befragten aus dem Osten den Produkten aus den neuen Bundesländern den Vorzug,

⁴ Bernd-Lutz Lange: Es bleibt alles ganz anders. Deutsch-deutsche Wunderlichkeiten. Stuttgart/Leipzig 2000. S. 18.

wieder stärker in Sachsen und Thüringen; *ein Drittel* hat keine derartigen Präferenzen. Immerhin *ein Viertel* der Befragten aus den alten Bundesländern (vor allem aus dem Norden) will Ostprodukten den Vorzug geben; Motiv ist die gewollte wirtschaftliche Unterstützung der Neuen Bundesländer. Im Osten lautet die Begründung häufig ganz direkt: »wegen Erhalt der Arbeitsplätze«.

Auch wenn man anderen Untersuchungen eher folgen will, die zu dem Schluss kommen, dass der »Heimvorteil Ost« ausgedient hat, muss immer noch darauf verwiesen werden, dass auch bei der Produkteinschätzung nach der angeführten Studie des *IMK Erfurt* den Ostprodukten Vorteile in der Qualität bescheinigt werden, und zwar im Osten wie im Westen. Befragte im Westen nennen darüber hinaus noch Preisvorteile bei Ostprodukten.

Defizite weisen Ostprodukte vor allem bei Vermarktung und Werbung auf – nichts, was den Nutzen für den Verbraucher beeinträchtigen würde⁵.

Soweit also die Verbraucher!

Dem Willen der Verbraucher nach müsste nun entsprechend der Postulate vom Wirken des Marktes eine gewisse Ausgewogenheit herrschen (selbst dann, wenn man die Ergebnisse der angeführten Studie für »überhöht« halten sollte): Mehr Ostprodukte in den Regalen im Westen, und mehr, *sehr viel mehr* einheimische Produkte in den Regalen im Osten.

Dem ist nicht so. Hier liegt also eine zweite Erfahrung von Marktversagen vor: die Eliminierung der Verbraucher-Souveränität, die Entthronung des »Königs Kunde«. Obwohl die Kundenwünsche bekannt sind, oft auch plakativ herausgestellt werden, um dann nur punktuell bedient zu werden (»Produkte aus der Region« als Extra-Offerten!), erscheint die Mehrzahl der in Frage kommenden Produkte gar nicht erst im Regal. Der Kunde hat nicht wirklich die Wahl – bedient werden vor allem die Interessen der Produzenten West.

Die geschilderte Situation ist zum Beispiel im Baumarktbereich noch stärker ausgeprägt als im Lebensmittelhandel. Hier sind die Ausnahmen (Ostprodukte) etwa: schwere Baumaterialien, Schüttgut, Lebendpflanzen-Massenware.

Das allgemeine Prinzip ist die Bestellung auf Grundlage der »Listung«. Die Listung ist Bestandteil eines Vertrages zwischen Lieferant und Hauptquartier der Handelskette, mit welchem der Rahmen möglicher Lieferungen an die Filialen festgelegt wird. Die Listung ist eine Auflistung konkreter Erzeugnisse mit fester Preisangabe.

Positiv ist noch, wenn manche Ketten eine besondere Version für ihre »Märkte Ost« zulassen, um aber höchstens gewissen Besonderheiten Raum zu geben. Im Regelfall bevorzugen die Ketten ein bundeseinheitliches »Merchandising-Konzept«.

⁵ IMK GmbH: Einkaufsverhalten im Lebensmitteleinzelhandel / Fokus Neue Bundesländer. Erfurt 2003. Internet-Version, Zugr. 19.11.2004. S. 42ff.

Wie kommt ein Produkt nun in die Listung? Stimmen Qualität, Preis, Lieferbedingungen usw., gibt es für alle potenziellen Lieferanten immer noch erhebliche Hürden zu überwinden, wie etwa die Zahlung einer »Listungsgebühr«, »Funktionsrabatte«, geforderte »Werbekostenzuschüsse«, den Aufkauf der »Altware«, d. h. der Ware des vorigen Lieferanten aus dem Regal und anderes. Insbesondere im Durchdrücken sehr vorteilhafter Lieferkonditionen zu Lasten der Produzenten zeigt sich die Marktmacht der Handelsketten.

In seinem Lehrbuch (!) der Volkswirtschaftslehre führt *Heinz-J. Bontrup* in einem besonderen Kapitel über »Marktmacht« eine Studie über den Mittelstand an, nach der ein hoher Prozentsatz deutscher mittelständischer Industrielieferer unter »diskriminierenden, teilweise kriminellen Praktiken« ihrer Großabnehmer leidet. Ähnlich ist es nach *Bontrup* im Handelsbereich: »Hier erpressen die nachfragemächtigen Handelsgiganten von ihren meist kleinen und mittleren industriellen Anbietern Preis- und sonstige Vorteile, die in der Wettbewerbstheorie nicht vorkommen.«⁶ *Bontrup* legt eine umfangreiche Liste von üblichen Praktiken der Handelsketten vor, die ich auf Grund eigener Erfahrungen bestätigen kann, aber gleichzeitig sagen muss, dass sie längst nicht vollständig ist. Besonders bei Ostunternehmen testen die Handelsunternehmen gern, wie weit sie mit ihren Forderungen überhaupt gehen können; sie wissen, dass Ostunternehmen oft keine Alternative, keine anderen Absatzmöglichkeiten, wenig finanzielle Reserven haben, sozusagen nach jedem Strohalm greifen. Da werden nicht selten Konditionen verlangt, die erpresserisch anmuten.

Ist es schon schwer genug, »gelistet« zu werden, also mit seinen Produkten auf die Liste zu kommen, muss dann in der Regel noch extra daran gearbeitet werden, von den Filialen akzeptiert zu werden, dass endlich auch bestellt wird.

Leicht kann es passieren, und zwar ganz unabhängig von den Anstrengungen, die getätigt wurden, um auf die Liste zu gelangen, dass man mit seinen Produkten wieder »ausgelistet« wird. Die persönlichen Erfahrungen lehren, dass dies ganz unabhängig von Qualität, Service, Nachfrage usw. geschieht. Obwohl ein gutes, ein gefragtes Sortiment angeboten wurde, obwohl die Produkte in den elektronisch erstellten Verkaufsstatistiken der Filialen teilweise als »Renner« geführt wurden, kam es mehrfach zur Auslistung durch die Zentralen, und zwar auch gegen den mehrheitlichen Willen der Filialleiter.

Was bedeutet: das Angebot vor Ort wird nicht bestimmt durch die Nachfrage am P.O.S. – dem »point of sale«, sondern über das Angebot vor Ort wird entschieden am Schreibtisch West.

Brigitte Zimmermann bestätigt im ND⁷ diese Erfahrung auch für den Lebensmittelhandel. Sie beschreibt die Lage in einem Erfurter Supermarkt: da »[...] ist es nun zwar gelungen, jetzt end-

⁶ Heinz-J. Bontrup: Volkswirtschaftslehre. Lehrbuch. München 1998. S. 286.

⁷ Brigitte Zimmermann: Eine Flasche für Rogowski. In: »Neues Deutschland«. Berlin 26.10.2004.

lich Butter aus Erfurt in die Regale zu bringen. Aber die Milch kommt nach wie vor unter anderem aus Hamburg(!) und Kassel, obwohl in Thüringens Hauptstadt die Milchwerke umfangreich produzieren«. Für die Berliner »extra«-Märkte stellt sie fest, dass es da zwar Molkereiprodukte aus Brandenburg gibt, »aber auch hier sind 90 Prozent des Angebots aus dem Allgäu, aus Düsseldorf, aus Tilburg (Holland) und anderen entfernten Gegenden. Aus dem vergleichsweise nahen Erfurt ist nichts dabei.«

Dass der Lieferrahmen nicht vom Markt bestimmt wird, bestätigt auch *Zimmermann*: Im »Zwangsangebot« finden sich auch schwer verkäufliche Produkte – in Erfurt z. B. ein auswärtiger Likör »Fläminger Jagd« statt des einheimischen »Aromatique« (»Aro«), den der Thüringer trinkt. »Aro ins Regal zu stellen ist jedoch illegal und man darf sich bei den anonymen Kontrollen nicht erwischen lassen.« Auch die Brötchen von der »Total«-Tankstelle kommen nicht vom nahen Bäcker um die Ecke, sondern aus Mönchengladbach hier beschreibt *Zimmermann* zentral verordnete Distributionsbeziehungen und aufwendige, überdehnte Handelswege, die an die Stelle regionaler Wirtschaftskreisläufe treten, diese ausdörren lassen.

Klar scheint: derart aufgeblähte Strukturen und aufwändige Wege können sich nur innerhalb monopolistischer Strukturen ausformen und behaupten, was aus Sicht der Verbraucher und übrigens auch nach den Postulaten der Markttheorie bedeuten muss: Es wird keine optimale Versorgung gewährleistet – Marktversagen also, zunächst aus Sicht der Verbraucher.

Aus Sicht der Großunternehmen mag der Markt sehr gut funktionieren: Es gelang, einen Wirtschaftskreislauf zu installieren, in welchem mittels Vermarktung des Solidaritätsgedankens im Westen Steuermittel mobilisiert werden für Transferzahlungen, die im Osten Umsätze generieren, von denen ein guter Teil als Gewinne in die Kassen der Großen zurückfließt – Marktversagen aber dennoch in dem Sinne, dass aus diesen Gewinnen nicht ausreichend in Produktionskapazitäten in der Nähe der Konsumenten (Ost) investiert wird, was schon »selbsttragender Aufschwung« an sich wäre.

Schlussfolgerungen:

Alle einschlägigen Gutachten und Studien, darunter auch regierungsamtliche, offenbaren mehr oder weniger deutlich, dass der Markt die von der Politik erwarteten oder versprochenen Ergebnisse beim Aufbau Ost nicht ausreichend erbringen oder auch nur ausreichend unterstützen kann. Aus diesem Grunde ist stärkeres aktives Eingreifen der Politik erforderlich – aber eben nicht einfach durch Vertrauen in die hinlänglich bekannten, unzureichenden Marktmechanismen.

Erstens sind Überlegungen zu einer Marketing-Agentur Ost (Vorschlag v. *Dohnanyi*) wieder aufzunehmen und weiterzuführen. Diese sollte besonders für kleine und mittlere Unternehmen

agieren. Sie müsste mit weitreichenden Vollmachten, evtl. beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) angesiedelt und mit eigenen Fonds ausgestattet werden.

Zweitens sollten wieder Einkaufsinitiativen, wie früher schon geschehen, über die Verbände, laufen. Das könnte in Zusammenarbeit mit der zu schaffenden Marketingagentur Ost geschehen. (Es ist nicht hinreichend bekannt, ob frühere durchaus erfolgreiche Initiativen weitergeführt, oder wie weit z. B. eine frühere Selbstverpflichtung der Handelsketten zur verstärkten Einlistung von Ostprodukten umgesetzt wurden.)

Drittens: Wenn auch die bisher bekannten Vorstellungen für eine »Sonderwirtschaftszone Ost« abzulehnen sind, sollte das Thema nicht vorschnell zu den Akten gelegt werden. Sonderwirtschaftszonen könnten auch für andere Regionen der EU noch auf die Tagesordnung kommen. Dabei käme es entscheidend auf die Art und Weise an.

Zum Beispiel wäre zu überlegen, ob die gesetzlich vorgeschriebenen bundes- und EU-offenen Ausschreibungsverfahren für öffentliche Investitionen nicht zeitweise regional begrenzt werden können (das erfordert natürlich Berücksichtigung im EU-Recht).

Viertens sollten darüber hinaus alle Anstrengungen zur Etablierung regionaler Wirtschaftskreisläufe unterstützt werden.

Fünftens sollte, analog zu der geforderten Konzentration von Forschung und Entwicklung, die Ost-Verlagerung von Headquarter-Funktionen auch im Handel unterstützt werden, evtl. mit geeigneten steuerlichen oder anderen Anreizen.

Insgesamt ist am Staatsziel der Angleichung der Lebensverhältnisse festzuhalten – auch wenn das Grundgesetz gegen diverse Angriffe von allerhöchster Stelle verteidigt werden muss. Bestrebungen von Politikern, das föderale System der Bundesrepublik stärker dem Wettbewerbsgedanken zu unterwerfen, ist eine Absage zu erteilen.

Dr. oec. Horst Hesse
Franz-Mehring-Str. 40
04157 Leipzig
<HorstHesse@gmx.net>

Perspektiven der Bauwirtschaft in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Bauwirtschaft erbringt in Deutschland zwar weniger als fünf Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung, spielt aber dennoch im volkswirtschaftlichen Kreislauf eine gewichtige Rolle¹: Die Bauinvestitionen betragen insgesamt mehr als die Hälfte der Bruttoinvestitionen und verkörpern knapp 10 Prozent des verwendeten Bruttoinlandsprodukts; zudem entstammen ca. 55 Prozent des Produktionswertes des Baugewerbes vorgelagerten Wirtschaftsbereichen.

Im Rückblick auf den vergangenen Zeitraum hat in Ostdeutschland ein auffälliger Wandel in der Bewertung der Bauwirtschaft stattgefunden. Wurde sie in der ersten Hälfte der 90er Jahre als »Lokomotive des Aufschwungs« gefeiert, lautet der Grundtenor seitdem »Krise der Bauwirtschaft« und wird der damalige Bauboom überwiegend negativ beurteilt.

Die Faktoren des vergangenen Baubooms sollen hier nicht im Einzelnen untersucht werden. Es sei nur vor einer undifferenzierten Einschätzung gewarnt. Die DDR-Bautätigkeit hatte unter einem ständigen Mangel an Arbeitskräften und an anderen Ressourcen gelitten; der Zustand der Städte zeugte davon. So war der Bauboom zunächst an sich völlig verständlich, leider lief er aber vorwiegend weiter in eine extensive Richtung: So ist quantitativ seit 1991 an Wohnungen soviel neu gebaut worden, wie in etwa heute leer steht. Dabei sind 30-40 Prozent der älteren Wohngebäude, vor allem in den Innenstädten, nicht nur noch nicht saniert, sondern vom weiteren Verfall bedroht. Und um nur noch ein weiteres Gebiet zu benennen: Der bauliche Zustand eines erheblichen Teils des vorhandenen Straßennetzes ist nach wie vor unbefriedigend.

Zur Baukrise

Von 1991 bis 1995 stieg die Bauproduktion in Ostdeutschland schneller als das Bruttoinlandsprodukt in diesem Gebiet, aber auch schneller als die Bauproduktion in Westdeutschland. Aber ab 1996 bzw. 1997 kehrten sich die Relationen um: Seitdem bleibt die Entwicklung der Bauproduktion nicht nur hinter der des Bruttoinlandsprodukts zurück, sondern das Bauvolumen verringert sich sogar, und zwar in Ostdeutschland in den meisten Jahren stärker als in Westdeutschland – siehe die Tabelle 1.

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistische Wochenberichte. Stand 5.11.2004 (Beilage zu »Wirtschaft und Statistik«).

Tabelle 1: Reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und des Bauvolumens (Bau) gegenüber dem Vorjahr in Prozent, auf Preisbasis 1995

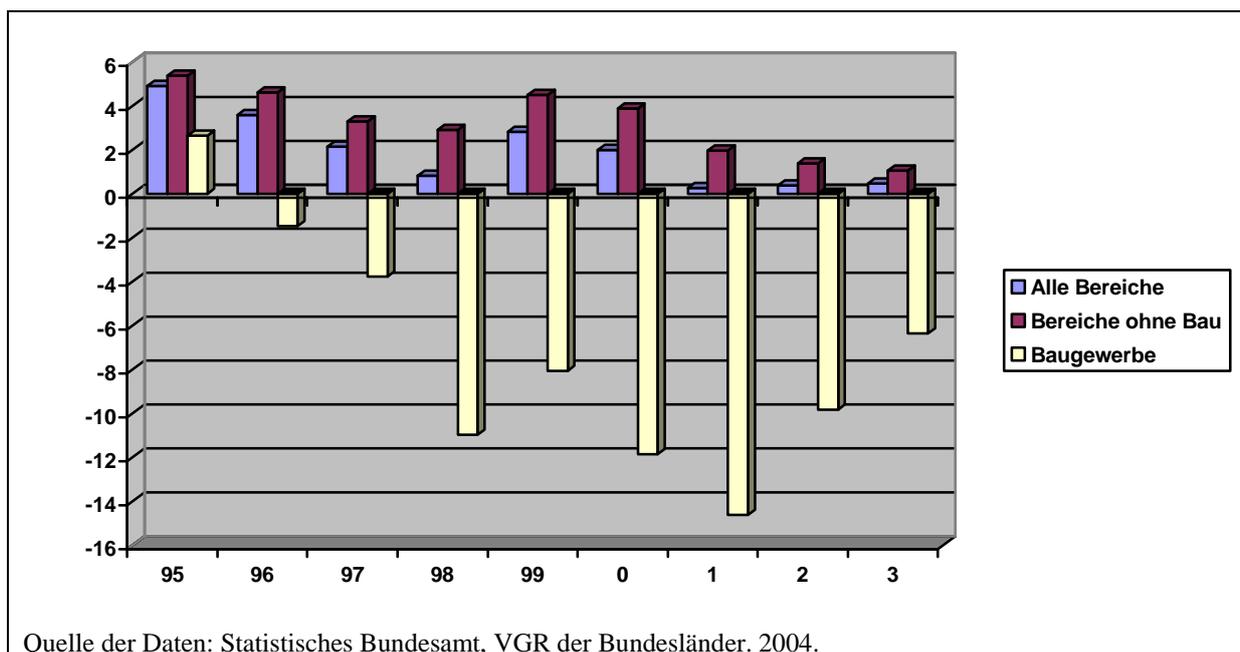
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Ostdeutschland									
BIP	4,5	3,2	1,6	0,4	2,6	1,4	-0,2	0,1	0,2
Bau	6,3	-2,7	-2,2	-5,0	-0,8	-8,6	-11,1	-7,6	-3,4
Westdeutschland									
BIP	1,4	0,6	1,5	2,3	2,1	3,1	1,1	0,2	-0,1
Bau	-1,7	-4,6	-2,1	1,0	0,9	-0,6	-3,4	-5,4	-4,0

Quellen:

BIP: Statistisches Bundesamt, Online-Tabelle, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Bundesländer, Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (nominal/real). 2004. Ohne Berlin.

Bau: Berechnungen des DIW Berlin. Bis 2000 nach Baustatistisches Jahrbuch 2003, S. 93. Ab 2001 nach DIW-Wochenbericht 41/2004, S. 596. Nach Sitz des Betriebes.

Dieser Sachverhalt lässt es sinnvoll erscheinen, die Entwicklung der Bruttowertschöpfung nach Bereichen in zwei Varianten darzustellen: zum einen alle Bereiche und zum anderen die Bereiche ohne das Baugewerbe² – siehe Abbildung 1.



Quelle der Daten: Statistisches Bundesamt, VGR der Bundesländer. 2004.

Abbildung 1: Reale Entwicklung der Bruttowertschöpfung mit und ohne Baugewerbe in den östlichen Bundesländern (ohne Berlin), gegenüber dem Vorjahr in Prozent, auf Preisbasis 1995

² In anderen Veröffentlichungen wurde die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in zwei Varianten dargestellt: eine einschließlich Bauinvestitionen und eine zweite ohne Bauinvestitionen. Das erste Mal gelangte diese Darstellung m. W. im August d. J. aus einer KfW-Studie (KfW-Research Nr. 14, 08/2004, S. 2.) an die Öffentlichkeit (zu Pressereaktionen siehe u. a. Leipziger Volkszeitung v. 30.08.04, S. 5, und Neues Deutschland v. 2.09.04, S. 8), und die entsprechende Darstellung wurde auch in den Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit vom September 2004 übernommen (Jahresbericht der Bundesregierung 2004, S. 13). Diese Darstellungsweise ist insoweit inkonsistent, als vom BIP eine Verwendungsposition abgezogen wird, obwohl es um den Anteil der Bereiche an seiner Entstehung gehen soll.

Der Entwicklung der Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung ohne das Baugewerbe fällt für Ostdeutschland offensichtlich wesentlich günstiger als mit dem Baugewerbe aus; die ostdeutsche Bruttowertschöpfung ohne das Baugewerbe ist auch in den letzten Jahren schneller als im Westen Deutschlands gewachsen.

Der Rückgang der Bauproduktion ist ein wesentlicher Faktor der ostdeutschen Beschäftigungskrise. 1996/1997 waren im ostdeutschen Baugewerbe rund 1,2 Millionen Erwerbstätige beschäftigt; diese Zahl verringerte sich bis 2002/2003 auf rund 0,8 Millionen, d. h. um 400 000, also um ein Drittel des damaligen Standes. Der Rückgang in Westdeutschland betrug dagegen im gleichen Zeitraum »nur« ca. 200 000 Bau-Erwerbstätige (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Erwerbstätige im Baugewerbe (in 1000, Stand jeweils Ende April)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
D-Ost*	1 176	1 176	1 119	1 037	1 009	967	837	763	***668
D-West**	2 202	2293	2 152	2 146	2 137	2 151	2 066	1 987	
Deutschland	3 378	3 469	3 271	3 183	3 146	3 118	2 903	2 750	

* Mit Berlin-Ost ** Mit Berlin-West

*** Mit Berlin (nach Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2004).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Bis 1998: Nach Baustatistisches Jahrbuch 2000, S. 70. Ab 1999: Nach Baustatistisches Jahrbuch 2003, S. 70.

Allerdings liegt die Zahl der Bau-Erwerbstätigen in Ostdeutschland mit 668 000 = 9 Prozent der Gesamt-Erwerbstätigen trotz des immensen Rückgangs immer noch höher als zu Zeiten der DDR (1989: 560 000 = 6,6 Prozent).

Perspektiven

Die Frage ist nun: gelangt der Rückgang der Bauproduktion und der Zahl der Bau-Erwerbstätigen irgendwann zum Stillstand und stabilisiert sich damit die Bautätigkeit?

Das ist eine Frage, die verständlicherweise sehr bald nach dem Beginn der Baukrise die Analytiker und Prognostiker beschäftigte. So prognostizierten das ifo Institut für Wirtschaftsforschung München und seine Außenstelle Dresden schon 1998, dass sich der Rückgang der ostdeutschen Bauproduktion bis 2008 fortsetzen würde³. Auch das iwH Institut für Wirtschaftsforschung Halle versah – ebenfalls im gleichen Jahr 1998 – eine Studie mit der Überschrift »Ostdeutscher Bausektor im freien Fall?«⁴ – Erst seit 2001 bzw. 2002 hat sich der

³ Siehe Erich Gluch: Anhaltender Rückgang der ostdeutschen Baunachfrage bis zum Jahre 2008. In: ifo Dresden berichtet 6/1998. S. 17-28.

⁴ Brigitte Loose / Udo Ludwig: Ostdeutscher Bausektor im freien Fall? In: iwH Halle. Aktuelle Trends 6/1998. S. 4-11.

Rückgang abgeflacht, wie der Blick auf die Tabelle und Abbildung 1 zeigt. Offensichtlich handelt es sich um einen weitreichenden Strukturwandel.

Um zu einer begründeten Einschätzung möglicher Entwicklungen zu gelangen, ist es notwendig, zunächst die wesentlichen Teilbereiche des Bauens zu betrachten. Dabei geht weniger um eigene Prognosen, die kaum mehr als Spekulationen wären, sondern viel mehr darum, Handlungsalternativen und Interventionsmöglichkeiten herauszuarbeiten.

Wohnungsbau

Der *Wohnungsbau* ist der größte Baubereich. Wird sich in ihm der Trend der vergangenen Jahre fortsetzen? Bekanntlich hat der Wohnungsneubau im Osten seit 1997, dem Jahr mit dem Wohnungsbaurekord von 178 000 Wohnungen eine rasante Talfahrt zurückgelegt, insgesamt auf etwa ein Viertel des damaligen Umfangs. Dabei hat sich die Zahl der in Ein- und Zweifamilienhäusern neu gebauten Wohnungen etwa halbiert – auf knapp 30 000 –, während sie in Mehrfamilienhäusern auf ein Zehntel – auf unter 10 000 – abgesunken ist⁵ (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Fertiggestellte Wohnungen in Ostdeutschland (in 1000) – mit Berlin-Ost

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	p2003
Wohnungen insgesamt	177,8	128,4	102,9	86,3	58,3	49,0	46,8
Dar. in Wohngebäuden mit:							
- ein u. zwei Wohnungen	54,9	53,3	52,1	46,8	34,7	31,6	29,5
- drei u. mehr Wohnungen	99,2	53,0	28,1	21,0	12,6	8,7	9,0

Quellen:

Bis 2002: Statistisches Bundesamt, Online-Tabelle Baufertigstellungen. 2004. p2003: DIW-Wochenbericht.

Ob dieses niedrige Niveau auf längere Sicht weiter abgesenkt wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab, darunter vor allem von der Entwicklung der Zahl der Haushalte und ihrer Struktur, von den Einkommensverhältnissen und von der finanziellen Förderung, denn spezifischer Bedarf ist trotz des Leerstandes von über 1 Mill. Wohnungen immer noch vorhanden. Dabei sind auch die regionalen Differenzierungen zu beachten, so dass Nachfrageüberhängen im jeweiligen Gebiet nicht immer auch Leerstände gegenüberstehen. Die am solidesten begründete und regionalisierte Prognose des Wohnungsbedarfs bis 2015 stammt vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung⁶.

Aus ihr und weiteren Quellen ergibt sich:

⁵ Das ifo München/Dresden 1998 hatte für Ostdeutschland 2002 noch 121 500 neu gebaute Wohnungen prognostiziert (a. a. O., S. 19), also das Doppelte des dann tatsächlich gebauten.

⁶ Matthias Waltersbacher et al.: Wohnungsprognose 2015. Hg. von Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Bonn in Kooperation mit dem Institut für Ökologische Raumentwicklung Dresden. Bonn 2001.

- Die für die Wohnungsnachfrage wichtige *Zahl der Haushalte* nimmt trotz Verringerung der durchschnittlichen Zahl der Personen je Haushalt schon bis 2010 ab⁷. Nach einer zeitweiligen Verlangsamung – wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 70er Jahre in das haushaltsbildende Alter eintreten – wird sich dieser Prozess infolge des Geburteneinbruchs seit 1990 verstärkt fortsetzen⁸. Mögliche Zuwanderungen können vernachlässigt werden; in dieser Hinsicht ist Ostdeutschland im Wesentlichen ein Durchgangsraum.
- Auf die nachgefragte Wohnungsgröße bzw. Wohnfläche wirken sich insbesondere die *Einkommensverhältnisse* aus. Stagniert das Realeinkommen bzw. wird es – wie gegenwärtig für erhebliche Bevölkerungsgruppen praktiziert – abgesenkt, dann wird der Wunsch nach mehr Wohnfläche abgebremst. In dem gegenüber Westdeutschland niedrigerem Haushaltseinkommen liegt auch eine wesentliche Ursache dafür, dass die in Ostdeutschland durchschnittlich in Anspruch genommene Wohnfläche trotz des großen Leerstands noch deutlich geringer ist.
- In welchem Umfange der vielfache Wunsch nach dem Wohnen in *Ein- und Zweifamilienhäusern* realisiert wird, hängt in hohem Maße davon ab, ob die Haushalte die dazu erforderlichen Arbeitseinkommen verdienen und wie die Eigenheimzulage gestaltet wird.

Vorausberechnungen schätzen die potentielle Nachfrage nach Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern mit jährlich bis zu 100 000 ein, dem aus dem Bestand nur ein Angebot von etwa 18 000 freiwerdenden Objekten gegenübersteht⁹. Real dürfte ein jährlicher Neubaubedarf von weiterhin bis zu 30 000 Objekten sein.

Wird die Eigenheimzulage völlig abgeschafft, wie von der Bundesregierung geplant, wird sich die Nachfrage weiter verringern. Würde die Eigenheimzulage dagegen auf Bau und Erwerb von Wohneigentum in den Städten umorientiert, würde nicht nur eine entsprechende Bauproduktion nachgefragt, sondern auch der notwendige Stadtumbau unterstützt werden.

- Der Bedarf an *Mietwohnungen* in mehrgeschossigen Wohngebäuden könnte rechnerisch vollständig aus den vorhandenen Leerständen gedeckt werden. Aber abgesehen von Ersatzbauten an einzelnen Standorten gibt es wachsende Anforderungen an altersgerechte Wohnungen, die sich nicht vollständig in vorhandenen Gebäuden be-

⁷ Ebenda. S. 26.

⁸ Vgl. Peter Möller / Matthias Günther (Eduard Pestel Institut Hannover): Die Entwicklung des deutschen Wohnungsmarktes bis zum Jahre 2010. Vom Anbieter- zum Käufermarkt. Nachfragestabilisierung in Sicht. Hg.: DSL Bank. Bonn. Mai 2001. S. 21.

⁹ Siehe ebenda S. 50f.

friedigen lassen. Das betrifft sowohl das betreute Wohnen in herkömmlichen Wohnungen als auch Seniorenwohngebäude. Außerdem errichten auch Bauträger für Eigentumswohnungen mehrgeschossige Wohngebäude. So könnte weiter mit einem jährlichen Neubau von 8-10 000 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern gerechnet werden.

Von diesen Faktoren abgeleitet werden zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs und des Ersatzbedarfs für Abgänge voraussichtlich jährlich 40-50 000 neue Wohnungen benötigt¹⁰, also in der Tendenz eher weniger als mehr gegenüber den letzten Jahren.

Stabilisierend auf die Baunachfrage wirken steigende Ansprüche an die Wohnqualität. Im Rahmen dieser Entwicklung ist mit einer weiteren Verlagerung vom Neubau zu Umbau und Modernisierung zu rechnen. Aber auch hier drohen Rückschläge:

Die Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen wurde in Ostdeutschland seit 1999 bis jetzt durch das Investitionszulagengesetz gefördert – mit erhöhten Fördersätzen in städtebaulichen Sanierungs-, Erhaltungs- und Kerngebieten¹¹. Diese Förderung ist aber z. Z. bis Ende 2004 befristet. Eine Entscheidung über die Verlängerung dieser Modernisierungszulage wurde bisher seitens des BMVBW und BMF noch nicht getroffen¹², wäre aber zumindest für städtische Erhaltungs-, Sanierungs- und Kerngebiete dringend erforderlich. – Darüber hinaus steht für die Modernisierung des Wohnungsbestandes (einschließlich CO₂-Minderung) ein vielfältiges Angebot von relativ zinsgünstigen Krediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bereit.¹³

Wirtschaftsbau

Der *Wirtschaftsbau* hat im Umfang nach dem Wohnungsbau den nächsten Platz. In welchem Umfang gewinnorientierte private Unternehmen Bauinvestitionen tätigen, hängt letztlich von der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland insgesamt und vor allem von der Attraktivität des jeweiligen Standorts ab. Die mögliche Investitionsförderung unterscheidet den Bauanteil nicht gesondert. Aufgrund des technischen und sektoralen Wandels ist per Saldo davon auszugehen, dass Gebäude und bauliche Anlagen weiter im bisherigen Anteil bei neuen Produktionsstätten errichtet werden: Einerseits geht der Bauanteil am An-

¹⁰ Siehe u. a. Adrian Ottmad / Peter Hefe: Die Zukunft der Bauwirtschaft in Deutschland. München 2002. S. 198.

¹¹ Siehe dazu IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik: Inanspruchnahme und Wirkungen der Investitionszulage für den Mietwohnungsbereich. Berlin Juni 2004.

¹² Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung 2004. S. 83.

¹³ Ebenda S. 83f.

lagevermögen im produzierenden Gewerbe mit dem technischen Fortschritt zurück, aber andererseits wächst das Gewicht bauintensiver Zweige – wie im Dienstleistungsgewerbe¹⁴.

Der Baubedarf an neuen Büroimmobilien ist dagegen angesichts des großen Leerstands in den nächsten Jahren sehr gering. Ähnlich ist die Situation bei Einzelhandelsflächen, bei denen ein großes Überangebot existiert. In diesen beiden Teilbereichen dürfte die Nachfrage nach Neubauten deshalb zurückgehen¹⁵. So wird sich die Nachfrage im Wirtschaftsbau insgesamt eher auf weiter auf leicht sinkendem als auf gleich bleibendem Niveau bewegen, wenn es nicht zu einem größeren Aufschwung im produzierenden Gewerbe kommt.–

Die Förderung gewerblicher Investitionen erfolgte ebenfalls nach dem Investitionszulagengesetz 1999 und war zunächst gleichfalls bis Ende 2004 befristet. Diese Regelung wurde nicht zuletzt wegen der erforderlichen EU-Abstimmungen bereits frühzeitig bis 2006 verlängert.¹⁶

Öffentliche Bauinvestitionen

Bei den *öffentlichen Bauinvestitionen* ist die weitere Entwicklung ebenfalls sehr differenziert zu sehen, obwohl gerade die Investitionen in die Infrastruktur eine Schlüsselrolle spielen. Der Verkehrsbau gehört dabei mit seinem hohen Ersatzbedarf zu den relativ stabilen Positionen. Außerdem erfordern die Beseitigung vorhandener Kapazitätsengpässe und Modernisierungsrückstände sowie die Deckung künftiger Bedürfnisse weiterhin hohe Investitionen auch in andere Bereiche der Infrastruktur. Aber deren Finanzierung stößt zunehmend an schier unüberwindbare Grenzen, besonders bei den Kommunen. So kürzt z. B. die Stadt Leipzig die Mittel im Vermögenshaushalt von 156 Mio. Euro im laufenden Jahr auf 96,5 Mio. Euro im Jahre 2005¹⁷.

Da reicht auch das KfW-Infrastrukturprogramm »Sonderfonds Wachstumsimpulse« (erwartetes Darlehensvolumen 6,5 Mrd. Euro), das seit März 2003 die Kommunen bei der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen verschiedenster Bereiche unterstützt – von der allgemeinen Verwaltung über soziale Aufgaben bis zum Verkehr –,¹⁸ nicht aus, zumal wenn die erforderlichen Eigenmittelanteile nicht bereit gestellt werden können.

Verschlechtert sich die Situation der öffentlichen Haushalte weiter, werden sie den Infrastruktur-Investitionsbedarf immer weniger decken können. Investitionslücken sind nach neoliberaler Diktion zu vermeiden, wenn bei der Bereitstellung und Unterhaltung der Infra-

¹⁴ Vgl. Ottnad/Hefe (2002), S. 147.

¹⁵ Vgl. Ernst & Young: Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die sächsische Immobilienwirtschaft. Im Auftrage der TLG Immobilien Niederlassung Süd. Berlin Mai 2004. S. 38.

¹⁶ Jahresbericht der Bundesregierung 2004. S. 83.

¹⁷ Lt. Leipziger Amts-Blatt v. 30.10.2004. S. 3.

¹⁸ Jahresbericht der Bundesregierung 2004. S. 85.

struktur verstärkt private Investoren einspringen können – ich zitiere das unternehmernahe IWG Bonn¹⁹: »Hierfür müssen die notwendigen ordnungspolitischen Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehört die Umstellung der Infrastrukturfinanzierung auf leistungsbezogene Nutzungsentgelte, eine umfassende Öffnung für private Betreiber, denen unternehmerische Risiken und Chancen ausgewogen überlassen werden, aber auch ein Verzicht des Staates auf einen Teil der Einnahmen, die er von Infrastrukturnutzern, insbesondere Verkehrsteilnehmern bislang zwangsweise erhebt und für andere Zwecke verausgibt. Ein enger Verbund zwischen Nutzung und Zahlung ist Grundbedingung einer erfolgreichen privaten Infrastrukturfinanzierung.« Das aktuelle Schlagwort lautet in diesem Zusammenhang »Public-Private-Partnership« (PPP). Die bisherigen Erfahrungen – z. B. beim Warnowtunnel in Rostock – stimmen allerdings nicht gerade optimistisch.

Unterbleiben aber ausreichende produktionsnahe Infrastrukturinvestitionen, dann verschlechtern sich die gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven und mit ihnen wiederum auch die Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Die Bauwirtschaft müsste sich dann auf einen weiteren Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen einstellen.

In diesem Zusammenhang kommt der allgemeinen *Städtebauförderung* und dem Sonderprogramm *Stadtumbau Ost* eine erhebliche Bedeutung zu. Fast die Hälfte aller Städtebaufördermittel des Bundes, die seit 1971 insgesamt ausgegeben wurden, ist in dem vergleichsweise kurzen Zeitraum seit der staatlichen Vereinigung in die östlichen Bundesländer geflossen, um die Überwindung der Substanz- und Funktionsschwäche der Städte zu unterstützen²⁰. Von diesen Mitteln geht eine erhebliche Multiplikatorwirkung aus, indem sowohl öffentliche Mittel gebündelt als auch private Investitionen angestoßen werden. So stellt das DIW Berlin fest: »Das Bauvolumen, das durch diese privaten und öffentlichen Investitionen ausgelöst wird, beträgt [...] deutlich mehr als das Achtfache der in den Sanierungsgebieten investierten Städtebauförderungsmittel.«²¹

Mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten sollen sich die Programme der Städtebauförderung ergänzen und eine integrierte Stadtentwicklung ermöglichen. Mit dem Programm *Stadtumbau Ost* wurden bisher 256 Städte unterstützt. Von diesen Städten wurden 37 Städte auch im Programm *Soziale Stadt*, 150 Städte im Programm *Städtebauliche Sanierungs- und*

¹⁹ Vgl. Ottnad/Hefeke (2002). S. 20f.

²⁰ Lorenz Blume et al.: Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung. DIW Berlin Politikberatung kompakt. 2. Sept. 2004. S. 19.

²¹ Ebenda S. 22.

Entwicklungsmaßnahmen sowie 69 Städte im Programm Städtebaulicher Denkmalschutz gefördert.²²

Für das Programm Stadtumbau Ost »stellt die Bundesregierung in acht Jahren Fördermittel in Höhe von rund insgesamt 1,0 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Fördermittel des Bundes werden von Ländern und Gemeinden kofinanziert, so dass für Stadtumbaumaßnahmen insgesamt bis zu 2,5 Mrd. Euro bereitstehen.«²³

Aber derzeitig fordern die westlichen Bundesländer für den Stadtumbau West einen höheren Anteil an den Bundesfinanzhilfen zur Städtebauförderung. Das wird dazu führen, dass bis zum Jahr 2007 Mittel von der Städtebauförderung Ost zur Städtebauförderung West umgeschichtet werden.²⁴

Im laufenden Jahr (2004) stehen für die Städtebauförderung in den neuen Ländern Bundesfinanzhilfen (Verpflichtungsrahmen) in Höhe von insgesamt 348 Mio. Euro zur Verfügung. Das sind allerdings schon 9,4 Prozent weniger Mittel als im Vorjahr.²⁵

Ein gravierendes Problem besteht aber auch darin, dass der Einsatz der Mittel vor allem für den Rückbau und weniger für die Aufwertung städtischer Gebiete erfolgt (Tabelle 4). Bei weiteren Kürzungen der Gesamtmittel verschärft sich dieses Problem.

Tabelle 4: Rückbau und Aufwertung in Städten nach Maßnahmen im Jahr 2003 in %

Städte im Programm	Rückbau	Aufwertung
Stadtumbau Ost	63	37
Stadtumbau Ost / Städtebaulicher Denkmalschutz	59	41

Quelle: Jahresbericht der Bundesregierung 2004. S. 79.

Insgesamt wurde mit Mitteln aus diesem Programm bis Ende 2004 der Abriss von etwa 100 000 Wohnungen gefördert. Diese einseitige Schwerpunktbildung wird auch dadurch begünstigt, dass der geforderte Eigenmittelanteil bei Abrissförderung geringer ist als bei Aufwertungsmaßnahmen. Hiermit ist gleich das nächste Problem verbunden: Den Gemeinden fehlen häufig Mittel zur Kofinanzierung; deshalb können z. T. Fördermittel nicht abgerufen werden²⁶.

Um dem sinkenden Einsatz von Finanzmitteln und damit zurück gehender Bautätigkeit zur Stadtentwicklung entgegen zu wirken, besteht somit vor allem Handlungsbedarf in zwei

²² Siehe Jahresbericht der Bundesregierung 2004. S. 78.

²³ Ebenda S. 77.

²⁴ Vgl. ebenda S. 81.

²⁵ Ebenda S. 76.

²⁶ Siehe z. B. aktuell in Leipzig, speziell in der Großsiedlung Grünau.

Richtungen: zum einen auch aus dieser Sicht in der Stärkung der kommunalen Haushalte und zum anderen im Verzicht auf die Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung Ost.

Fazit

Die *Bauproduktion* wird aus derzeitiger Sicht weiter zurückgehen, da nach wie vor die privaten und öffentlichen finanziellen Restriktionen in der Tendenz bestimmend sind. So stellt das DIW Berlin – für seine realistischen Einschätzungen bekannt – in einem aktuellen Wochenbericht lakonisch fest: »Bauproduktion: Talfahrt nur zeitweise gebremst«²⁷ und prognostiziert, dass sich das Bauvolumen im Jahre 2005 in Ostdeutschland nochmals um rund 8 Prozent verringert; das bedeutet gegenüber dem Niveau von 2001 einen Rückgang auf 84 Prozent (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Entwicklung des Bauvolumens nach Baubereichen – Östliche Bundesländer
Nach Lage der Baustellen, in Mrd. Euro zu Preisen von 2000

	Wohnungsbau	Wirtschaftsbau	Öffentlicher Bau	Ingesamt	2001 = 100
2001	21,0	16,7	11,1	48,7	100
2002	19,0	15,5	10,5	45,0	92,4
2003	18,1	15,2	10,2	43,5	89,3
2004	18,1	14,9	9,9	42,9	88,1
2005	17,3	14,5	9,5	41,3	84,4

Quelle: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2004. S. 596.

Da sich Bauvolumen und Bruttowertschöpfung gleichgerichtet nach unten entwickeln, durchbrechen gegenwärtig jetzt beide gewissermaßen eine untere Auffanglinie. Als solche sehe ich das Bauvolumen bzw. die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes je Einwohner in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland. Die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes je Einwohner lag in Ostdeutschland schon 2002 nur bei 107,6 Prozent des westdeutschen Niveaus²⁸. *Mit den seitdem erfolgten bzw. in Gang befindlichen Rückgängen der Bauproduktion wird schon jetzt das westdeutsche Pro-Kopf-Niveau unterschritten – was in Bezug auf die Ausrüstungsinvestitionen schon länger Fakt ist.*

Damit wird auch offensichtlich, dass die Argumentation falsch ist, der Anteil der Bruttowertschöpfung des Baugewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung Ostdeutschlands von derzeit (2003) 6,4 Prozent müsste durch absoluten Rückgang des Bauvolumens weiter sinken und sich dadurch in absehbarer Zeit dem gesamtdeutschen

²⁷ DIW Berlin: Wochenbericht 41/2004. S. 591.

²⁸ Vgl. Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Hg.: IWH Halle. Sonderheft 7/2003. S. 26.

Durchschnitt von derzeit 4,25 Prozent annähern²⁹. Umgekehrt gilt: Durch die notwendige schnellere Steigerung der Bruttowertschöpfung in anderen Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands würde sich bei gleich bleibendem Niveau der Bruttowertschöpfung des Baugewerbes auch deren Anteil verringern! – Alles in allem lockert sich in diesem Prozess die bisherige starke Bauabhängigkeit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Die Beschäftigung *im Baugewerbe* entwickelt sich möglicherweise noch stärker nach unten. Trotz Stabilisierung der Bauproduktion könnte die Unterbeschäftigung inländischer Erwerbstätiger steigen.

Zum einen überlegen Arbeitsverwaltung und öffentliche Auftraggeber, im Rahmen von »Hartz IV« ggf. Arbeitslosengeldempfänger für Baumaßnahmen einzusetzen. Ein entsprechendes Straßenbau-Pilotprojekt ist im Oktober 2004 in Gera gestartet worden.³⁰ Wie schon die Erfahrungen mit »ABM« und den »Mini-Jobs« zeigen, verdrängen solche Maßnahmen häufig reguläre Beschäftigungsverhältnisse.

Zum anderen wollen nach der Ost-Erweiterung der Europäischen Union ausländische Konkurrenten mittel- und längerfristig mehr als bisher in den Inlandsmarkt eindringen. Entsprechend dürften der Einsatz ausländischer Bauarbeiter für einfache Arbeiten und der Import an Bauleistungen steigen. Eine vergleichbare Zunahme der Exporte aus Ostdeutschland ist dagegen mit Blick auf die komparativen Nachteile der hiesigen Bauunternehmen unwahrscheinlich.

Beide Prozesse benachteiligen die inländischen Bau-Erwerbstätigen und hemmen den Abbau der Arbeitslosigkeit. Allerdings wird aufgrund der demographischen Veränderungen infolge der geburtenschwachen Jahrgänge seit 1990 mittelfristig die verfügbare Zahl der für viele Bauberufe typischen junge Männern weniger werden; dadurch könnte auch das Fehl an Ausbildungsplätzen verschwinden und unter Umständen partiell Nachwuchsmangel entstehen.

Schlussfolgerungen

Im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung, der Wohnbarkeit der Städte und der Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit müsste der Rückgang der Bauproduktion gestoppt und damit die Bautätigkeit bis spätestens zum Jahre 2010 stabilisiert werden. Dabei kommt es zu erheblichen Veränderungen in der Baustruktur. Die Nachfrage- und Produktionsanteile verlagern sich vom Wohnungs- zum Nichtwohnungsbau und von Erweiterungsinvestitionen zu Ersatz- und Erhaltungsmaßnahmen. Damit verbunden sinkt der Anteil traditioneller Bauleistungen am Bauvolumen. Auch regional verläuft die Entwicklung sehr differenziert.

²⁹ So jedenfalls lese ich die Ausführungen von Otnad/Hefeke (2002), S. 55f.

³⁰ Laut BMVBW-Pressemitteilung Nr. 409/04 v. 12. Okt. 2004.

Zur Stabilisierung der Bauproduktion sind staatliche Interventionen unerlässlich; »mehr Markt« würde die Baukrise vertiefen. Neben den allgemeinen Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung und zur Sanierung der Staatsfinanzen sind auf dem Gebiet der Bau- und Wohnungspolitik weiter spezielle Förderungen erforderlich, wie zum Teil schon ausgeführt. Das betrifft insbesondere die bauliche Entwicklung der Städte:

- (1) Die Eigenheimzulage sollte nicht abgeschafft, sondern nur innerhalb bebauter Ortsteile bei gleicher Förderhöhe für Neubau oder Erwerb aus dem Bestand gewährt werden. Das würde zugleich der weiteren Zersiedlung der Landschaft entgegenwirken.
- (2) Die Investitionszulagen für Modernisierungen und Sanierungen im innerstädtischen Mietwohnungsbereich sollten unbedingt weiter gewährt werden. Das ist wesentlich für den Stadtumbau und für die Aufrechterhaltung der Bautätigkeit.
- (3) Wohngeld sowie Zahlungen für Unterkunft und Heizung für Empfänger von ALG II bzw. Sozialhilfe sind so zu gestalten und der Entwicklung der Lebenshaltungskosten anzupassen, dass sie ein menschenwürdiges Wohnen ermöglichen. Die damit verbundenen Impulse regen auch das Interesse der Eigentümer und Vermieter an, Baumaßnahmen zu finanzieren.
- (4) Die Mittel der Städtebauförderung dürften nicht gekürzt, sondern müssten für Ostdeutschland in voller Höhe weiter bereitgestellt werden. Dabei ist der Schwerpunkt sukzessive vom bloßen Abriss zunehmend auf die Aufwertung zu verlagern. Entsprechend sind die Förderbedingungen, insbesondere auch hinsichtlich der Eigenanteile der Kommunen umzugestalten.

Eingebettet in die allgemeine wirtschaftliche Förderung könnte mit diesen speziellen Maßnahmen die Bautätigkeit auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert werden. Damit würde das Baugewerbe zwar nicht wieder zum Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden, aber diese auch nicht mehr so stark negativ prägen.

Prof. Dr. Joachim Tesch
Möckernsche Str. 3
04155 Leipzig
<JTesch@t-online.de>

Zu den finanziellen Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung in den ostdeutschen Ländern

Stand der öffentlichen Länderverschuldung Ost

Die Dramatik der ostdeutschen Entwicklung seit der Vereinigung spiegelt sich zweifellos in der inzwischen eingetretenen Belastung durch öffentliche Haushaltsverschuldung der *regionalen* Gebietskörperschaften. Die Länderverschuldung beträgt in Ostdeutschland zu Ende 2003 *je Kopf* 6.274 Euro. Diese ländereigene Verschuldung erhöht jene, die aus dem zentralen Bundeshaushalt selbst *je Einwohner* zu tragen ist – 9.345 Euro zu Ende 2003.¹

Für die ostdeutsche Region ergibt dies eine in deutschen Flächenländern (ohne Stadtstaaten) überdurchschnittliche Schuldenbürde je Kopf von 15.619 Euro mit einer jährlichen Zinslast von ca. 547 Euro (bei 3,5 % Zinssatz). Zum Vergleich: Die deutschen öffentlichen *Gesamt schulden* aller Gebietskörperschaften betragen 2003 je Einwohner 16.000 Euro, je Erwerbstätigen 35.000 Euro.²

Gesamtlage Ost

Der Finanzierungssaldo betrug in den Ländern Ostdeutschlands (einschl. Gemeinden) im Jahre 2001 -3,5 Mrd. Euro, im Jahre 2002 -6,6 Mrd. Euro und im Jahre 2003 -5,9 Mrd. Euro. Seit Beginn der wirtschaftlichen Stagnationsphase und der jüngsten Steuerreformen wuchsen die Defizite der öffentlichen Haushalte also insgesamt um -16,0 Mrd. Euro an. *Je Einwohner* ist dies ein Defizitzuwachs von 1.170 Euro im dreijährigen Vergleichszeitraum.³

Die Quote eigener Steuereinnahmen an den Ausgaben erreichte 2003 in den neuen Bundesländern nur 43 Prozent⁴ und lag damit noch 5 Prozent-Punkte unter der von den Stadtstaaten. Diese Finanzierungssalden traten ein, obgleich die laufenden Zuweisungen an die Ostländer vom Bund und aus dem Länderfinanzausgleich insgesamt für die Jahre 2001 14,3 Mrd. Euro, für 2002 16,1 Mrd. Euro und für 2003 16,0 Mrd. Euro betragen.⁵

¹ Selbst errechnet nach Angaben der Deutschen Bundesbank.

² Nach Angaben des BMF, Stand 2. März 2004, im Internet.

³ DIW Berlin: Wochenbericht 26/2004. S. 374f., Tabellen.

⁴ BMF: Monatsbericht 5/2004. S. 65.

⁵ Siehe unter Fußnote 1.

Daraus erwachsen in den ostdeutschen Landeshaushalten höhere Netto-Neuverschuldungen, die sich in den Gesamtschuldenständen für 2001 mit 58,8 Mrd. Euro, für 2002 mit 63,8 Mrd. Euro und für 2003 mit 68,0 Mrd. Euro kumulierten.

In den ostdeutschen Gemeinden war der Gesamtschuldenstand in diesem Zeitraum bis 2003 bei 17,0 Mrd. Euro angelangt.⁶

*Damit betrug der kumulative Stand der eigenen Verschuldung in den ostdeutschen Ländern und Gemeinden für 2003 insgesamt 85 Mrd. Euro.*⁷

Stand in den ostdeutschen Ländern

In den einzelnen Landeshaushalten zeigen sich jedoch in der Verschuldung je Einwohner erhebliche Unterschiede – wie folgt (siehe Tabelle 1).

Dies deutet sowohl auf unterschiedliche ökonomische als auch wirtschaftspolitische Gründe in den Ländern hin, deren Besonderheiten hier nicht tiefer aufgezeigt werden können. Für die von der Politik angestrebte Haushaltskonsolidierung bis zum »Null-Defizit« auch in den Ländern spielen diese Unterschiede jedoch eine gewichtige Rolle.

Daraus wird z. B. erkennbar, dass Sachsen-Anhalt in Ostdeutschland an der Spitze der Länderverschuldung absolut und auch *je Einwohner* liegt. Zu beachten ist, dass allein schon infolge der auch künftig unterschiedlichen Abwanderung aus den einzelnen Ländern (Saldo der Ost-West-Wanderung) sich die Verschuldung je Einwohner in differenzierter Weise verändern muss.

Da auf der Gemeindeebene die Kreditaufnahme nicht autonom erfolgen kann, sondern von der Kommunalaufsicht genehmigt werden muss, blieb hier die kumulative Verschuldung in den letzten Jahren in Ostdeutschland annähernd gleich hoch⁸

Tabelle 1: Verschuldung der ostdeutschen Länder und Gemeinden 2003 (ohne Berlin)
(in Mio. Euro, je Kopf in Euro)

Länder Ost:	Gesamt	Land	Gemeinden *	Schulden je Kopf	Zinsen je Kopf **
Brandenburg	18.048	16.264	1.784	7010	339
Mecklenburg-V.	11.595	9.499	2.096	6675	341
Sachsen	16.541	11.343	5.198	3917	198
Sachs.-Anhalt	20.005	16.662	3.343	7902	414
Thüringen	15.995	13.073	2.922	6726	343

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Destatis im Internet, Sept. 2004

⁶ Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 6/2004. S. 55*, 56*.

⁷ Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 9/2004. S. 55*, 56*.

⁸ DIW Berlin: Wochenbericht 26/2004. S. 374, Tabelle 1.

* mit Gemeindezweckverbänden ** IWH, WiW., 14/2004. S. 414.

Zinslasten

Die Zinsbelastung in Ostdeutschland stieg mit der rapide steigenden Verschuldung stark an und erreichte für 2003 *je Einwohner 248 Euro*, im Vergleich zu 213 Euro bei den westdeutschen Flächenländern.⁹ Hier wirkte sich auch der laufende ostdeutsche Bevölkerungsrückgang aus.

Insgesamt betrug die Zinslast für Länder und Gemeinden in der ostdeutschen Region 4,2 Mrd. Euro für 2003. Je Kopf waren 582 Euro Zinsen aufzubringen.

Diese Zinslast übersteigt bereits die laufenden Zuweisungen im üblichen horizontalen Länderfinanzausgleich um immerhin 1,5 Mrd. Euro für 2003. Die Zins-Ausgaben-Quote betrug im Jahre 2003 5,3 Prozent, während die Zins-Steuer-Quote sich schon auf 15,6 Prozent belief.¹⁰

Investive Ausgaben

Die öffentlichen Investitionen aus den Länderhaushalten stehen in engstem Zusammenhang mit der Höhe der Länderverschuldung, weil sie lt. Haushaltsgesetzen aus den jährlichen Netto-Neuverschuldungen in den Länderhaushalte finanzierbar sind und deren Höhe direkt gesetzlich *begrenzen* sollen.

Die Investitionsquote in den Haushalten der neuen Länder (ohne Berlin) lag auch 2003 mit 22,3 Prozent immer noch doppelt so hoch wie in den westdeutschen Flächenländern (10,8 Prozent). Pro Kopf wurden in ostdeutschen Flächenländern 874 Euro, in den westdeutschen aber nur 300 Euro aus den Landeshaushalten investiert.¹¹

Finanzierungsgrundlage hierfür bildeten 2003 die noch hohen Zuweisungen vom Bund und aus dem vertikalen Finanzausgleich (16,0 Mrd. Euro) und Mittel aus den jährlichen landeseigenen Netto-Neuverschuldungen (4,6 Mrd. Euro) für 2003, von denen 8,8 Mrd. Euro für Investitionen zugeteilt wurden.

Die zentralen Zuweisungen für die »Gemeinschaftsaufgabe Regionalförderung« jedoch sind bereits seit 1998 stark rückläufig gewesen: sie sanken von ca. 7,5 Mrd. Euro auf 3,5 Mrd. Euro für 2001 und weiter auf 2,2 Mrd. Euro bis 2003 ab. Für den Infrastrukturbereich sanken

⁹ BMF: Monatsbericht 5/2004. S. 64.

¹⁰ DIW Berlin: Wochenbericht 26/2004. S. 374/375 Tabellen.

¹¹ BMF: Monatsbericht 5/2004. S. 63.

sie (darunter) von 1,4 Mrd. Euro für 1998 über 0,7 für 2001 weiter auf 0,6 Mrd. Euro bis 2003.¹²

Bezogen auf alle Haushaltsquellen der ostdeutschen Länder, wurden im Jahr 2003 landeseigene Sachinvestitionen in Höhe von 2,2 Mrd. Euro sowie Gemeindeinvestitionen in Höhe von 4,8 Mrd. Euro realisiert.¹³ Damit bestätigen sich die relativ höheren ostdeutschen Ausgaben bei den Landesinvestitionen als ein Finanzierungs-Mix aus investiven Transfers und aus laufender Neuverschuldung.

Inzwischen ist aber die Finanzlage der Länder so angespannt, dass ein Teil der Mittel aus den Sonder-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) für investive Endverwendung nicht mehr zweckbestimmt verwendet werden kann. Mit Ausnahme von Sachsen können die ostdeutschen Länder ihre landeseigenen Anteile zur Ko-Finanzierung dieser Bundesmittel nicht mehr aufbringen. Eine korrekte Verwendung der SoBEZ kann »nur von Sachsen nachgewiesen werden; alle anderen Länder verwenden die Mittel in mehr oder minder großem Maße zur Deckung laufender Ausgaben.«¹⁴

Zur Rolle der Transfers West-Ost kann hier nur kurz vermerkt werden, dass die Mittel in ihrer gegenwärtigen Höhe von jährlich *netto* ca. 80 bis 85 Mrd. Euro nicht abrupt und radikal gekürzt werden können – worauf auch von der Wirtschaftsforschung verwiesen wird. Hier noch einige Angaben zur Struktur der West-Ost-Transfers, wie sie der Sachverständigenrat (SVR) soeben veröffentlichte: *Von 1991 bis 2003* wurden 1.280 Mrd. Euro brutto transferiert. Netto blieben davon 76,6 Prozent in ostdeutscher Verfügbarkeit, denn 23,4 Prozent flossen als geleistete Abgaben zurück an den Bund. Dieser Rücklauf entspricht vergleichsweise den »ungebundenen« Zuweisungen an Ostdeutschland (295 Mrd. Euro), die sich also praktisch refinanzierten.

Nun werden auch 105 Mrd. Euro genannt, die für Verteidigung und Personal transferiert wurden – ein Betrag, der noch 15 Mrd. Euro höher ist als sämtliche *direkten* Ausgaben für die Wirtschaftsförderung von Unternehmen, die nur 90 Mrd. Euro erreichten. Dann schlägt ein Posten von 630 Mrd. Euro für »Sozialpolitisch motivierte Ausgaben« zu Buche, immerhin 49,2 Prozent aller Bruttotransfers. Für die Infrastruktur einschließlich der Bundesaufgaben hierbei wurden 160 Mrd. Euro ausgegeben, also 12,5 Prozent der Bruttotransfers. Fasst man diese Ausgaben für die Infrastruktur zusammen mit jenen für die *direkte* Unternehmensförderung, so zeigt sich, dass 19,5 % der Bruttotransfers zielgerichtet in die Förderung von Wirt-

¹² BMWi: Wirtschaftsdaten Neue Länder 4/2004. S. 18.

¹³ DIW Berlin: Wochenbericht 26/2004. S. 375, Tabelle; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 6/2004, S. 55*f.

¹⁴ IWH: WiW, Nr. 14/2004. S. 413.

schaft *und* Verkehr des Ostens flossen (250 Mrd. Euro).¹⁵ Der SVR grenzt aber ausdrücklich ab, dass nur ca. 15 Mrd. Euro im Jahr als besondere »Aufbauhilfen Ost« aus speziellen Aufbau-*Sondermitteln* des Bundes gezahlt wurden – das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hatte diese Angabe schon zuvor veröffentlicht, um die Transferdebatte zu versachlichen.

Außerdem gab es noch die *indirekte* Förderung der Ost-Wirtschaft mittels gesetzlicher Steuervergünstigungen (48 Mrd. Euro) und im Zins verbilligter Bankkredite (110 Mrd. Euro) im gesamten Zeitraum 1991 bis Juni 2004, die *nicht* als Haushalts-Transfers rechnen¹⁶ und überwiegend auch westdeutschen Kapitalgebern zugute kamen.

Eine längerfristige Projektion der Verschuldung

Schon die »mittelfristigen Finanzplanungen« der ostdeutschen Länder weisen eine hohe Änderungsanfälligkeit auf, die oft bereits im ersten Gültigkeitsjahr eintritt. So ist z. B. bekannt, dass Sachsen-Anhalt und Thüringen ihre Netto-Neuverschuldung derzeit lt. »mittelfristigem Finanzplan« nicht zurückführen können, sondern sie erhöhen müssen. Die mittelfristigen Aussichten für das Erreichen des »Nulldefizits« werden weiter in die Zukunft verschoben und befinden sich jetzt schon bei 2008 oder sogar 2011. Derzeit dominiert dennoch der Optimismus jener, die mit aller Macht auf die »Konsolidierung« der öffentlichen Haushalte drängen, um die Kriterien der Europäischen Währungsunion (EWU) für die Defizithöhe und für die Verschuldung rasch zu erfüllen und sodann dogmatisch das Null-Defizit anzustreben.

Für die Zeit nach 2006 muss schrittweise mit einem »*geradezu dramatischen Rückgang der Einnahmen von Ländern und Gemeinden in Ostdeutschland gerechnet werden*« wie das IWH aus den relevanten Daten ableitet: Degression der jährlichen Mittel des Solidarpakts II (Korb 1) und Verringerung der Mittel aus dem Länderfinanzausgleich infolge der Reduktion der Einwohnerzahlen Ost.¹⁷ Der daraus ebenso dramatisch anwachsende Druck auf die Ausgabenreduzierung der öffentlichen Haushalte bietet die absehbar schlechtesten Voraussetzungen für eine langfristig erreichbare defizitfreie Haushaltsführung Ost.

Noch schwieriger gestalten sich längerfristige *Projektionen bis 2020*. Sie sind mit einem hohen Unsicherheitsgrad belastet, weil hier einige zugrunde liegende Annahmen ungewiss und umstritten sein müssen. Hier vor allem zeigt sich die zukünftige *Einnahmeseite* der öffentlichen Haushalte unter großen Risiken und steht daher auch unter gravierenden negativen Tendenzen. Auf der Grundlage der Unsicherheiten bei den demographischen Veränderungen,

¹⁵ SVR: Jahresgutachten 2004/2005. S. 644 (Tabelle).

¹⁶ Deutsche Bank Research: Mitteilung Nr. 306 vom 10.11.2004. S. 13.

¹⁷ IWH: WiW, Nr. 14/2004. S. 416.

den absehbaren realistischen Wachstumsraten Ost und den zugehörigen subregionalen ökonomischen Strukturverschiebungen unter EU-Aspekten, aber auch von Einflüssen der künftigen Steuersenkungspolitik des Bundes, ist eine hinreichende oder exakte Bestimmtheit der Projektionsergebnisse in die Zukunft der Einnahmeseite noch nicht zu erwarten.

Es gibt kein öffentlich verfügbares »Entwicklungsmodell Ost« der Bundesregierung, das hier hinreichende Gewissheit für die Projektion von Verschuldungsständen anbieten könnte. *Helmut Seitz* hat sich dennoch mit den Ergebnissen seiner Untersuchung an die Öffentlichkeit begeben.¹⁸ Nach seiner Schätzung/Projektion werden sich die laufenden Haushaltseinnahmen in den ostdeutschen Ländern bis zum *Jahre 2020* absolut stark rückläufig entwickeln und gegenüber dem Stand von 2002 *um fast ein Viertel* des Volumens vermindern.

Dies folgt aus dem jetzt absehbaren Rückgang der West-Ost-Transfers und dem erwarteten stärkeren Bevölkerungsrückgang Ost, trotz eines gewissen ostregionalen BIP-Wachstums, aus der Summe der soeben genannten Einzeleffekte. Den Steuersenkungswettlauf in der EU hat *Seitz* offenbar nicht thematisiert.

Demnach sinkt nach der *Seitz*-Projektion die Wohnbevölkerung Ost um 12,6 % bis 2020, der Netto-Transfer geht insgesamt um 25,2 % zurück, das BIP-Wachstum steigt um insgesamt 14,7 % in den 18 weiteren Jahren bis 2020 und die Haushaltseinnahmen vermindern sich auf 76,9 % des Standes von 2002. *Seitz* betont: »Die Entwicklung der Einnahmen eröffnet *keine zusätzlichen realen Verteilungsspielräume*. Im Gegenteil: Diese Spielräume werden infolge der Rückführung der Osttransfers, sowie sinkende Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich aufgrund sinkender Einwohnerzahlen erheblich eingeengt!«¹⁹ Der Netto-Transfer West/Ost sinkt insgesamt auf ca. 60 Mrd. Euro ab.

Nach dieser Projektion der *Einnahmeseite* der öffentlichen Haushalte bis zum Jahre 2020 lässt sich – unter der Voraussetzung eines erreichbaren Null-Defizits – die notwendige radikale Senkung von Ausgaben auf diese unterstellte Höhe der Einnahmen nur *widerstrebend* kommentieren: sie bedeutet eine starke Restriktion der gegenwärtigen personellen und infrastrukturellen Finanzierung der Landeshaushalte Ost.

Wenn die Netto-Neuverschuldung gegen Null geführt wird und später (ab 2009) die lt. Solidarpakt II festgelegten Sonder-Bundeszuweisungen stark zurückgefahren werden, entsteht zwangsläufig ein bedeutender Einbruch in den Einnahmen der ostdeutschen Länder – gleichzeitig gewinnt die Frage der erforderlichen Finanzierung der ostdeutschen Infrastrukturinves-

¹⁸ Helmut Seitz: Zur Sanierung der Landesfinanzen in den ostdeutschen Ländern. Vortrag vom 13.2.2004 an der Humboldt-Universität Berlin. Internetfassung. Siehe auch: Perspektiven der ostdeutschen Kommunalfinanzen bis zum Jahr 2030. November 2003. Beide Texte im Internet unter <seitz@euv-frankfurt-o.de> bzw. ab Juni 2004 <www.tu-dresden.de>.

¹⁹ Helmut Seitz: Zur Sanierung ... A. a. O. S. 26.

titionen fatale Brisanz. *Dies allein offenbart die aktuellen Fehlrechnungen der fiskalischen »Konsolidierungsfanatiker«.*

Kritischer Punkt der *Seitz*-Projektion ist zweifellos das niedrig angesetzte BIP-Wachstum bis 2020 von insgesamt 14,7 % für den 18-Jahre-Zeitraum. Hierfür fehlt die explizite Begründung im Kontext mit der zu erwartenden EU-Osterweiterung. Aber klar ist, dass damit ein weiteres *Zurückbleiben* der ostdeutschen BIP-Wachstumsraten im Vergleich zu Westdeutschland inbegriffen sein dürfte.

Schuldenstände, Zinslasten und Tilgungen aus den Ost-Länderhaushalten bleiben aber in absoluter Höhe von der angesetzten radikalen Minderung der Haushaltseinnahmen bis 2020 unberührt, relativ *je Einwohner* aber erhöhen sie sich entsprechend dem erwarteten Bevölkerungsrückgang von 12,6 Prozent.

Die *Zinslast* steigt noch weiter bis zum Erreichen eines »Null-Defizits« infolge der anvisierten weiteren landeseigenen Netto-Neuverschuldung in den kommenden fünf Jahren. Dann erst wird die Höhe der maximalen Zinslast je Einwohner Ost für die Folgezeit erreicht. Dabei klammert *Seitz* das eskalierende Zinslastproblem für die Zeit nach 2020 aus.

Je länger der dann einsetzende Tilgungszeitraum für die Gesamtschulden zwangsläufig ausfallen würde, umso länger wäre dann die Zahlung von Zinsen in die Zukunft ausgedehnt, wobei jahresdurchschnittlich 50 Prozent der maximalen Zinslast insgesamt zu tragen sein dürften. Kombiniert mit dem jährlich echten Tilgungsbetrag, in Abhängigkeit vom Tilgungszeitraum, ergibt die Tilgungs- plus Zinszahlung dann als *Schuldendienst* eine erdrückende Summe.

Allein die Zinsen verschlingen somit in dieser Zukunftssicht auf lange Jahre einen *untragbar* hohen Anteil von den späteren Einnahmen der Landeshaushalte und kumulieren später zu einer gigantischen Summe in Abhängigkeit von der Tilgungsdauer.

Schließlich will auch der Bundeshaushalt seine Gesamtschulden tilgen und muss analog zu den Ländern im Zeitablauf gewaltige Zinslasten plus Tilgungsraten aufbringen.

Schlussfolgerungen

Die vorstehend skizzierte Finanzlage der neuen Bundesländer ist vorerst *trostlos*, solange keine Besserung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen (u. a. Zwang zum »Nulldefizit«) und der im Solidarpakt II festgeschriebenen fiskalischen Zuweisungen wirksam wird. Selbst bei einem anhaltend höheren BIP-Wachstum Ost gegenüber West – eine nicht zu erwartende Lage – würden die dann höheren eigenen *Steuer*mehreinnahmen die Situation (im Rahmen des föderalen Finanzausgleichs) nicht ändern, weil die Gesamteinnahmen der Länder nicht stei-

gen. Die aus dem Wegfall der Netto-Neuverschuldung und den ab 2010 weiter stark zurückgehenden Haushaltseinnahmen der Länder von *Dritten* (Finanzausgleich bzw. Bundesergänzungszuweisungen) können nicht ausgeglichen werden. Die Folgen: »*Rückläufige Staatsausgaben und größere regionale Unterschiede – auch bei den öffentlichen Finanzen – sind für die Zukunft wahrscheinlich. Die Anpassungserfordernisse werden für die ostdeutschen Bundesländer besonders groß sein*« bekennt die aktuelle Analyse der »Deutschen Bundesbank Research«.²⁰

Dipl.-ök. Karl-Mai
E.-Hübener-Str. 34
06132 Halle/S.
<kmai@halle.blue-cable.de>

²⁰ Deutsche Bundesbank Research: Mitteilung Nr. 306 vom 10.11.04. S. 51.

Anhang:
Ausgewählte Veröffentlichungen
von Autoren der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

- Autorenkollektiv: Ostdeutschland – eine abgehangte Region.
In: MEMORANDUM 2004. Köln 2004. S. 198ff.
- Autorenkollektiv: Eine neue Wirtschaftsstrategie für Ostdeutschland.
Memo-Statement vom 23. April 2004
www.memo.uni-bremen.de/sonstige/2004/M-1904
- Autorengruppe: Intervention. Gegen die Zwangsperspektive des ostdeutschen Zurückbleibens – für forcierte Mobilisierung endogener Entwicklungspotentiale. 24. Nove. 2004.
www.memo.uni-bremen.de/sonstige/2004/M-8304
- Busch, Ulrich / Mai, Karl / Steinitz, Klaus: Ostdeutschland im 14. Jahr der Einheit – Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik ist notwendig!
Fassung v. 26. Mai 2004
www.memo.uni-bremen.de/sonstige/2004/M-3104
- Kowalski, Reinhold: Die Industrie in Ostdeutschland. Eigenarten und Innovationsfähigkeit. 8. Nov. 2004
www.memo.uni-bremen.de/sonstige/2004/M-7104
- Mai, Karl / Steinitz, Klaus: Ostdeutschland auf der Kippe. Eine gesamtdeutsche Bilanz nach 13 Jahren.
Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2004.
- Mai, Karl: Ostregionale Strukturschwächen und ihre ökonomischen Folgen. Gesamtdeutsche Reflexionen, Konflikte, Konsequenzen 14 Jahre nach der Vereinigung.
Pankower Vorträge Heft 66. Helle Panke e. V. Juli 2004.
- Mai, Karl: Mezzogiorno als die zwangsläufige »Perspektive Ost«? – Zu Konsequenzen aus der wissenschaftlichen Politikberatung.
7. Januar 2005.
www.memo.uni-bremen.de/sonstige/2005/M-0405
- Steinitz, Klaus: Wie offen ist die Zukunft Ostdeutschlands?
In: Sozialismus. Heft 7-8/2004. S. 34ff.
- Steinitz, Klaus: Ein Mezzogiorno in den neuen Ländern verhindern.
In: Neues Deutschland v. 2. Juli 2004. S. 14.